Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194. | Dresden, Mittwoch den 23. August 1911. | 22. Jahrg.

Das Ergebnis der Landesversammlung.

Die Landesversammlung in Meißen brachte sicher für viele Parteigenossen im Lande insofern eine Ueberraschung, als der vorher in fast allen Parteiversammlungen und der Parteipresse lebhaft umstrittene Entwurf der Komitees zum Organisationsstatut nach einer nochmaligen Nachprüfung durch eine zu diesem Zweck gewählte Kommission ziemlich unverändert angenommen wurde.

Das ist erklärlich, wenn man weiß, daß sich der Widerspruch in der Hauptsache gegen bestimmte Paragraphen richtete, die die Organisation und die Finanzen betrafen. In betreff des Presseparagraphen war der Widerstand weit geringer, und nachdem von den Vätern des Entwurfs und von seinen Befürwortern die loyalste Handhabung der strittigen Bestimmungen aufs bündigste zugesichert worden war, wurde einem Antrag Schöpflin zugestimmt, der Abstimmung ohne Debatte nach Paragraphen verlangte. Die Leipziger waren zwar damit einverstanden, wollten aber für sich das Recht in Anspruch nehmen, ihren Antrag zum Organisationsstatut, Beschränkung der Teilnahme der Abgeordneten an den Landesversammlungen, begründen zu können. Nachdem von anderer Seite aber darauf hingewiesen worden war, daß dann eine Wiederaufnahme der Debatte über das ganze Organisationsstatut verlangt werden müsse, nahm die Landesversammlung mit großer Majorität den Antrag Schöpflin an.

Der Entwurf bringt vor allem folgendes: Eine Abführung von mindestens 10 Prozent an die Bezirksvorstände, die in Verbindung mit dem Landesvorstand das Recht haben, an allen Bezirks- und Kreisversammlungen beratend und beschließend teilzunehmen, die Presse in ihrer grundsätzlichen und taktischen Haltung zu überwachen, und die Delegation nach der Mitgliederzahl, nicht beschränkt durch eine Höchstzahl.

Dieser Entwurf ist nur bis zu seiner eventuellen Aenderung sächsisches Parteigesetz und muß als solches von allen Parteigenossen, ob sie damit befriedigt sind oder nicht, respektiert werden. Das erfordert die Disziplin. Wenn sich Mängel herausstellen sollten, wird es das gute Recht der Parteigenossen und auch der Presse sein, deren Abstellung auf dem geordneten Wege zu verlangen.

Wir haben ja unsre Bedenken gegen den Entwurf vorher geäußert. Vor allem war es die nach unsrer Meinung durch den Entwurf und die darin vorgesehenen Aufsichts- und Ueberwachungsinstanzen eingeschränkte Selbständigkeit der Kreisorganisationen und ihrer Institutionen, die wir für bedenklich hielten. Nach unsrer Meinung sind durch den etwas vorzeitigen Schluß der Generaldebatte die Vertreter dieser Ansichten nicht in ausreichender Weise in der Lage gewesen, ihre Gründe ins Feld zu führen, dagegen war der Debatteschluß am nächsten Tage, nachdem die eingesetzte Kommission einstimmig die Annahme der wenig geänderten Vorlage empfahl, das richtige.

Damit war die Sache entschieden, und die Parteigenossen im Lande, die vorher anderer Meinung waren, werden sich selbstverständlich damit abfinden und abwarten, wie das neue Parteigesetz wirkt.

Wir können unsrerseits nur die Erwartung aussprechen, daß die günstigen Einwirkungen, die sich die Befürworter des Entwurfs für die Entwicklung unsrer Bewegung davon versprechen, in Erfüllung gehen mögen. Die günstige Entwicklung unserer Partei in Sachsen liegt selbstverständlich allen Genossen gleichermaßen am Herzen. Da das Organisationsstatut auf Beschluß der Landesversammlung sofort in Kraft tritt, kann seine Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit bei den großen, uns bevorstehenden Kämpfen praktisch erprobt werden.

Die Situation ist glänzend für unsere Partei in Sachsen: politisch, und zudem kommt bei dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf noch ein furchtbarer Bundesgenosse: der Hunger. Unsere Landtagsfraktion hat sicher den richtigen Zeitpunkt getroffen, um der dem ganzen Lande die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern, Vorsorge gegen eine Hungersnot zu treffen. Die Erklärung des Genossen Fräßdorf am zweiten Tage der Verhandlung wurde deshalb mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Eine von großer Gründlichkeit und Sachkenntnis getragene Rede war die des Genossen Lange-Leipzig über die Gemeindesteuerreform. Mit den in dem Antrag Lange zum Ausdruck gebrachten Grundlinien erklärte sich die Landesversammlung einverstanden. Sie wird eine ausgezeichnete Grundlage für die Haltung unserer Fraktion bei der im Herbst beginnenden Landtagssession sein und außerdem für die Agitation im Lande gutes Material bieten, das vielleicht ergänzt wird durch die vom Zentralkomitee herausgegebene, schon kurz besprochene Statistik.

Das Referat über die Reichstagswahl hatte Genosse Geyer, der vor allem zunächst unsere Stellung zu dem Marokkotrummel kennzeichnete und den auch von uns vollständig geteilten Standpunkt vertrat, daß die Hoffnung der Regierung, damit eine gute Wahlparole zu haben, eine irrige sein würde, zumal dann, wenn in energischer Weise unsere grundsätzliche Stellung zum Kriege und die eigentlichen Pläne der Marokkoheyer in der Bevölkerung klargelegt würden. Gegen alle bürgerlichen Parteien! müsse unser Schlachtruf sein. In Sachsen braucht man sich, wie wir schon in unserem Begrüßungsartikel sagten, kaum mit der Stichwahlparole zu befassen, da wir die Hoffnung hegen dürfen, in allen Kreisen, in denen wir nicht in der Hauptwahl siegen, selbst in der Stichwahl zu stehen. Bei allen Parteigenossen dürfte wohl der feste Wille vorhanden sein, das rote Königreich wieder herzustellen. Der begeisterte Kampfesruf unseres alten Genossen dürfte begeisternden Widerhall im ganzen Lande finden.

Sicher werden überall in eifrigster Weise Vorbereitungen für die große Entscheidungsschlacht getroffen werden. An allen Vorbedingungen für einen günstigen Ausgang fehlt es nicht. Aber es war ganz angebracht, daß in der kurzen Debatte ein Genosse darauf hinwies, daß die Gegner, insbesondere die Konservativen, ihre ganze Kraft auf die ländlichen Kreise werfen werden und daß deshalb eine intensive Agitation unter den Landarbeitern, und wie Geyer im Schlußwort hinzufügte Kleinbauern, ein ernstes Erfordernis für die Erfüllung unserer Hoffnungen sei.

Die Wahl Dresdens und die einstimmige Wahl der bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees zum nunmehrigen Landesvorstand beweisen, daß die Angriffe, die seinerzeit von Leipzig erfolgten, haltlos waren. Nicht ein Wort des Tadels wurde auf der Landesversammlung laut. Zu erwähnen ist noch die kurze aber unzweideutige Ablehnung der Versuche, die Partei in der Frage der Stellung zur Religion auf einen anderen nichtprogrammäßigen Standpunkt zu drängen, durch den Berichterstatter des Zentralkomitees, Genossen Schulze.

Wir fassen unser Urteil über den Ausgang der Landesversammlung in die Worte zusammen: Sie hat die Schlagkraft und die Einigkeit der Sozialdemokratie Sachsens erwiesen, sie hat fleißige Arbeit geleistet. Mögen ihre Beschlüsse und ihre Anregungen ein mächtiger Impuls sein zu eifriger Werbearbeit für die Erreichung der Ziele unserer Bewegung, mögen sie ein guter Auftakt sein für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf!

Vorwärts in Einigkeit und Geschlossenheit gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse!

Am Rande des Bürgerkriegs.

Ueber die Geschichte des gewaltigen Eisenbahnerkampfes in England findet sich eine sehr bemerkenswerte, der Wahrheit Ehre gebende Darstellung in den Daily News, einem Blatte, das zu den nüchternsten und wohlanständigsten Preßstützen der Regierung zählt. Dieses Blatt schreibt:

„Am Donnerstag schlug die Regierung sowohl den Gesellschaften wie den Arbeitern eine Königliche Kommission vor. Die Gesellschaften waren entzückt. Die dumme Frage der Anerkennung der Organisation schien für sie aus dem Wege geräumt. Wenn die Arbeiter die Königliche Kommission ablehnen, dann würden sie starrköpfig erscheinen. Ueberdies ging die Regierung so weit, den Gesellschaften noch vor Beginn der Verhandlungen eine schriftliche Vollmacht zu geben, die Truppen nach Belieben zu verwenden. Es war dieses merkwürdige und wahrscheinlich beispiellose Dokument, das die Gesellschaften veranlaßte, eine absolute Garantie eines genügenden, wenn auch eingeschränkten Eisenbahndienstes zu verkünden. Das Bewußtsein, daß Truppen mit Kugeln und blanken Bajonetten faktisch zur Verfügung der Gesellschaften stehen würden, wo immer sich die Streikposten als wirksam erwiesen, schaffte sofort eine nie dagewesene Situation. Sie bedeutete, daß die Briand-Politik begonnen worden war, eine Politik, der es zwar gelang, den französischen Eisenbahnerstreik zu unterdrücken, die aber für die Briand-Regierung verhängnisvoll geworden ist.

Das war am Donnerstag. Die Arbeitervertreter waren in London, begierig, mit den Direktoren zu verhandeln. . . . . Aber die Regierung schlug einen anderen Weg ein. Der Ministerpräsident sprach zu den Arbeitervorständen, teilte ihnen in nicht vollinhaltlich veröffentlichten Ausdrücken mit, daß der einzige Vorschlag der Regierung eine Königliche Kommission war, und warnte sie, daß die Ablehnung dieses Vorschlages die Arbeiter klar ins Unrecht versetzen würde. Die Rede verursachte eine so tiefe Enttäuschung und Ueberraschung, daß die Arbeitervertreter zu einem sehr ungünstigen Schlusse betreffs der Unparteilichkeit der Regierung kamen. Der Streik wurde proklamiert und erwies sich sofort als ungleich ernster, als die Regierung nach den optimistischen Versicherungen der Direktoren erwartet hatte. Und doch blieben die Gesellschaften auch in diesem Stadium noch bei ihrer Weigerung, mit den Arbeitern zu verhandeln, und die Regierung wandte sich nicht dagegen. . . .

Am Donnerstag abend verlangte die Arbeiterpartei von der Regierung einen Tag, um das Mißtrauensvotum einbringen zu können. In dieser Debatte wäre die ganze Geschichte der Behandlung der Organisationsvorstände der Oeffentlichkeit vorgelegt worden. Das Ergebnis des Verlangens der Arbeiterpartei war Lloyd Georges persönliche Rede am Abend, und, was viel wichtiger, die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Vielleicht hatte auch das ernste Verhalten des Unterhauses Gewicht bei den Ministern. Die Verwendung der Truppen durch die Regierung hatte offenbar die Grundlagen der parlamentarischen Freiheit in Mitleidenschaft gezogen . . .

Am Sonntag morgen erreichte die Krise ihren Höhepunkt. . . . Das Ministerium des Innern veröffentlichte ein Manifest, das von den Eisenbahnern mit tiefer Entrüstung aufgenommen wurde . . . Es erhielt sofort seine Antwort von den Arbeitern: sie weigerten sich, in Verhandlungen einzutreten, wenn sie den Direktoren nicht von Angesicht zu Angesicht begegnen könnten.

Sonnabend morgen wurden der Regierung die fürchterlichen und unberechenbaren Ergebnisse der Unterdrückungspolitik klar. Jeder einzelne Soldat stand Wacht oder hatte Befehl, es zu tun. Sobald sich noch mehr Unruhen einstellten, dann hätten die Reserven mobilisiert werden müssen. Die Regierung begann zu ahnen, daß, wenn auch der Streik am Montag oder Dienstag in Blut ertränkt werden konnte, so könnten doch die Arbeiter andere Maßregeln ergreifen.

Die Maschinenbauer, 100 000 an der Zahl, waren bereit, sich den Eisenbahnern anzuschließen. Die südschottischen Bergarbeiter machten ebenfalls tätige Vorbereitungen. . . . Noch mehr, das ganze südwalisische Kohlengebiet, von dem die Flotte abhängt, wartete nur auf die Parole.

Vom politischen Gesichtspunkt war es angesichts der Haltung der Arbeiterpartei klar, daß die Regierung in der Herbstsession zu Falle kommen würde, wenn die Politik der Knüppel, Bajonette und Kugeln bis über die Wochenwende fortgesetzt worden wäre, und das wohlgemerkt nur deshalb, weil die Regierung die Direktoren nicht zwang, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Mit kurzem Entschluß wurde diese ganze Stellung von denen, die im Namen des Kabinetts handelten, aufgegeben. Eine Befehlsbotschaft wurde an die Gesellschaften abgeschickt, worin ihnen gesagt wurde, daß sie sich **sofort und bedingungslos zur direkten Konferenz bequemen müßten.** Von Mittag bis Mitternacht saßen die Direktoren von Angesicht zu Angesicht mit den Vertretern der vier Gewerkschaften, die durch Macdonald und Henderson verstärkt waren. Die Anerkennung der Organisation war bei dieser Gelegenheit errungen — **am Rande des Bürgerkrieges.**"

Fürwahr, England stand am Rande des Bürgerkrieges. Die herrschenden Mächte waren zu weit gegangen. Noch ein paar Tage solcher Truppenmobilisierung, solcher Arbeiterschlächtereien, solcher haßerfüllten bestialischen Hetze gegen das Proletariat, solcher veritabeln Kriegsrüstungen der kapitalistischen Zivilbevölkerung und ihrer Helfershelfer — und es gab kein Zurück mehr. Die Arbeiter des ganzen Reiches wären nicht zu halten gewesen.

*

Ueber die letzten Phasen des Kampfes und über seine allgemeine Bedeutung für die englische Arbeiterbewegung schreibt uns unser Londoner Korrespondent:

Die Eisenbahner können mit der neuen Vereinbarung zunächst zufrieden sein. Sie haben den Vorschlag einer Untersuchungskommission angenommen, aber nur, weil die Eisenbahndirektoren vom hohen Kothurn herabsteigen und mit ihnen direkt verhandeln mußten und weil sie ferner genügende Zusicherungen erhalten haben, daß die Untersuchungskommission nicht nur sofort zusammentreten und verhandeln, sondern auch höchstwahrscheinlich alle wichtigsten Forderungen der Arbeiter, namentlich die der Anerkennung der Organisationen und der allgemeinen Lohnerhöhung, bewilligen wird.

Die Vertreter der Arbeiter benachrichtigten sofort alle Lokalorganisationen von der Wendung. Sie schickten das folgende Telegramm ab: „Vereinigter Exekutivrat hat den Streik beigelegt. In jeder Beziehung ein Sieg für die Gewerkschaften. Arbeiter müssen sofort wieder zur Arbeit zurückkehren." Am Sonntag veröffentlichte der Vereinigte Exekutivrat noch ein ausführliches Manifest an die Arbeiter, worin die Vorgeschichte des Konfliktes und die erzielten Friedensbedingungen eingehend erörtert werden. Das Manifest fährt dann fort: „Dieser glänzende Erfolg ist nur errungen worden dank dem vollkommenen Zusammenhalten und der Einmütigkeit der vier Exekutivräte, die den Kampf leiteten, und dank der Loyalität und dem Mute der Massen unserer Organisationen. Es muß klar verstanden werden, daß die Einigung nur dann eine bleibende sein wird, wenn die Regierung und die Eisenbahndirektionen sie treu einhalten. Wir werden ihnen jeden Beistand geben, um einen dauernden Frieden im Eisenbahndienst zu begründen, vorausgesetzt, daß sie auch ihr Teil beisteuern. Die Vorsicht erfordert es, daß wir bereit bleiben, damit wir nötigenfalls die Schlacht wieder aufnehmen können."

Die Arbeiter haben der Parole der Führer fast überall Folge geleistet, obschon sie an sehr vielen Orten zuerst genauere Informationen über die Natur der Einigung verlangten. Im Londoner Hyde-Park wurde eine Riesenversammlung von etwa 20 000 Eisenbahnern abgehalten, in der die Führer des Streiks, die Abgeordneten der Eisenbahner Thomas, Hudson und Wardle, ferner der Vorsitzende der Arbeiterfraktion, Macdonald, der zusammen mit den Arbeiterabgeordneten Henderson und Roberts bei den Unterhandlungen lebhaft beteiligt war, referierten. Es herrschte unbeschreiblicher Jubel, aber die Eisenbahner schienen wenig geneigt, die Vereinbarung kritiklos hinzunehmen und es war deutlich zu erkennen, daß ein sehr großer Teil der Arbeiter viel lieber den Kampf bis zum sofortigen vollständigen Siege fortgesetzt hätte. Schließlich wurde die folgende Resolution ohne Widerspruch angenommen: „Dieses Massenmeeting von Eisenbahnern aller Grade nimmt die ausführliche Erklärung der Einigungsbedingungen entgegen und beschließt in Anbetracht der Tatsache, daß die Eisenbahngesellschaften zum erstenmal in der Geschichte den Grundsatz des kollektiven Arbeitsvertrages anerkannt haben, indem sie mit unseren Beamten verhandelten und damit einen vitalen Grundsatz der Gewerkschaften akzeptierten, daß wir, ohne diese Bedingungen als die endgültige

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Erledigung unserer Forderungen anzuerkennen, die Arbeit wieder aufnehmen, und hoffen, daß die Gesellschaften den Geist wie den Buchstaben der Vereinbarung einhalten werden. Ferner, nachdem wir so die Macht der Solidarität zwischen allen Sektionen des Eisenbahndienstes klar demonstriert haben, fordern wir alle unorganisierten Arbeiter dringend auf, sich den Gewerkschaften anzuschließen und so die Zeit beschleunigen zu helfen, da alle Eisenbahner sich die gerechte Behandlung errungen haben werden, die unsere Stellung und unsere Verantwortung erfordern."

Die großen Massenbewegungen der letzten Monate waren geschichtlich eine Fortsetzung der großen Arbeiterkämpfe von 1889. Damals standen die unqualifizierten Arbeiter auf und wollten sich auch ein Plätzchen an der Sonne erobern, wie es ihre bessergestellten Brüder in England bereits genossen. Die Streiks waren dank der Einmischung wohlmeinender bürgerlicher Sozialreformer und Philantropen zwar siegreich, aber ihren eigentlichen Zweck, die Schaffung starker Organisationen für die ungelernten Arbeiter, erreichten sie nicht. Diese Aufgabe hat die gegenwärtige Streikbewegung endlich vollbracht. Die Organisationen der Seeleute, Docker und aller möglichen anderen bisher schlecht organisierten Arbeiter mußten in diesen Tagen anerkannt werden. Die Eisenbahner, die aus anderen Gründen ähnlich gestellt waren, folgen. Den Organisationen strömen Tausende und Abertausende neuer Mitglieder zu. Die Arbeiter sind sich ihrer Menschenwürde bewußt geworden. Der „neue Trade-Unionismus" hat endlich gesiegt. Die tiefe Kluft zwischen Arbeiteraristokratie und Arbeiterproletariat, die in England bisher der Fluch der ganzen Arbeiterbewegung gewesen, die sie zum Spielball der Feinde machte, ist organisatorisch und zum Teil auch wirtschaftlich endlich überbrückt.

Waren die unmittelbaren Ziele, um die sich die Kämpfe drehten, Anerkennung der Organisation, Löhne und Arbeitszeit, so war das doch nicht alles, was in ihnen zum Ausdruck kam. Das einmütige Zusammengehen der qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter, das unwiderstehliche Vorwärtsdrängen der Massen selber offenbarten den neuen Geist, der im britischen Proletariat webt. Aber es steckte noch mehr dahinter. Die unermüdliche, jahrzehntelange Propagandaarbeit der Sozialisten in Parks und auf Straßenecken ist keineswegs spurlos an der Arbeiterschaft vorbeigegangen. Ihre Früchte traten in dem kühnen Geiste der gegenwärtigen Streikbewegung zum Vorschein.

* * *

Die Eisenbahnerkämpfe vor dem Unterhause.

London, 22. August. (Telegraphischer Bericht.) Bei Eröffnung der Sitzung des Unterhauses wurde Minister des Innern Churchill von seiten der Arbeiterpartei und der Radikalen mit Fragen nach der Lage überhäuft. Insbesondere wurde auf die Entsendung von Truppen in die Ausstandsgebiete ohne vorhergehendes Ersuchen der Zivilbehörden hingewiesen. Churchill erwiderte, bei der gegenwärtigen Lage seien die Militärbehörden mit der allgemeinen Pflicht betraut worden, das Eigentum der Eisenbahngesellschaften zu schützen, Gesetz und Ordnung zu sichern und den Verkehr aufrecht zu erhalten. Für diese Aufgaben sei ein großes Truppenaufgebot verwendet worden. Ich bin glücklich, sagen zu können, erklärte der Minister, daß weitaus in der Mehrzahl der Fälle diese Truppen nicht benötigt worden sind. Sie sind unter den Befehl verschiedener Generale gestellt worden, die für bestimmte Bezirke verantwortlich sind. Diesen Offizieren ist Vollmacht erteilt worden, den Umständen gemäß zu handeln, und diese Vollmacht werden sie auch weiter ausüben. (Beifall, vereinzelte Rufe auf Seite der Arbeiterpartei: Kriegsrecht!)

Premierminister Asquith sprach in kurzen Worten den Dank aus, den die Nation allen schulde, die direkt oder indirekt bei Wiederherstellung des Friedens mitgewirkt hätten. Die Hauptsache sei nicht die Abmessung von Lob und Tadel, sondern die Sorge dafür, daß das Abkommen wirksam werde. Er kündigte an, daß die Kommission, die die Wirkung des Eisenbahn-Einigungsabkommens von 1907 untersuchen und über eventuell wünschenswerte Aenderungen zum Zweck der Herbeiführung eines befriedigenden Ausgleichs der Differenzen zu berichten haben werde, unter dem Vorsitz des früheren Parlamentsuntersekretärs für Irland, Sir David Harrell, tagen werde. Er bat, eine Erörterung der vergangenen Vorkommnisse in diesem Augenblick zu vermeiden, und sprach das Vertrauen aus, daß Haus und Land der Kommission guten Fortgang in ihren Bemühungen wünschen würden.

Ramsay Macdonald (Arbeiterpartei) erklärte, der Vergleich könne von beiden Seiten als Friedensbürgschaft angenommen werden. Er betonte, daß besonders das Entgegenkommen der Vertreter der Eisenbahngesellschaften und die Haltung der Arbeiter in der Konferenz am Sonnabend den Vergleich verhältnismäßig leicht gemacht hätten. Wenn auch die zukünftigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch dieselbe Gesinnung charakterisiert würden, so habe man in der gegenwärtigen Generation den letzten Eisenbahnerstreik erlebt. Macdonald kritisierte sodann scharf die Politik, die von Churchill während des Streiks befolgt worden sei. Das Ministerium des Innern habe während der Unruhen eine sehr verwerfliche Rolle gespielt. Ferner protestierte er gegen die umfangreiche Verwendung von Truppen. Die organisierte Arbeiterschaft werde es nicht dulden, daß das bürgerliche Leben streikender Arbeiter durch unnötige Truppenentfaltung gestört würde.

Auf die Kritik Macdonalds verteidigte Churchill die Haltung der Regierung, die durch die Notlage vollkommen gerechtfertigt gewesen sei. Er betonte, daß eine fortgesetzte Stockung des Eisenbahnverkehrs Beschäftigungslosigkeit und Hungersnot in großen Teilen des Landes hervorgerufen haben würde, und erklärte, keine Blockade durch einen auswärtigen Feind hätte in so wirksamer Weise einen Druck auf die große Bevölkerung des Landes ausüben können. Ich weiß keinen Fall in der Geschichte, sagte Churchill, wo eine solche Katastrophe jemals ein großes Gemeinwesen bedroht hat. Ich erkenne an, daß die Eisenbahner im ganzen Lande nichts zu tun haben mit der Schmach und Schande des Aufruhrs und der Vorfälle der Unordnung, für die die Verantwortung gewissen Personen zugeschrieben werden muß, aber es wäre müßig, zu behaupten, daß der Ausstand ohne Gewalttätigkeit durchgeführt worden sei. Die Regierung hat weder für das Kapital noch für die Arbeiter Partei ergriffen, sondern sich auf die Seite des Volkes gestellt. (Beifall.) Nur an dieses und an seine Lebensinteressen denken wir, und haben versucht, unsere Pflicht zu erfüllen. (Beifall.)

Im Verlaufe der Debatte unterzogen die Mitglieder der Arbeiterpartei das Vorgehen der Regierung wegen der Verwendung der Truppen einer scharfen Kritik, und es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Keir Hardie und Lloyd George. Letzterer erklärte, wenn Umstände sich ergeben würden, die den Zusammentritt des Parlaments zur Genehmigung irgendeiner Handlung der Regierung notwendig machen würden, würde man nicht zögern, das Parlament zusammenzuberufen. Das Haus vertagte sich sodann bis zum 24. Oktober.

* * *

London, 22. August. Die Differenzen zwischen den Angestellten und der Leitung der Nordostbahn sind beigelegt.

London, 22. August. Die Mißhelligkeiten an der Midland-Eisenbahn sind in befriedigender Weise beigelegt worden. Die Arbeiter wollen die Arbeit wieder aufnehmen.

London, 22. August. Im Grubengebiete von Monmouthshire kam es gestern abend neuerlich zu Unruhen, von denen hauptsächlich die Städte Ebbw Vale, Rhymney und Tredegar betroffen wurden. In Ebbw Vale sah die Lage so bedrohlich aus, daß die Aufruhrakte verlesen wurden und das herbeigerufene Militär mit einem Bajonettangriffe vorging.

Das absolute Fleischverbot.

Wien, am 21. August 1911.

-th- Die Agrarier haben in Oesterreich den idealen Zustand erreicht: nie wieder wird in absehbaren Zeiten sei es Fleisch, sei es Vieh bei uns eingeführt werden. Ja selbst dann nicht, wenn, überwältigt durch den Notschrei des Volkes, eine vernünftigere Regierung dem Drängen der städtischen Konsumenten nachgäbe. Als Bürge für die Interessen der österreichischen Agrarier tritt Ungarn ein, der Viehimporteur nach Oesterreich, dem die hohen Preise auf dem Wiener Markt den Profit mehren. Wie sind wir aber in der Frage der Fleischversorgung so gänzlich vom Gutdünken der Ungarn abhängig geworden? Die Ursache enthüllt eine Geschichte der Feigheit und des Verrates. Im Jahre 1907, beim Abschluß des Ausgleichs, wurde anhangsweise vereinbart, Ungarn und Oesterreich hätten bei der Einfuhr von Fleisch und Vieh aus seuchenverdächtigen Ländern einheitlich und gleichartig vorzugehen, was durch ein Geheimabkommen beider Regierungen genauer dahin bestimmt wurde, daß in Streitfällen die strengere Meinung zu gelten habe. Schon bei diesen Abmachungen merkt man, daß die österreichischen Agrarier Ungarn das Uebergewicht zuschieben. Denn die „strengere" Auffassung wird natürlich immer der Vieh exportierende Staat hegen. Immerhin war noch eine Durchbruchsstelle frei. Welches Land seuchenverdächtig sei, war in keinem Vertrage verzeichnet. Das blieb Tatfrage, konnte nach Lage der Umstände entschieden werden.

Das Ministerium Bienerth-Weiskirchner hat die Lücke geschlossen. Der seltsame Handelsminister für agrarische Angelegenheiten lieh den oben erwähnten Verträgen die Deutung, daß jegliche Fleischeinfuhr der ungarischen Erlaubnis bedürfe, daß vor allem alle Länder im Uebersee „verdächtig" seien. Zum Dank dafür gestatteten die Ungarn Weiskirchner, als die Not in den Städten riesengroß hervorbrach, zwei- oder dreimal Fleisch einzuführen. Die Interpretation wurde durch die Praxis bestätigt, den Ungarn ermöglicht, als Schiedsrichter aufzutreten. Und nun benutzen sie die erlangte Macht. Als Gautsch zum Ueberdruß der Weiskirchnerschen Interpretation in seiner parlamentarischen Erklärung die Weihe gab, war das Schicksal der Fleischeinfuhr entschieden. Was kümmern die Ungarn die Wiener Kundgebungen, das Elend der Wiener Bevölkerung? Je drängender drüben die Not, je höher schrauben sie den Preis. 700 Tonnen argentinischen Fleisches sind vor einer Woche, weitere 250 Tonnen am vorigen Sonnabend in Triest eingetroffen. Als unsere Regierung das „Einverständnis" der Ungarn einholen wollte, offenbarten diese ihre Gegenforderungen: „der Bahnanschluß bei Annaberg", um Ungarns Verbindung mit Deutschland von der österreichischen Tarifpolitik unabhängig zu machen, ein zweites Gleis von Oderberg zur Kaschauerbahn und ähnliche andere Verkehrserleichterungen, die Oesterreich nicht gewähren will, um die stärksten Trümpfe nicht schon vor den nächsten Ausgleichsverhandlungen aus der Hand zu geben. Aber diese Bedingungen sind ja bloß zum Schein gestellt, um den Fleischimport eben zu verweigern. Die österreichische Regierung nimmt das Diktat hin, indem sie erklärt „so müßten nach der bestehenden Rechtslage alle der Regierung vorliegenden Ansuchen um Einfuhrbewilligung argentinischen Fleisches abgewiesen werden."

Die beiden Fleischschiffe haben bereits Triest verlassen und tragen ihre Fracht nach Italien. Man mag sich nun über die ungarische Ueberhebung entrüsten. Das ist billig, und die Christlichsozialen gestatten sich denn auch dieses Vergnügen in dem ergiebigsten Ausmaß. Allein, wer trägt die Schuld, daß Ungarn uns derart behandeln darf? Als Weiskirchner seinen Verrat beging, vertrat er in der Regierung eine Partei, deren 70 bäurische Mitglieder den 30 städtischen, vorwiegend Wiener Abgeordneten alle Ehrenämter überließen; dafür aber mußte im allgemeinen die agrarische Linie der Politik eingehalten werden. Damals wurden also um Ministerportefeuilles und Präsidentenstuhl die städtischen Interessen verschachert; von einem städtischen Abgeordneten wurde die Methode erfunden, die agrarischen Profitinteressen hinter dem ungarischen Einspruch zu verschanzen. Die Regierung Gautsch geht aber unter Redensarten des Bedauerns diesen Weg weiter, statt sich einfach auf die Verträge zu stellen und Forderungen, die mit einem veterinärpolizeilichen Verfahren nichts zu tun haben, als Einbekenntnis der Ungarn zu nehmen, daß auch sie Argentinien für seuchenfrei halten. Denn ist es dies nach Bewilligung des Annaberger Anschlusses, so ist es auch heute schon seuchenfrei.

Marokkospekulation.

Die Marokkointeressenten geben die Hoffnung nicht auf, den friedlichen Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen hintertreiben zu können. Wie die Berl. Pol. Nachr. mitteilen, hat der Zentralverband Deutscher Industrieller an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der die energische Wahrung der deutschen Interessen in Marokko verlangt wird. Nach Ansicht des Zentralverbands der Scharfmacher birgt Marokko nicht allein reiche Erzschätze, sondern ist auch geeignet für die Schafwollzucht und für den Anbau von Rohbaumwolle. Es wird dann noch hingewiesen auf den steigenden Anteil Deutschlands an dem Handel in Marokko, und eine Festsetzung der Deutschen wird damit begründet, daß Frankreich in seinen ausländischen Besitzungen das Aufkommen anderer Nationen stets zu verhindern gewußt habe. Schließlich maßen sich die Scharfmacher noch an zu behaupten, daß sie mit ihrer Eingabe den entschiedenen, einmütigen Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volks zum Ausdruck gebracht haben.

Wie wenig die Kriegshetzer sich dieser angeblichen Mehrheit sicher fühlen, beweist eine andere Meldung, wonach so eine Art Marokko-Schaustellung versucht werden soll. Ein ungenanntes Komitee hat die Absicht, demnächst in Berlin eine „Massenversammlung" abzuhalten, in der die Abgg. Dr. Heckscher und Erzberger sowie der General Keim für die Bestrebungen der Alldeutschen in der Marokko-Angelegenheit eintreten sollen. Blockjüngling Heckscher hat sich bereits dagegen verwahrt, weil dieser freisinnige Mann „die Volksversammlung nicht für das geeignete Forum" hält. Aehnlich sagt jetzt auch Erzberger ab. Bliebe also nur noch der General Keim als „Wortführer des deutschen Volkes" übrig.

Inzwischen treibt die Unsicherheit der politischen Lage täglich neue wirtschaftsschädliche Auswüchse. An der Berliner Börse trat in den Nachmittagsstunden des Dienstags ein scharfer Kurssturz ein, weil sich plötzlich die Nachricht verbreitete, im Abendblatt der Wiener Neuen Freien Presse sei der Abbruch der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen gemeldet worden. Die Neue Freie Presse enthielt aber eine solche Meldung nicht, die alarmierende Nachricht war also wahrscheinlich nur von einer Spekulantengruppe in Umlauf gesetzt worden, die die „patriotischen Besorgnisse" der neuesten Zeit nur als eine günstige Gelegenheit betrachtet, um für sich selber im Trüben zu fischen.

Ein ähnliches Manöver ist bekanntlich vor einigen Tagen in London versucht worden. Dort wollte man sogar wissen, daß der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich schon ausgebrochen sei, und es ist bezeichnend für die gegenwärtig herrschende überhitzte Stimmung, daß sich wirklich Leute fanden, die diese tolle Nachricht glaubten.

Weit über die Börse hinaus muß die gesamte Volkswirtschaft Schaden leiden, wenn der jetzige Zustand der Unsicherheit noch lange andauert. Die Annahme, daß ein großer Krieg in naher Aussicht sei, nützte alle Zweige der wirtschaftlichen Tätigkeit, von den Kriegsindustrien allerdings abgesehen, insbesondere aber auch die Lebensmittelversorgung der breiten Massen ungünstig beeinflussen. Denn jeder Krieg eröffnet den Händlern mit Lebensmitteln und Futterstoffen die Aussicht auf kolossale Preissteigerungen. Die bloße Erwartung eines Krieges muß ihnen daher schon den Gedanken nahelegen, ihre Vorräte künstlich zurückzuhalten, um sie erst bei der kommenden ungewöhnlich günstigen Nachfrage zu Phantasiepreisen loszuschlagen.

Was eine solche Spekulation in einer Zeit bedeuten würde, in der ohnehin die Hungersnot drohend vor der Tür steht, braucht kaum näher angeführt zu werden. Wenn man aber die in Betracht kommenden Spekulantenkreise für eine Gesellschaft von Gemütsmenschen hält, der solche Manöver nicht zuzutrauen seien, so mag man sich an den frommen Stoßseufzer erinnern, den einst das Organ der deutschen Konservenfabrikanten ausstieß, als es von einer Ueberfüllung der Lager mit angesammelten Vorräten berichten mußte. Danach hieß es: „nur ein frischer, fröhlicher Krieg" könne der Industrie Gelegenheit bieten, ihre angehäuften Waren zu guten Preisen abzustoßen. . . .

Das Volk, das zum Spielball kapitalistischer Kriegsspekulationen gemacht wird und vor der Gefahr steht, das Treiben der Kriegshetzer auch dann teuer bezahlen zu müssen, wenn schließlich der Krieg vermieden wird, muß daher unter allen Forderungen, die es zur notdürftigen Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz zu erheben gezwungen ist, diese eine voranstellen: Rasche vollständige Sicherung des europäischen Friedens!

* * *

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 22. August. Die ministeriellen Vorbesprechungen mit dem Botschafter Cambon sind so weit gediehen, daß binnen 48 Stunden die von dem Ministerrat unter Kiderlen Vorsitz zu genehmigenden neuen Instruktionen des Botschafters Cambon abgefaßt sein werden. Im Ministerium hält man sehr darauf, daß sich die neuen Berliner Verhandlungen nicht allzuweit in den September ausdehnen. Bei wesentliche Neuforderungen Deutschlands einzugehen ist man nicht gewillt, weil man, wie die Liberté bemerkt, hier das Bewußtsein hat, in dem von Cambon nach Berlin zu bringenden ausführlichen Vertragsentwurf allen gerechten deutschen Wünschen zuvorzukommen.

Neue spanisch-französische Verhandlungen.

Paris, 22. August. Der spanische Ministerpräsident Canalejas kündigte in einem Interview den baldigen Beginn wichtiger Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über militärische und politische Neuerungen in Marokko an. Aus dieser Versicherung schließt man hier, daß Frankreich parallel mit den deutsch-französischen Verhandlungen auch eine rasche Verständigung mit anderen in Marokko interessierten Mächten anstrebt, damit nach dem Abschlusse der Pariser Berliner Transaktionen die ganze Marokkofrage restlos erledigt werde.

Neue Kämpfe. — „Höflichkeits"besuche.

Paris, 22. August. General Moinier wurde am 18. August bei Gelta el Fula von einer Abteilung Zaers angegriffen. Die Kolonne zerstreute den Feind. Vier Mann der Garde wurden getötet und 10 Soldaten verwundet, davon 4 schwer. General Moinier traf am folgenden Tage die Kolonne Marchand.

Tanger, 22. August. (Meldung der Agence Havas.) Es bestätigt sich, daß Oberst Sylvestre mit einigen Offizieren und einer 20 Leuten vor Arzila eingetroffen ist. Es handelt sich um einen Höflichkeitsbesuch bei Raisuli. Die Offiziere kamen allein in die Stadt, wo sie vom Pascha empfangen wurden. Noch am Abend kehrten sie zurück.

Deutsches Reich.

Die Schäden unserer Zollpolitik.

Der Reichstag wird sich im Herbst mit dem Entwurf eines Handelsabkommens mit den Niederlanden zu beschäftigen haben. Nach den Erfahrungen, die mit dem schwedischen Handelsvertrag gemacht wurden, erklärt nun der Bund der Industriellen:

„Nach den letzten handelspolitischen Erfahrungen muß die deutsche Industrie mit Besorgnis auch der bevorstehenden Beschlußfassung über einen neuen Zolltarif in den Niederlanden entgegensehen. Der Tarifentwurf, der seit Juni von einer vorbereitenden Kommission der Zweiten Kammer der Generalstaaten in Amsterdam beraten wird und im Herbst voraussichtlich mit leider nur wenigen Aenderungen Gesetz werden soll, droht der deutschen Ausfuhrindustrie den Absatz auf dem wichtigen niederländischen Markte empfindlich zu erschweren. **Kaum ein deutscher Industriezweig wird davon verschont.**"

Der Bund fordert schließlich, „daß das Deutsche Reich den drohenden Schädigungen auf Grund seines autonomen Tarifes und seines Zolltarifgesetzes auch einmal mit Gegenmaßregeln" antworten solle. Das hieße doch nur: den Teufel mit Beelzebub austreiben! Wenn Holland seinen Markt der deutschen Industrie versperrt, so findet es sich nur dafür ab, daß Deutschlands Zollmauern dem holländischen Vieh unsern Markt versperren. Die radikale Losung für die deutsche Industrie kann nur lauten: Weg mit Zollmauern, die den

freien Wettbewerb hindern! Was die Sozialdemokratie als Wirkung des Wucherzolltarifs an Wirkungen vorausgesehen hat, ist nunmehr durch eine Reihe Tatsachen als richtig bestätigt. Die Wucherzölle verteuern dem Volke die Lebensmittel, zwingen andere Nationen zu zollpolitischen Gegenmaßregeln und erschweren unserer Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkte.

Galopparbeit.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt jetzt, daß die Meldung, es sei beschlossen worden, im Herbst von einer Weiterberatung der Strafprozeßreform abzusehen, jeder Unterlage entbehre. Das offiziöse Blatt sagt dazu weiter:

„Von den maßgebenden Faktoren ist im Frühjahr dieses Jahres die Beratung der Strafprozeßordnung für die Herbstsession des Reichstags in Aussicht genommen, und hieran hat sich inzwischen nichts geändert. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß die Strafprozeßreform noch von dem gegenwärtigen Reichstag zum Abschluß gebracht wird."

Die Regierung scheint demnach die Absicht zu haben, die Strafprozeßordnung ähnlich galoppartig durchpeitschen zu lassen, wie die Reichsversicherungsordnung. Sie glaubt, daß reaktionäre Vorlagen um so weniger Staub aufwirbeln, je sicher sie unter Dach und Fach gebracht werden.

Preßfäule.

K. Wenn gegen Verleger oder Redakteure von Finanzblättern der Vorwurf der Korruption erhoben wird, beeilt sich die Handelspresse immer mit der Versicherung, daß lediglich ein bedauerlicher Einzelfall vorliegen kann, den zu verallgemeinern nur Niedertracht unternehmen dürfe. Eine derartige Haltung wird selbst dann beliebt, wenn die Ankläger als Selbstverständlichkeit betont haben, daß es ihnen fern liegt, alle Zeitungen als korrupt anzusehen.

Nun wird jedoch ein ungeheuerlicher Umfang der Preßkorruption von dem Herausgeber der Bank, Alfred Lansburgh, behauptet. In einem Artikel, der sich mit der Stellung der Börsenjournalisten befaßt, kommt er zu folgendem Schluß:

„Die Kölnische Zeitung hat vor kurzem Klage darüber geführt, daß Journalisten als unabhängige Berichterstatter auftreten, die in Wirklichkeit von Industriegesellschaften und Kartellen für ihre Dienste bezahlt werden. Dieses und ähnliches ist in den Redaktionen nur zu gut bekannt. Sofort aber stürzen sich die Redakteure einiger Zeitungen auf die Kölnische mit dem in derartigen Fällen so beliebten Ruf: „Namen nennen!" Ja, zu welchem Zweck denn? Wollte man alle diejenigen nennen, die von Banken und Syndikaten teils in bar, teils — was in der Wirkung weit schlimmer ist — durch sogenannte „Informationen" für ihr Wohlverhalten entlohnt werden, so wäre das Ansehen der Finanz- und Handelspresse dahin. Denn es ist nicht nur vor 25 Jahren bestochen worden. Auch heute noch werden bei jeder größeren Subskription in den Direktionsbureaus der Banken Listen mit den Namen derjenigen Handelsredakteure aufgestellt, denen ein Posten Aktien zum Subskriptionskurse zugeteilt und gleichzeitig zum 10 oder 20 Proz. höheren ersten Kurse wieder abgenommen wird, so daß ein Guthaben entsteht, über das beliebig verfügt werden kann. Wenn man nun eine solche Liste veröffentlichen wollte — was wäre damit erreicht? Nichts anderes, als daß eine Anzahl armer Schächer, die von ihren Verlegern vielleicht schlecht bezahlt werden, ihrer Stellung verlustig gehen, und daß der Glorienschein anderer, die besser bezahlt werden, unverdientermaßen um so heller erstrahlt. „Namen nennen!" Soll man die Namen derjenigen angesehenen Redakteure nennen, die im Handelsteil ihres Blattes einen erbitterten Krieg gegen alle Bucketshops und Scheinbankiers führen und sich vom erstbesten Börsenbesucher hämisch fragen lassen müssen, weshalb denn gerade die Namen derjenigen Anreißer fehlen, die im Inseratenteil des Blattes annoncieren? Soll man die Namen der Handelsredakteure nennen, die sich seit Jahren um gutdotierte Stellungen bei denselben Industriellen und Finanziers bewerben, mit denen sie sich ex officio kritisch zu beschäftigen haben? Nein, man soll sie nicht nennen, denn sie sind, wenn auch nicht besser, so doch gewiß nicht schlechter als ihre Kollegen, die ein Trinkgeld in Form eines kleinen Emissionsgewinnes oder dergleichen nehmen. Sie sind die Sklaven der Zwitterstellung, die sie zwischen der Forderung ihres Gewissens und dem mit dem Entlassungsrecht bewaffneten Interesse ihres Verlegers einnehmen. Sie verdienen eher Bedauern als Tadel. Nur sollen sie sich ihrerseits nicht zu Richtern aufwerfen, sondern des Balkens im eigenen Auge eingedenk sein, wenn sie den Splitter im Auge eines Kollegen sehen, der neben ihnen im Presseausschuß oder einer sonstigen Kommission sitzt."

Nachdem Lansburgh die denkbar schwersten Anklagen vom zahlreiche Handelsredakteure ausspricht, wird er wohl wirklich nicht daran gedacht haben, die Aufforderung, sein Material bekannt zu geben, mit Stillschweigen zu beantworten. Es liegt jetzt an den großen Handelsblättern, eine rücksichtslose Aufklärung herbeizuführen.

Die nationalen Arbeitsbrüder.

Unter der Ueberschrift „Wie man es mit den Genossen machen muß" schildert die Post, das Berliner Organ der rheinisch-westfälischen Arbeitgeber, einen Vorfall, der sich in Marburg zugetragen haben und nach ihrer Darstellung folgendermaßen verlaufen sein soll: In einer bedeutenderen Oelfabrik hatten die „sozialdemokratischen Arbeiter" eine Reihe von Forderungen eingereicht und, da sie keine Erfüllung fanden, die Arbeit niedergelegt. Durch die Vermittlung des Sekretariats der „nationalen Verbrüderung der Arbeiter" gelang es aber der Firma, binnen wenigen Tagen ihren Arbeiterbestand wieder vollständig zu ergänzen und den Betrieb in vollem Umfange fortzuführen. Als der Oberbürgermeister auf Wunsch der streikenden Arbeiter eine Vermittlung zwischen diesen und der Firma versuchte, erhielt er den Bescheid, daß ein Streik überhaupt nicht bestünde und daß kein Anlaß vorhanden sei, mit dem roten Verbande zu verhandeln.

Diesen Bericht versieht das Organ der Arbeitgeber mit folgenden begeisterten Schlußbemerkungen:

„Die Drahtzieher vom sozialdemokratischen Verbande mögen ob dieser Abfuhr lange Gesichter gemacht haben! Jedenfalls wäre zu wünschen, daß die Herren sich noch recht oft wie in dem geschilderten Falle mit Ruhm bedecken. Der Fall beweist eben, daß bei zielbewußtem Vorgehen der nationalgesinnten Arbeiterschaft auch die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Besonders pikant an der Sache ist, daß sich der sozialdemokratische Verband bisher immer berufen fühlte, der Firma allerlei kategorische Vorschriften in ihrem eigenen Betriebe zu erteilen, während jetzt die Firma ihrerseits die Vorschrift erlassen konnte, daß die bei ihr beschäftigten Arbeiter nicht dem sozialdemokratischen Verbande angehören dürfen."

Die Rolle, die die „nationale Verbrüderung der Arbeiter" in dieser Sache gespielt hat, das Lob, das ihr da aus berufenem Munde gespendet wird, und die Anregung zu weiterem „zielbewußten Vorgehen" sind sicherlich geeignet, anständigen und ehrliebenden Arbeitern die Sache der „nationalen Verbrüderung der Arbeiter" besonders sympathisch zu machen. Nachdem das Wort „Streikbrecher" als Beleidigung gilt und sogar ganz harmlose Ausdrücke wie z. B. Hintzegardisten oder Nichtraucher anfangen einen bedenklichen Geruch zu bekommen, wird man vielleicht gut tun, in Zukunft von „nationalen Arbeitsbrüdern" zu reden. Dieser Ausdruck kann doch kaum als strafbar gelten, trotzdem man unter Arbeitern genau wissen wird, welche Menschensorte damit gemeint ist.

Aus- und Einwanderung über deutsche Seehäfen.

Nach dem 236. Bande der Statistik des Deutschen Reiches, der auch die überseeische Aus- und Einwanderung von Deutschen und von Fremden über deutsche Häfen behandelt, stellt sich die Zahl der im Jahre 1910 über deutsche Häfen ausgewanderten Personen auf 276 027, darunter 21 409 Deutsche und 254 618 Fremde; beide Zahlen waren im Jahre 1909 etwas geringer, nämlich 18 315 Deutsche und 239 637 Fremde. Außer den 21 409 über deutsche Häfen ausgewanderten gingen über fremde Häfen 4122 Deutsche. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer betrug also im Jahre 1910: 25 531 (1909: 24 921). An dieser Gesamtzahl der deutschen Auswanderer sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Bayern, Brandenburg mit Berlin sowie Hannover mit je über 2000, Westfalen, Königreich Sachsen, Rheinland, Posen und Württemberg mit je über 1000. Ihrem Berufe nach entfallen von den deutschen Auswanderern 7072 auf die Landwirtschaft, 8329 auf Bergbau und Industrie, 3595 auf Handel und Verkehrsgewerbe (einschließlich der Gast- und Schenkwirtschaft). Unter den über deutsche Häfen ausgewanderten Fremden befanden sich 105 662 Russen, 84 426 Oesterreicher und 56 861 Ungarn. Von den deutschen Auswanderern gingen 22 773, von den fremden 233 056 nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die überseeische Einwanderung über die Häfen Bremen und Hamburg umfaßte im Jahre 1910 154 393 Personen, darunter 99 829 aus Nordamerika, 10 248 aus Südamerika, 952 aus Westindien und Mexiko, 4677 auf Afrika (hierunter 904 Mann deutscher Truppen), 833 aus Ostasien und 531 aus Australien.

Patriotische Bierfreiheit.

Der Polizeipräsident von Stettin hat für die Kaisertage vom 27. bis 29. August den Gastwirten, mit Ausnahme der Sünder mit Damenbedienung, die unbeschränkte Polizeistunde (so heißt das amtlich!) gewährt, die Restaurationen brauchen also überhaupt nicht zu schließen. Und die Saalbesitzer können einen der drei Patriotentage nach freier Wahl als Tanztag bis 2 Uhr nachts haben. Diese polizeiliche Kaisertags-Freiheit wird gerade in Pommern den Wert patriotischer Gesinnung recht augenscheinlich machen. Dort, wo Lokale, die fortschrittlichen oder gar sozialdemokratischen Versammlungen offen stehen, mit der Verkürzung der Polizeistunde zur Räson gebracht werden, muß auch gezeigt werden, wie man den Patriotismus lohnt.

Der bayrische Landtag ist auf den 20. September einberufen worden. Unter den verschiedenen Interpellationen, die die ersten Beratungstage ausfüllen werden, wird jene über den jüngsten Ministerialerlaß gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband die interessanteste sein.

Kleine politische Nachrichten. Sonntag den 27. August findet eine Vertrauensmännerkonferenz der Nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg und Berlins statt, die sich mit der auswärtigen Politik, besonders mit der Marokkofrage beschäftigen soll. — Eine neue Verfassung für die Kolonien ist, wie die Germania erfährt, in den Grundzügen im Reichskolonialamt festgestellt; der Entwurf geht nun an die Gouverneure zur Begutachtung. Der Reichstag dürfte den Entwurf frühestens in der Session 1912/13 erhalten.

Ausland.

Frankreich.

Keine Verschiebung der französischen Manöver.

Paris, 22. August. Vom Kriegsministerium wird die Nachricht, wonach die großen französischen Manöver vertagt oder die Zusammenstellung der daran beteiligten Truppen abgeändert worden sei, für unrichtig erklärt. Ein solcher Beschluß ist bisher an zuständiger Stelle nicht getroffen worden.

Belgien.

Deutsch-belgische Grenzregulierung in Afrika.

Brüssel, 22. August. Das Amtsblatt veröffentlicht heute den Gesetzentwurf, der sich auf das zwischen den belgischen und deutschen Vertretern am 14. Mai zustandegekommene Abkommen hinsichtlich der Grenzregulierung des belgischen Kongos und Deutschostafrika bezieht.

Portugal.

Die neue Verfassung angenommen.

Lissabon, 22. August. Die Nationalversammlung genehmigte den endgültigen Wortlaut des Verfassungsentwurfs, den der Präsident und die anwesenden Abgeordneten unterzeichneten. Die Verfassung wurde sodann unter großer Begeisterung proklamiert.

Türkei.

Protest der Schutzmächte.

Konstantinopel, 22. August. Wie verlautet, werden die Schutzmächte zur Sicherung der ausländischen Versicherungsanstalten der Pforte eine Kollektivnote überreichen, in der gegen die von der Pforte geplante Erhöhung der Prämie der Feuerversicherungsgesellschaften Protest erhoben wird.

Frankreich und die Türkei.

Konstantinopel, 22. August. Wie verlautet, erhielt die Pforte heute Depeschen des Mutesserif von Tezzen, die von einem neuen Kampfe der Franzosen mit den Wadai melden. Die Franzosen hätten sich angeblich zurückgezogen.

Persien.

Täbris, 22. August. Auf den in Serab in der Provinz Aserbidschan weilenden Gouverneur von Maragha Schukschaa ed Dauleh wurde ein Attentat verübt. Der Gouverneur blieb unverletzt. Die Täter, drei Armenier und ein Tatar, wurden hingerichtet.

Dresdner Polizeibericht vom 23. August.

Am 21. August, nachmittags, hat ein Unbekannter, anscheinend Kaufmann, zirka 25 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, schlank, mit blassem Gesicht und spitzer Nase, bekleidet mit dunkelgrünem Jackenanzug und schwarzem, steifem Filzhut, in einem Hause der Krenkelstraße und etwa zwei Stunden später in einem Hause der Weintraubenstraße je einer Dame die Handtasche gewaltsam entrissen. Im ersten Falle enthielt die Tasche ein schwarzes Lederportemonnaie mit gelbem Klappverschluß, enthaltend vier Einmarkstücke und zirka 2 M. in verschiedenen Münzsorten, drei 5 Pf.-Marken, ein kleiner Wiederverkäuferkalender, eine Eintrittskarte zum zoologischen Garten mit dem Stempel „Post" und mehrere Visitenkarten auf den Namen der Bestohlenen lautend. Im zweiten Falle erhielt die Tasche ein schwarzes Lederportemonnaie mit Klappverschluß, in dem sich zwei 10 Markstücke und zirka 4 M. Silbergeld befunden haben, sowie ein weißes Taschentuch, gez. M. M., ein kleiner Schlüssel, ein kleines Rabattbuch von der Firma P. u. H. Hoffmann, Bautzner Straße, eine Visitenkarte und Migränepulver. Der Unbekannte tritt in äußerst frecher Weise auf und pflegt auch nach im Hause wohnenden Personen zu fragen. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die Kriminalabteilung.

Wetterbericht von der Wetittersäule an der Friedrich-August-Brücke
vom 23. August, mittags 12 Uhr.

Barometer 748. Regen und Wind.
Thermometer + 21° R.
Thermometergraph: Min. + 12. Maxim. + 24.
Hygrometer 80 %.
Wasserstand — 230. Wasserwärme: + 16°.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 24. August:

Veränderliche Luftbewegung, wechselnde Bewölkung, Temperatur wenig geändert, Gewitter, sonst keine erheblichen Niederschläge.

Letzte Telegramme.

Das französische Flottenprogramm.

Paris, 23. August. Der Deputierte Nail schlägt in seinem im Namen der Marinekommission erstatteten Bericht über das Flottenprogramm vor, für die Durchführung desselben 1800 Millionen zu bewilligen. Davon sollen 1200 Millionen für die Erhaltung und 600 Millionen für die Vermehrung der Flotte verwendet werden. Diese außerordentlichen Ausgaben sollen auf die Budgets von 1912 bis 1919 verteilt werden.

Kulturförderung.

Paris, 23. August. Die Großindustriellen Gebr. Michelin haben Preise im Betrage von 150 000 Fr. für diejenigen Flieger ausgesetzt, die aus einer Höhe von 200 Metern die besten Ergebnisse im Schleudern von Geschossen erzielen.

Die Niederlage des Eschahs.

London, 23. August. Wie die Morningpost aus Teheran meldet, haben die Regierungstruppen die kaspischen Häfen wieder besetzt und den früheren Schah vollständig eingeschlossen. Schuh es Saltaneh soll die Gewalt über die Turkmenen verlieren, die am 20. August in großer Zahl plündernd und raubend in Semnan eingedrungen sind. Bei den Turkmenentruppen des früheren Schahs soll es zu beträchtlichen Desertionen gekommen sein. Der Emir Muffakham kann nicht gegen Salar ed Dauleh vorgehen aus Mangel an Geldmitteln.

Ein neuer Streik in London.

London, 23. August. Sämtliche Baggerer haben die Arbeit eingestellt. Das bedeutet, daß wöchentlich 150 000 Tonnen Schlamm im Flusse liegen bleiben. Die Sandpumpen baggern ebenfalls 52 000 Tonnen Sand wöchentlich aus. Dieses Reinigen des Flusses muß regelmäßig geschehen, wenn die großen Ozeandampfer den Fluß befahren sollen. Der Streik ist die Antwort auf eine geplante Aussperrung, die eine Folge des großen Streiks war. Wie offiziell angegeben wird, war die Veranlassung zur Einstellung der Baggerarbeiten und der Kündigung der Mangel an Kohle. Infolge dieses Streiks ist auch bei den Schleppern der Hafenbehörde ein Streik ausgebrochen. Die Kapitäne und die Mannschaft weigerten sich, die Baggerer und andere Boote mit Kohlen zu versehen, da sie dadurch mit ihren Gewerkschaften in Konflikt geraten würden. Infolgedessen wurden die Schlepper in die Docks gesandt. Die Führer der Baggerer und der Schlepper hatten heute eine Konferenz mit der Vertretung der Behörden.

Die Einigungskommission.

London, 23. August. Die Fünferkommission zur Untersuchung der Unzulänglichkeiten der Einigungsakte besteht aus folgenden Mitgliedern: Sir David Harell, früher Polizeipräsident und Unterstaatssekretär für Irland, als Präsident; Sir Thomas Radcliffe Ellis, Parlamentsmitglied und Sekretär für die Arbeitgeber am Versöhnungsamt der Kohlenhandelsdistrikte; Arbeiterführer Henderson; Sir Gabriel Leale von der Firma Beale Company und Sir John Burnett, früher Arbeitersekretär im Handelsamt.

Richter aufgefunden.

Saloniki, 23. August. Der von Räubern entführte Ingenieur Richter ist aufgefunden worden und wird nach Saloniki gebracht. Näheres ist noch nicht bekannt.

Der Diebstahl der Gioconda.

Paris, 23. August. Die gesamte Presse beschäftigt sich in spaltenlangen Artikeln mit dem Diebstahl der Gioconda und bezeichnet ihn als ein ganz unerhörtes phantastisches Ereignis. Irgend ein Anhaltspunkt, der zur Entdeckung des Diebes führen könnte, ist noch nicht gefunden worden. Die Annahme, daß es sich vielleicht nur um einen schlechten Scherz handle, um der Museumsverwaltung eine Lektion zu erteilen, ist wenig wahrscheinlich. Eher sei es möglich, daß es sich um den Racheakt irgend eines entlassenen Dieners handle. Der Dieb scheint mit großer Umsicht vorgegangen zu sein. Er muß das Bild abgeschraubt und durch mehrere Säle geschleppt haben. Im Treppenhaus dürfte er den Rahmen vollständig losgelöst und an die Tür eines Dienerzimmers gelehnt haben. Man hält es für möglich, daß er sodann das Bild aus dem Fenster geworfen und einem Helfershelfer zugestellt habe.

Straßenbahnererfolg.

Saarbrücken, 23. August. Die Straßenbahner haben mit 144 gegen 20 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurde die elfstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung bewilligt.

Eine Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie

hat der Verband Thüringischer Metallindustriellen beim Gesamtvorstand Deutscher Metallindustriellen beantragt.

Es dürfte sich um weiter nichts wie einen Schreckschuß handeln, vor dem die Arbeiter freilich nicht erschrecken.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Internationale Hygiene-Ausstellung

Dresden 1911.

Donnerstag den 24. August

Kassenöffnung 9 Uhr.

Gewöhnliche Eintrittspreise: Von 9 bis 10 Uhr M. 2.—, von 10 Uhr an M. 1.—, von 7 Uhr abends an 50 Pf.

Konzerte.

Musikpavillon A (Konzertplatz). Von 3 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Königl. Sächs. Inft.-Regts. Nr. 102, Zittau. Direktion: Obermusikmeister Berger.

Musikpavillon B (Herkules-Allee). Von 4 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Kürassier-Reg. von Seydlitz (Magdeburg), Nr. 7, Halberstadt. Direktion: Stabstrompeter Damm.

Von 10 Uhr an spielt diese Kapelle auf **Musikpavillon A** (Konzertplatz).

Sportplatz

Donnerstag den 24. August

5 Uhr nachmittags:

Spielvorführungen der Neustädter Höheren Töchterschule.

Eintrittspreise zum Sportplatz*)

1. Platz Mk. —.50, Kinder und Schüler . . . . Mk. —.30
2. Platz Mk. —.20, Kinder, Schüler u. Militär . Mk. —.10

Tribüne unnumeriert Mk. —.50 } Zuschlag zum Preise
Tribüne numeriert Mk. 1.— } für 1. Platz.

*) Berechtigen nicht zum Eintritt in die allgemeine Ausstellung.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Potschappel, Bürgerstraße 4, gegenüber dem „Goldenen Löwen". — Geschäftszeit: Wochentags v. 8—1 Uhr und 3—6 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Deuben Nr. 774.

Bezirk Potschappel u. Umg.

Sonnabend den 26. August, abends 9 Uhr, im kleinen Saale des Gasthofs zum **Goldnen Löwen, Potschappel, Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Kahmann über: **Sozialdemokratie und Ehe.** 2. Bericht aus dem Kreisvorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. — Angesichts dieses wichtigen Themas erwartet zahlreichen und pünktlichen Besuch der Genossen und Genossinnen

Die Verwaltung.

Sonntag den 3. September 1911

Ausflug nach Obernaundorf

über Bannewitz, Poisenwald, Jägerhaus. Im Gasthof zu Obernaundorf ein **Tänzchen.** — Abmarsch Punkt 1 Uhr vom Deutschen Haus. Zurück über Hainsberg. — Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Die Verwaltung.**

Bezirk Gittersee-Coschütz.

Sonntag den 27. August, im Gasthof in **Klein-Naundorf**

Grosses Sommer-Fest.

Darbietungen: **Vogelschießen. Gabentempel. Rad-Pfefferkuchen. Fischbude. Kinderbelustigung.** — Im Saale **großer Ball.** Abends **Lampionzug.** — **Anfang 3 Uhr.**

Um recht zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen nebst ihrer Angehörigen bittet **Die Bezirksverwaltung.**

Arbeiter-Sanitäts-Kolonne Dresden

Mittwoch den 20. September, abends 8½ Uhr, beginnt in der **Zentralhalle,** Fischhofplatz, der diesjährige

Kursus in der ersten Hilfeleistung

bei **Unglücksfällen** und in der **Krankenpflege.** Der Beitrag beträgt pro Monat 50 Pf. Dauer des Kursus 3 Monate. Um zahlreiche Beteiligung von Herren und Damen ersucht **Der Vorstand.**

Die Vereine werden hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht, damit sie einige Mitglieder ausbilden lassen.

Bezirk Radebeul.

Sonntag den 27. August

Sommer-Partie

mit Musikbegleitung

über **Wahnsdorf** nach den **Teichen, Seefrieden,** durch den **Tierpark** nach dem **Lindengarten** in **Moritzburg.** Daselbst **Tanz.** — Abmarsch **Punkt 1 Uhr** von den **Vier Jahreszeiten** in **Radebeul.**

Recht zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Bezirksleitung.**

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Potschappel, Bürgerstraße 4, gegenüber dem „Goldenen Löwen". — Geschäftszeit: Wochentags v. 8—1 Uhr und 3—6 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Deuben Nr. 774.

Donnerstag den 24. August, abends 8½ Uhr

Kreis-Versammlung

im Etablissement **Bürgergarten,** Löbtau, Lübecker Straße

Tages-Ordnung:

1. **Bericht von der Landes-Versammlung in Meißen.**
2. **Debatte.** — 3. **Vereins-Angelegenheiten.**

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Sonntag den 3. September, vorm. 10½ Uhr
Mittwoch den 6. September, abends 8¼ Uhr
Freitag den 8. September, abends 8¼ Uhr

Vortrags-Kursus

im Goldenen Löwen in Potschappel.

Thema:

Der historische Materialismus.

Referent: Genosse **Julian Borchardt,** Berlin.

Die Genossen und Genossinnen, die an dem Kursus teilnehmen wollen, von den Bezirken aber nicht delegiert sind, haben sich Sonntag den 3. September, vormittags 10 Uhr, im Goldenen Löwen in Potschappel einzufinden.

Als Legitimation für alle Teilnehmer gilt das Mitgliedsbuch.

Die Teilnahmegebühr beträgt 1 Mark. — Jugendliche zahlen 50 Pf.

Der Vorstand.

Gittersee u. Umg.

Freitag den 25. August 1911, abends 9 Uhr, im Gasthof zu Gittersee

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Marokko und die kapitalistische Weltpolitik.

Referent: Landtagsabgeordneter **Hermann Fleißner.**

Freie Aussprache für jedermann.

Männer und Frauen! Erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung. Es gilt zu protestieren gegen die dreisten Treibereien der Kriegshetzer und zu demonstrieren für den Völkerfrieden. Oeffentliche politische Versammlung. Einberufer: **Alfred Gündel,** Coschütz, Cunnersdorfer Str. 1.

Die im Jahre 1906 in unserem Verlage erschienene, von **Kurt Eisner** verfaßte Schrift

Der Sultan des Weltkrieges

Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomatenpolitik

Preis 40 Pfennig

ist wieder aktuell geworden und wird zur Anschaffung angelegentlichst empfohlen.

Verlag Kaden & Comp., Zwingerstr.

Bilz Luft-Bad

Lößnitzgrund (Meierei)

Das Lichtluftbad ist eines der besten Heilmittel bei fast allen Krankheiten.

Waldschänke Prießnitzbad.

Herrliche Waldluft! **Am Alaunplatz.** Herrliche Waldluft!

Jeden Donnerstag: **Großes Militär-Konzert.**

Anfang 7½ Uhr. — Eintritt frei.

Schöner Saal :: Zwei Kegelbahnen.

Um gütigen Zuspruch bittet **Theodor Keller.**

Colosseum

Lichtschauspielhaus

Freiberger Platz 20.

Strassenbahnlinien 7, 15, 28.

Heute neues Programm.

Unter anderem: **Zerbrochenes Glück.** Drama.

Voranzeige! Sonnabend den 26. August:

Der Aviatiker und die Frau des Journalisten.

Neuester Schlager auf kinematographischem Gebiete.

Spieldauer eine Stunde

Soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie im :: Urteile ihrer Gegner ::

Von **August Erdmann**

Unentbehrlich für jeden Agitator und Redner

Preis 2 M. gebunden.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Gr. Zwingerstr.

Freie Schwimmer, Deuben.

Donnerstag den 24. August, abends 9 Uhr, **Versammlung der Damenabteilung.** Damen, die gesonnen sind noch beizutreten, herzlich willkommen.

Leuben

Schulstrasse, neben ...

Kielreiters Künstler-Spezialitäten-Arena

— Täglich abends ½8 Uhr —
Heute Mittwoch

Gr. Eröffnungs-Vorstellung

Auftreten nur erstklass. Künstler. 1. Platz 30 Pf., 2. Platz 20 Pf. Stehplatz außerhalb der ... 10 Pf. — Kinder zahlen 1. Platz 15 Pf., 2. und Stehplatz 10 Pf. Um recht zahlreichen Besuch bittet **C. Kielreiter,** Direktor.

Restaurant Plauenscher ...

71 Hofmühlenstraße 71

Inhaber: Max Friedrich. Empf. meine Lokalitäten ... Beachtung. **Vorzügl. ...**

Vereine!

Beste bunte Stock-Laternen

100 Stück von Mark **2.50**

Lampions, Girlanden, Kindergewinne, Glücksräder

Waren-Lotterien!

Kompl. Sortimente in jeder Preislage. — Tombola-Los-Röllchen —

TOMBOLA LOS

Großartige Musterausstellung. Reichillustrierte Preisliste gratis. **Vereinen Engrospreise.**

Ludwig Philippsohn

Scheffelstr. 36, I. Telephon ...

Menstruations

tropfen wirken bei Unregelmäßigkeiten und Stockungen der Perioden a Flasche M. 2.50 u. M. 5.—

Frau Heusinger

37 Am See 37

Ecke Dippoldiswaldaer Platz. Genau auf Namen u. **Hausnummer** achten.

Postkarten

mit eigener Photographie 4 St. 1 M., Dutzend 1.80 M. liefert

Photograph Richard Jähnig **Marienstr. 1b,** ...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Zmwolde, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194. | Dresden, Mittwoch den 23. August 1911. | 22. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung.

Der Wortlaut des an die Regierung abgegangenen Antrags der sächsischen Landtagsfraktion, von dem Genosse Fräßdorf gestern morgen der Landesversammlung unter großem Beifall Kenntnis gab, ist folgender:

An das Gesamtministerium des Königreichs Sachsen
in Dresden.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Ständekammer richtet der unterzeichnete Fraktionsvorstand an die Königliche Staatsregierung hierdurch das Ersuchen, in beschleunigtem Verfahren alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Behebung und Verhinderung der Steigerung der Lebensmittelpreise geboten und möglich sind.

Die in Aussicht genommenen oder schon angeordneten Ermäßigungen der Frachtsätze für Futtermittel genügen nicht. Es müssen nicht nur die Interessen der produzierenden Landwirte, sondern auch die der großen konsumierenden Bevölkerungsmasse gesichert werden, deren Ernährung durch die beginnende Teuerung in Gefahr gebracht wird. Die Mißernte in Futtermitteln ist eine bekannte Tatsache. Milch und Milchprodukte sind bereits enorm verteuert, Gemüse und Obst sind im Preise beträchtlich gestiegen und werden voraussichtlich weiter steigen. Für Kartoffeln droht eine Teuerung, die sich schon jetzt in erhöhten Preisen bemerkbar macht. Alle Umstände weisen darauf hin, daß mit einem allgemeinen Notstand der minderbemittelten Bevölkerung gerechnet werden muß. Das erfordert Maßregeln, sowohl um den bereits bestehenden Notstand zu beseitigen als auch um die künftige Verschärfung der Notlage zu verhüten. In diesem Sinne ersuchen wir die Königliche Staatsregierung:

1. dem bevorstehenden Landtage bei seinem Zusammentritt eine Vorlage zu unterbreiten, durch die die inländische Fleischbesteuerung aufgehoben wird;

2. im Verein mit den Eisenbahnverwaltungen der anderen Bundesstaaten die Frachtsätze nicht nur für Futtermittel, sondern auch für Nahrungsmittel, die dem Massenkonsum dienen und an denen Mangel einzutreten droht, zu ermäßigen;

3. im Bundesrate mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß zunächst zeitweilig die Lebensmittelzölle und im Interesse der Erhaltung des inländischen Viehbestandes auch die Futtermittelzölle aufgehoben und daß die Reichsgrenzen für die Einfuhr von Fleisch und Vieh geöffnet werden.

Da ferner die Zollausfuhrvergütung auf Getreide den Inlandsmarkt entblößt, dadurch — die Wirkung der Getreidezölle verschärfend — schon zu normalen Zeiten Notstandspreise im Getreide herbeiführt und der Ansammlung von Getreidevorräten im Inlande, wie sie im Angesichte eines herankommenden Notstandes ganz besonders notwendig ist, entgegenwirkt, ersuchen wir:

4. im Bundesrat auf eine Beseitigung des Systems der Getreideeinfuhrscheine, das sich als Ausfuhrprämiensystem darstellt, zu dringen.

Dresden, 21. August 1911.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion.

Es ist abzuwarten, ob die Regierung diesen Appell an ihre Pflicht, auch die Konsumenten vor den schlimmen Folgen der rapid einsetzenden Lebensmittelteuerung zu schützen, nachkommen wird. Die Maßnahmen zugunsten der Landwirte (Frachtermäßigung für Futtermittel) genügen dazu bei weitem nicht.

Die Zahl der Automobile in Sachsen hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Jetzt liegen zahlenmäßige Angaben über die in Sachsen vorhandenen Kraftwagen vor. Sie zeigen so recht, in welch außergewöhnlichem Maße das Automobil als Beförderungsmittel in Aufnahme gekommen ist und welche Entwicklung das ganze Automobilwesen genommen hat. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen gab es im Jahre 1907 in Sachsen 805 Automobile, am 1. Januar 1911 zählte man deren 3530.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Gutsbesitzer Andrä aus Seebschütz stürzte mit seiner Straße aus dem Wagen und war sofort tot. — Dem Steinbrecharbeiter Graf in Lommatzsch flog ein großer Stein an den Kopf, der ihn tödlich verletzte. — In Gröbschen bei Roßwein stürzte ein Brunnen ein, in dem in einer Tiefe der Glasschleifer Lehmann auf einer Leiter stand, um eine Reparatur auszuführen. Erst nach 9stündiger schwerer Arbeit konnte der Eingeschlossene befreit werden. Zum Glück hatte er keinen ernsten Schaden erlitten. — Der Webermeister Ferdinand [illegible] in Wüstenroff i. V. versuchte sich am Hand- und Fußgelenk die Pulsadern zu durchschneiden. Der Blutverlust ist so groß, daß Lebrig kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. — Am Dienstag früh gegen 7 Uhr wurde bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Bahnhofe in Siegmar bei Chemnitz der Arbeiter Richard [illegible] von nachstürzenden Erdmassen verschüttet; der Verunglückte war sofort tot. — Auf dem Wege zu einer Wildschadentaxation verunglückte der Königl. Förster W. Großmann in Rehefeld dadurch schwer, daß er unter die Räder des von einem scheu gewordenen Pferde gezogenen Wagens kam. — Hinter dem Rittergut Straßberg bei Plauen i. V. wurde am Sonntag vormittag in der [illegible] eine Kindesleiche gefunden. — An einem Neubau in Poppengrün stürzte der Zimmermann Karl Meßner vom Erkergiebel ab, erlitt einen schweren Schädel- und Nasenbeinbruch und starb an den Folgen der schweren Verletzungen. — Tödlich überfahren wurde vom Kraftomnibus der Linie Chemnitz—Wenig[illegible] in der Nähe des Gasthofes Wildpark der Sohn des Fahrradhändlers [illegible] in Chemnitz.

Stadt-Chronik.

Fort mit der Klatsch- und Sensationspresse!

Die Presse ist ein überaus wichtiger Faktor im öffentlichen Leben. Alle Parteien finden in der Presse ihren Niederschlag. Von der Sozialdemokratie bis zurück zu den rückschrittlichen [illegible], den Konservativen, haben alle Parteien ihre Parteiblätter. Selbst die Partei der Parteilosen hat ihre Parteipresse, die Klatsch- und Sensationsblätter. Wer sich also erst zu einer politischen Ueberzeugung emporgeschwungen hat, dem müßte es nicht schwer fallen, sich zu entscheiden, welches Blatt er in seinem eigensten Interesse abonnieren muß. Und doch sehen wir, daß viele Arbeiter, die bei Reichstags- und Landtagswahlen stets nur einem Vertreter der Arbeiterpartei, einem Sozialdemokraten, ihre Stimme geben, und sogar Arbeiter, die jahrelang einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaft angehören, Leser der bürgerlichen Presse sind! Woran liegt das?

In den meisten Fällen ist ihnen die Feindschaft der bürgerlichen Presse gegenüber den Kämpfen der Arbeiter um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht unbekannt. Was sie anzieht, ist die sensationell herausgeputzte Berichterstattung über alle möglichen und unmöglichen Dinge. Die bürgerliche Presse wird redigiert in einer Weise, die Hoffmann v. Fallersleben in bekannten satirischen Strophen so trefflich charakterisierte.

Die Zeitung „interessant" zu machen, darauf wird in den bürgerlichen Sensationsredaktionen alle Kraft konzentriert. Möglichst viele und möglichst gruselig geschriebene Mord-, Räuber- und ähnliche Geschichten. Je öfter der Leser eine Gänsehaut bekommt, desto besser. Die Leser wollen es so haben, ergo läßt sich dabei ein Profitchen machen. Mit solchem Zeug lassen sich obendrein die Zeitungen so bequem und so billig füllen, da ist es denn wirklich nicht zu verwundern, wenn derartige bürgerliche Blätter auch gerade solche Leser haben wollen. Eine Presse, die ihre Aufgaben nicht in der Befriedigung oder gar in dem Schüren der Sensationssucht sieht, sondern stets bemüht ist, der Tatsache gerecht zu werden, daß die Presse für viele, viele Leser das einzige Bildungsmittel ist, wird solcher Sensationslüsternheit nach besten Kräften entgegentreten. Dieses Streben finden wir aber fast ausschließlich in der sozialdemokratischen Presse. Sie ist mit allen Kräften bemüht, die Gedanken der Arbeiter abzulenken von den Grusel-, Schauer- und Klatschgeschichten und ihre Kräfte auf eine Besserstellung ihrer Lage zusammenzuschließen. Der Arbeiter muß einsehen lernen, wie sehr er bedrückt wird und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, sich von diesem Drucke zu befreien. Auf diesen Weg wird ihn niemals ein bürgerliches Blatt weisen. Darum, Arbeiter, lest die Volkszeitung! Agitiert für sie! Führt ihr neue Leser zu!

Verbrecher gesucht.

Die Staatsanwaltschaft macht bekannt: Sonntag den 13. August ist an der vierzehnjährigen Haustochter Melanie Thieme aus Niederhäßlich auf Oberpesterwitzer Rittergutsflur ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt worden, das den Tod des Mädchens zur Folge hatte. Die Thieme ist am Sonntag nachmittag mehrfach von ihr bekannten Personen auf der Festwiese des Potschappeler Vogelschießens in Begleitung eines Unbekannten, der einen etwa zwei- bis dreijährigen Knaben bei sich führte, gesehen worden. Sie soll in der vierten oder fünften Stunde mit dem Unbekannten an einer Fischwürfelbude gestanden und mit ihm gesprochen haben. Etwa gegen 5 Uhr ist sie mit dem Unbekannten auf einem Karussell (Krinoline) und dann wieder auf einem anderen Karussell (Zeppelin-Luftschiff) gesehen worden. Hierbei soll der Unbekannte für sie bezahlt haben. Kurz darauf ist sie in einem Bierzelt (Bratwurstglöcklein) unweit des Einganges an einem Tisch sitzend gesehen worden. Auch hier war sie in Begleitung des Unbekannten mit dem Jungen. Etwa in der siebenten Stunde ist sie auf dem schmalen Wege von der Festwiese nach dem Steiger mit dem Unbekannten gehend gesehen worden, wobei dieser und die Thieme den kleinen Jungen an der Hand geführt haben. Nach 8 Uhr endlich soll sie, anscheinend ohne Begleitung des Unbekannten, am Kasperletheater gestanden haben. Seitdem ist sie nicht mehr gesehen worden. Der Unbekannte wird beschrieben: Etwa 27 bis 30 Jahre alt, von mittelgroßer, kräftiger Statur, dunkler Schnurrbart, trug dunkle Hose, desgleichen Weste, helles, etwa cremefarbenes Jackett, Strohhut, dessen Krempe vorn nach unten, hinten nach oben gebogen war. Der in Begleitung des Unbekannten befindlich gewesene Junge, etwa zwei bis drei Jahre alt, war bekleidet mit blauem, vielleicht hellblauem Russenkittel mit weißem Gürtel. Der oben beschriebene Unbekannte, der bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte, sich auch noch nicht selbst gemeldet hat, wie irrtümlich verbreitet worden ist, wird dringend ersucht, sich zu melden. Für die Ermittlung des Täters oder für den Nachweis von Tatsachen, die seine Ermittlung zur Folge haben, werden 800 Mark Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Wahrnehmungen werden im Gemeindeamte zu Potschappel und von der Landeskriminalpolizei Dresden, Schießgasse 7, 1. Geschoß, Zimmer 48, mündlich oder schriftlich entgegengenommen.

Blumen-Heimarbeit.

Man schreibt uns: In letzter Zeit ist in hiesiger Gegend versucht worden, Heimarbeiterinnen für die Blumenindustrie zu gewinnen. So sind in allen bürgerlichen Zeitungen, vor allem in den Dresdner Neuesten Nachrichten und in Provinzblättchen, Leute für „gut lohnende und dauernde Blumenarbeit" gesucht worden. Als Lohn werden 3 bis 3,50 M. täglich versprochen. Für die Erlernung soll ein halber Tag genügen und als Lehrgeld werden 3,50 M. gefordert. Schon viele Frauen sind darauf hineingefallen, haben ihre sauer verdienten Pfennige an die Firma bezahlt und eingebüßt, sie haben nichts gelernt. Diese Firma ist in Dresden-Altstadt, früher Cranachstraße 18, jetzt Mathildenstraße 66, 1., Inhaber Großmann. Sie nennt sich „Blumenausgabe und Fabrikfiliale Sebnitzer Blumenfabriken". Vor uns liegen drei verschiedene Arbeitszettel dieser Firma, abschriftliche Briefe, Sicherheitsscheine usw. Jetzt hat sie einen neuen Trick erfunden und hat unter die Zettel drucken lassen (wahrscheinlich hat sie schon Wind bekommen): „Lehrgeld wurde nicht gezahlt. Die Vergütung für beim Anlernen verbrauchtes Material wird nicht zurückerstattet. Die Firma ist nicht verpflichtet, Hausarbeit zu geben." — Draußen im Lande aber reisen Beauftragte dieser Firma herum und knöpfen Frauen mit den obigen Versprechungen Geld ab! Es gibt jetzt Hunderte von arbeitslosen Blumenheimarbeiterinnen. Auch ist es unmöglich, in einem halben Tage das Blumenmachen zu lernen. Es gibt in Dresden Firmen, wo volle drei Jahre vertraglich gelernt wird.

Der Verband der Blumenarbeiter ersucht deshalb alle Frauen und Mädchen, die auf solche oder auf andere Art ihr Geld los geworden sind, nichts gelernt oder dort Hausarbeit gemacht haben, oder solche, die nur Einschreibegeld oder gar das Lehrgeld zahlten, sich sofort bei Frau Ernestine Lutze, Dresden, Obergraben 21, 4., oder bei Emil Weichold, Sebnitz, Lange Straße 37, 1., zu melden.

Die Wasserversorgung der Stadt. Amtlich wird mitgeteilt: Infolge der langandauernden Trockenheit und der außerordentlichen Hitze ist der Wasserverbrauch in Dresden in den letzten Wochen zu einer gewaltigen, bisher noch nicht erreichten Höhe angestiegen. Am 29. Juli sind für die Wasserversorgung 101 611 Kubikmeter erforderlich gewesen, d. i. ein um 23 Prozent höherer Bedarf als der Höchstbedarf der Vorjahre. Der Gesamtwasserverbrauch während des Monats Juli überstieg den des gleichen Monats im Vorjahre um 32 Proz. In den ersten beiden Wochen des August war ein durchschnittlicher Tagesverbrauch von mehr als 90 000 Kubikmeter zu verzeichnen. Diesen gewaltigen und langandauernden Bedarf haben die Wasserwerke bisher decken können, wenn sie hierbei auch bis nahe an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht worden sind, da durch die langandauernde Trockenheit und den außerordentlich niedrigen Elbwasserstand die Ergiebigkeit der einzelnen Werke verringert worden ist.

Wohnungsbriefkästen. Die Anbringung von Briefkästen an den Eingängen von Wohnungen zur Aufnahme der Postsendungen und Zeitungen für die Wohnungsinhaber hat sich bei dem stetig wachsenden Verkehr als so zweckmäßig erwiesen, daß das Publikum von der Einrichtung in weit größerem Umfange Gebrauch machen sollte, als bisher geschehen ist. Abgesehen davon, daß durch das Vorhandensein von Hausbriefkästen die Briefbestellung im eigensten Interesse des Publikums erheblich beschleunigt wird, bietet die Einrichtung den besonderen Vorteil, daß in den Fällen, in denen der Empfänger abwesend oder in der augenblicklichen Entgegennahme der Postsendungen verhindert ist, die Sendungen nicht zum Postamte zurückgebracht zu werden brauchen, sondern durch Niederlegen in den Briefkasten schneller in die Hände der Empfänger gelangen, als wenn sie bei einem späteren Bestellgange nochmals durch den Briefträger überbracht werden. Außerdem wird den meisten Briefempfängern erwünscht sein, wenn die vom Briefträger abgegebenen Briefe und Postkarten nicht zuvor in die Hände des Dienstpersonals oder anderer Personen gelangen, wodurch leicht Anlaß zu Indiskretionen gegeben wird. Die Anbringung eines Briefkastens sollte daher bei keiner Wohnung unterlassen und insbesondere auch bei Ausführung von Neubauten von vornherein in Betracht gezogen werden. Von den verschiedenen Arten der im Gebrauch befindlichen Hausbriefkästen haben sich in der Praxis am besten die in die Eingangstür zu den einzelnen Wohnungen eingelassenen Einwurfsspalten mit einem dahinter an der Innenseite der Tür angebrachten verschließbaren Briefkasten bewährt. Es empfiehlt sich, diesen Einwurfsspalten eine solche Ausdehnung zu geben, daß von den bestellenden Boten auch stärkere Briefe und Drucksachen eingelegt werden können.

Der neue Branddirektor. In der letzten Sitzung des Rates wurde Herr Brandinspektor Düver aus Berlin zum Branddirektor von Dresden gewählt. Düver ist bekanntlich mit der interimistischen Leitung der Dresdner Berufsfeuerwehr bereits betraut. Die definitive Uebernahme des Postens erfolgt am 1. Oktober.

Für Steuerzahler. Das Stadtsteueramt hat wegen der am 15. Juli fällig gewesenen Gemeinde-Einkommensteuer für den 2. Termin 1911 und wegen der ebenfalls am 15. Juli fällig gewesenen katholischen Kirchen- und Schulanlage für den 1. Termin 1911 in der Hauptsache das Mahnverfahren beendet und soll gegen die säumigen Zahlungspflichtigen nunmehr vom Ratsvollstreckungsamte mit der Einziehung der Steuerreste vorgegangen werden. Wer den Besuch eines Vollstreckungsbeamten vermeiden und unnötige Kosten sparen will, möge sich beeilen, seine Steuerangelegenheit baldigst zu ordnen.

Vermischte Nachrichten. In der letzten Sitzung vor den Ferien haben die Stadtverordneten beschlossen, nicht nur den Armenpflegern und Gemeindewaisenräten und deren Stellvertretern, wie der Rat vorgeschlagen hatte, sondern auch den übrigen im ehrenamtlichen Dienste der Stadtgemeinde tätigen Bürgern Dauerkarten mit einwöchiger Gültigkeit zum Besuche der Hygiene-Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Der Rat ist diesem abweichenden Beschlusse beigetreten. — Wegen Sacharinschmuggels wurde hier auf Ersuchen der österreichischen Finanzbehörde der Privatmann Georg Köhler aus Berlin festgenommen; gleichzeitig wurde ein Mitschuldiger in Bodenbach, der dortige Großkaufmann Oskar Wünsch, der bereits früher wegen eines großen Sacharinschmuggels zu einer Geldstrafe von 20 000 Kronen und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wieder verhaftet.

6. Kreis. Die Genossen und Genossinnen werden hiermit noch besonders auf die morgen Donnerstag im Bürgergarten in Löbtau stattfindende Kreisversammlung hingewiesen. Unsere Delegierten werden Bericht von der Landesversammlung in Meißen erstatten.

Aus der Umgebung.

Gittersee. Ein Unglücksfall ereignete sich am Montag abend auf der hiesigen Vogelwiese. Der 13jährige Sohn des Hoblers Mittmann büßte beim Suchen von abgebrannten Feuerwerkskörpern ein Auge ein. Es wurde ihm sofort ärztliche Hilfe zuteil.

Dobritz. Morgen Donnerstag, abends 8½ Uhr, findet eine wichtige Besprechung der hiesigen Parteigenossen im Gasthof statt.

Welschhufe. Unweit des Bahnhofs Bannewitz, im sogenannten Nöthnitzer Steinbruch, fand man Dienstag vormittag

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ein erschossenes 18- bis 20jähriges gutkleidetes Mädchen auf. Es wurde durch die Bannewitzer Ortsbehörde aufgehoben und der dortigen Totenhalle zugeführt. Jedenfalls liegt Selbstmord vor.

Coßmannsdorf. Am Dienstag vormittag entgleiste hinter der Station Coßmannsdorf unweit des Steinbruches von dem nach Kipsdorf fahrenden Güterzug der zweite Wagen, auf dem ein großer normalspuriger Wagen stand. Der mit 50 Sack Mais beladene geschlossene Wagen fiel herunter auf die Straße, das Gestell versperrte die Verbindung. Mit den Abhebungsarbeiten wurde sofort begonnen, auch ein Werkstattwagen beordert. Der Personenzugsverkehr mußte während der Zeit durch Umsteigen bewirkt werden.

Vereinskalender für Donnerstag.

6. Kreis. Abends 8½ Uhr Kreisversammlung im Bürgergarten.
Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund. Ortsgruppe Dresden. Abends 9 Uhr Uebungsabend im Volkshaus. — Ortsgruppe Dr.-Löbtau. Wettschreiben um 8½ Uhr bei Kämpfe, Wernerstr.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ungewöhnlich dreiste Diebstähle wurden am zweiten Pfingstfeiertag in der Hellerschenke und deren Nähe verübt. Vormittags gegen 9 Uhr, als die Wirtschafterin an ersterem Orte einmal auf einige Minuten ihr Zimmer verlassen hatte, waren ihr daraus ein Geldbetrag, zwei Broschen, ein Ring und eine Uhr gestohlen worden. Zwei Stunden später kamen die beiden Söhne eines Gutsbesitzers in Wilschdorf aus der Kirche, zogen sich aus und hielten eine kurze Mittagsruhe. Während dem sind aus dem Wohnzimmer die beiden Taschenuhren der jungen Leute, ein Portemonnaie mit 16 M., ein Streichholzbüchschen, ein Schlips und ein Paar Hosenträger gestohlen worden. Vom Dieb war beide Male nichts zu entdecken. Am nächsten Tage nachmittags hatte das Hausmädchen im Kurhaus Fichteren einige Augenblicke die Tür ihres Zimmers offen gelassen, um sich im Hofe einen Krug Wasser zu holen. Als sie wieder hinaufging, begegnete ihr ein Mann auf der Treppe, der sie fragte, wo er einmal Wasser trinken könne. Das Mädchen schickte ihn in die Bierausgabe. Als sie wieder in ihr Zimmer trat, sah sie, daß sie bestohlen worden war. Es fehlten ihr fünf Zweimarkstücke, die sie sich am Abend zuvor eingewechselt hatte, weil sie am dritten Feiertag spazieren gehen wollte. Sie rannte sofort wieder herunter zum Hausknecht und beide verfolgten den Fremden, den sie auch bald einholten und mit auf das Gemeindeamt nach Großzschachwitz nahmen. Es war der 45jährige Maurer Paul Robert Maul. Vor dem zufällig im Gemeindeamt anwesenden Gendarmen bestritt er den Diebstahl. Beim Visitieren wurden nicht nur die fünf Zweimarkstücke, sondern auch die am vorigen Tage in der Hellerschenke und in Wilschdorf gestohlenen Gegenstände gefunden. M. wurde verhaftet und hatte sich nun wegen Rückfalldiebstahls und Angabe eines falschen Namens zu verantworten. Er hatte wenige Tage vor Pfingsten das Zuchthaus erst verlassen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht wegen der Rückfalldiebstähle und 3 Wochen Haft wegen Angabe eines falschen Namens.

Schöffengericht.

Ein sonderbarer Heiliger wurde in der Person des Bergarbeiters Berthold aus der Untersuchungshaft vorgeführt, damit gegen ihn wegen Bettelns, Nächtigens im Freien, Landstreichens und Widerstands verhandelt werde. Der Angeklagte hat einen prächtigen wallenden Vollbart und eine Stentorstimme, gegen die nicht aufzukommen ist. Obwohl er über die sozialen Verhältnisse, deren Opfer er geworden ist, manche treffenden Bemerkungen machte und seine Ausdrucksweise von einer das Durchschnittsmaß übersteigenden Intelligenz zeugte, scheint er geisteskrank zu sein. Er erzählte seine Schicksale wie folgt: Von Oesterreich kommend, sei er arbeitsuchend durch die sächsische Schweiz gewandert, habe hin und wieder bei den Bauern für einen halben Tag Beschäftigung gefunden und durch den Ertrag seiner Arbeit und durch freiwillige Geschenke seinen Unterhalt gefunden. So kam er nach Pillnitz. Er ging in das Schloßrestaurant und verlangte ein Nachtlager. Der Kellner verweigerte es ihm, gab ihm 8 Pf. und forderte ihn auf, zu verschwinden, da er unter die vornehmen Gäste des Schloßrestaurants nicht passe. Er habe sich höflichst bedankt und sei weitergewandert. Die Nacht war wunderschön und warm; sie lud geradezu ein, unter freiem Himmel zu schlafen. So habe er sich auf dem Borsberg niedergelegt und wundervoll geschlafen. Am andern Morgen habe er sich die Umgegend angesehen und den Schloßpark aufgesucht, um den König zu treffen und mit ihm seine Angelegenheiten einmal zu besprechen. Ein Schutzmann habe ihm aber gesagt, der König sei nicht da, er möge sich verduften. Als er den Schutzmann ein zweites Mal traf, verhaftete ihn dieser. Da er die Verhaftung für unbegründet hielt, habe er sich allerdings zunächst geweigert, mitzugehen. Ueber das Vorgehen des Schutzmanns habe sich auch ein Arbeiter entrüstet. Er hätte niemand etwas zuleide getan. Gebettelt habe er nicht, denn der Kellner habe ihm freiwillig die 8 Pfennig gegeben. Von Landstreichen könne keine Rede sein, denn wenn er Arbeit suchen soll, könne er sich nicht in einem Orte festsetzen und warten, bis die Arbeit zu ihm komme. Wenn das Schlafen in freier Natur strafbar ist, so beweise das eben, daß in den Gesetzen manchmal große Fehler enthalten wären. „Ihr habt eben jeden Zusammenhang mit der Natur verloren, deshalb wißt Ihr nicht mehr, was gut und böse ist, und könnt so etwas nicht begreifen." Zu dem als Zeugen vernommenen Gendarmen sagte er: „Ihr Menschen seid verdorben. Ihr seid wie wütende Wölfe! Sie haben mich, einen friedlichen Menschen, ohne Grund überfallen. Sie sind bös und gehören an eine Kette!" Das Gericht hielt das Verschulden des Angeklagten für so groß, daß es ihn wegen Bettelns, Landstreichens und Nächtigens zu 6 Wochen Haft und wegen Widerstands zu 8 Wochen Gefängnis verurteilte, außerdem auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannte. 2 Wochen Haft gelten als verbüßt.

Vergehen gegen das Patentgesetz wurde dem Schlossermeister Karl Ellrich zur Last gelegt. Eine Frau Gruhle hatte auf eine zweiflüglige Tür, die automatisch zu öffnen ging, ein Patent angemeldet. Frau Gruhle ließ nun verschiedene Arbeiten bei Ellrich ausführen und Kostenanschläge machen. Darauf meldete Ellrich selbst ein Patent auf eine ein- und eine zweiflüglige Tür gleicher Konstruktion an. Als die Gruhle hiervon erfuhr, erhob sie beim Patentamt Beschwerde und erreichte, daß die Patentierung der von Ellrich angemeldeten zweiflügligen Türe zurückgewiesen wurde. Es schwebt wegen dieser Sache auch ein Zivilprozeß zwischen Ellrich und Frau Gruhle. Ellrich hat nun in Prospekten beide Türen angeboten und sie mit dem Vermerk bezeichnet: D. R. P. a. Es soll damit gesagt werden: Deutsches Reichspatent angemeldet. Dies war unzulässig, da durch jenen Vermerk der Eindruck erweckt wird, als ob das Patent angenommen wäre. Außerdem war das eine Patent sogar abgewiesen worden. Ellrich will in gutem Glauben gehandelt haben. Er wurde zu 10 M. Strafe verurteilt.

Militärgericht.

Wegen einer Unmenge von Diebstählen hatte sich der Fahrer Karl Otto Langer von der 2. Batterie des 64. Pirnaer Artillerie-Regiments zu verantworten. Langer hat in ganz kurzer Zeit einer Anzahl Kameraden und Unteroffizieren die Taschen erleichtert und alles, was er an Geld und Geldeswert erlangen konnte, an sich genommen. Die Anklage umfaßt 11 Fälle von Taschen-Diebstählen; hauptsächlich auf die an und in Schränken hängenden Hosen hatte Langer es abgesehen. Fast alle unter Anklage stehenden Diebstähle sind bei einer Anwesenheit des Regiments in Königsbrück vorgekommen. Hier ist er auch bei einem unvollendet gebliebenen Diebstahle, als er gerade in die Tasche einer in der Stube hängenden Sergeantenhose griff, erwischt worden. Die gestohlenen Geldbeträge bewegen sich in der Höhe von 20 Pf. bis 6 M. Das Kriegsgericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Soziales.

Neue Krankenkassenzersplitterung!

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung veröffentlicht in Nr. 33 einen Aufruf des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, den er der sorglamsten Beachtung aller Arbeitgeber dringlichst empfiehlt. Der Aufruf lautet:

„Gründet Betriebskrankenkassen!

Die Reichsversicherungsordnung gibt verschiedenartige Bestimmungen für die Errichtung neuer und für die Zulassung bestehender Betriebskrankenkassen. Neue Betriebskrankenkassen können nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150, in landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtsbetrieben mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Ferner darf durch die Errichtung der Betriebskrankenkasse der Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährdet werden. Bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, solche für landwirtschaftliche und Binnenschiffahrtsbetriebe mindestens 50 Mitglieder haben. Die Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden, kommt hierbei nicht in Betracht. Wie diese Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen (§ 245 und 255 der Reichsversicherungsordnung) ohne weiteres ergibt, empfiehlt es sich für alle diejenigen Betriebe, die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen wird, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen ist. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Gefährdung abhängig ist. Es steht noch dahin, wie der Begriff der Gefährdung festgestellt werden wird. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die in mehreren, räumlich getrennten Betriebsstätten einer Firma beschäftigten Personen in eine Betriebskrankenkasse zusammengefaßt werden können. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit."

Der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen beschreitet hiermit einen Weg, der zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung führt. Er will durch die schleunige Gründung von Betriebskrankenkassen unter der Geltung des alten Krankenversicherungsgesetzes den durch die neue Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos machen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich ist und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden darf. Aber auch die Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit im weitesten Sinne müssen gegen dieses frivole Unternehmer überstürzter Betriebskrankenkassengründungen aufgerufen werden, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Eile, die geboten ist, um die Kasse noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu „errichten", die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt werden kann. Die Arbeiter solcher Betriebe, deren Unternehmer in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Betriebskrankenkasse errichten wollen, haben alle Schritte zu tun, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern.

Nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes müssen bei Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse die beschäftigten Personen oder die von denselben gewählten Vertreter angehört werden. Die Arbeiter bezw. deren Vertreter haben hierbei Gelegenheit, ihre Gründe gegen die beabsichtigte Kassenerrichtung geltend zu machen, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung zu verneinen und nachzuweisen, daß durch letztere ihre Interessen geschädigt werden. Sie haben von ihren Einwänden zugleich der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Das Statut der Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Diese kann die Genehmigung versagen, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt (also irgendwelche gesetzlichen Vorschriften nicht berücksichtigt oder die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht ausreichend sichergestellt), oder wenn die Bestimmung über Klassen von Personen, die der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Kasse in Widerspruch steht. Selbstverständlich muß die Errichtung der Kasse selbst ordnungsgemäß erfolgt sein. Die zuständige Ortskrankenkasse kann ebenfalls durch Einwendungen, insbesondere gegenüber etwaigen Mängeln des Statuts, an die höhere Verwaltungsbehörde auf eine gründliche, nicht allzu übereilte Prüfung der Voraussetzungen für derartige Gründungen hinwirken. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller dieser berechtigten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die behördliche Genehmigung erhalten können. Sollte aber auch hier der Einfluß der Arbeitgeber mächtiger sein als der Wille des Gesetzgebers, dann bleibt den Arbeitern solcher Betriebe nur noch übrig, alle gewerkschaftlichen Machtmittel zur Anwendung zu bringen, um sich gegen das Aufzwingen einer Betriebskrankenkasse zu wehren. Eine solche Abwehr im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Instanzen rechtfertigt sich um so mehr, als das Vorgehen der Arbeitgeber, die der Parole der Zentrale der Betriebskrankenkassen folgen, die flagranteste Verletzung der Gleichberechtigung der Arbeiter enthält. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter solcher Betriebe, für die die Errichtung einer Betriebskrankenkasse geplant ist, mit dem Tage, da ihnen diese Absicht zur Kenntnis gelangt, auch ihre gewerkschaftlichen Instanzen darüber unterrichten.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911.

(Fortsetzung.)

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Der Antrag 87 verlangte vom Parteivorstand die Herausgabe eines Maifeier-Flugblattes. Anfang April wurde in Ausführung dieses Antrages das Flugblatt: „Auf zur Maifeier!" versandt. Die im Antrag 96 verlangten Frauenversammlungen fanden im Oktober vorigen Jahres statt und wurde zur Agitation für diese Versammlungen das Flugblatt: „Schafft billiges Fleisch und Brot" herausgegeben.

In den Anträgen 4 und 32 wurde Agitationsmaterial über die sozialpolitischen Gesetze, Militarismus, Finanzreform, Trustpolitik usw. verlangt. Durch unsere 16seitigen sozialdemokratischen Flugschriften, durch die Parteikorrespondenz und durch das Düsseldorfer sozialdemokratische Bureau wurde eine Menge solchen Materials geliefert. Für den Reichstagswahlkampf sind einige weitere Broschüren mit einschlägigem Material in Vorbereitung. Handbücher über die Reichsfinanzreform und die preußische Wahlreform sind erschienen und das in Arbeit gegebene Handbuch über die Reichsversicherungsordnung wird im übrigen dem im Antrag 32 Gewünschten Genüge leisten. Eine im Antrag 33 angeregte Broschüre, die eine Zusammenstellung von Urteilen über die Klassenjustiz enthalten sollte, haben wir nicht herausgegeben. Die Parteikorrespondenz enthält auf diesem Gebiete ein reichhaltiges, sich ständig vermehrendes Material, das nur gesammelt zu werden braucht. Eine 16seitige Broschüre über das Thema: Warum mußt Du Sozialdemokrat sein? (Antrag 5) haben wir in Auftrag gegeben.

Die Parteikorrespondenz wird bereits seit Jahren in einem Exemplar an die Vorsitzenden der Ortsvereine abgegeben, wodurch Antrag 83 sich erledigt.

Durch die im April erfolgte Verlegung des Parteibureaus nach dem Hause Lindenstraße 3 wurde den Wünschen des Antrages 8 (Vereinigung des Vorstandsbureaus mit dem Zentral-Frauenbureau) entsprochen.

Der Herausgabe einer selbständigen Modezeitung (Antrag 21) bezw. einer Modebeilage der Gleichheit (Antrag 26) konnte der Parteivorstand in diesem Jahre nicht nähertreten. Die Frage wurde vertagt, weil umfangreiche Vorarbeiten nötig sind. Nach den Reichstagswahlen soll der Plan einer Modezeitung eingehend erörtert werden.

Die Herausgabe einer Montagsausgabe des Vorwärts wurde vom Parteivorstand und der Preßkommission des Vorwärts abgelehnt, weil die Schaffung eines Montagsblattes zurzeit ohne Erhöhung des Abonnementspreises nicht möglich gewesen wäre.

Die Erledigung des Antrages 6, der Sonderbestimmungen für invalide Mitglieder verlangt, muß den Kreisorganisationen zugewiesen werden, die schon in vielen Orten hierüber Beschlüsse gefaßt haben.

Zu Antrag 18 ist zu bemerken, daß sich die Zusammensetzung der Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen bewährt hat und deshalb zu einer allgemeine Aenderung kein Bedürfnis besteht. Wenn an einem Orte eine Verständigung aller Beteiligten über eine anderweitige Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt, so steht diesem nichts im Wege.

Zur Gründung einer Versicherung der Kolporteure der Parteipresse (Antrag 69) hat der Parteivorstand keine Schritte unternommen. Die in dem Antrag als Beispiel herangezogene Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten ist bekanntlich keine Gründung der Gesamtpartei, sondern wurde seinerzeit auf Initiative der Angestellten ins Leben gerufen.

Eine Geschäftsführerkonferenz fand im Berichtsjahre nicht statt, so daß die im Antrag 71 angeregte Frage keine aktuelle Bedeutung bekam. Wenn wieder eine Geschäftsführerkonferenz stattfinden wird, soll Vertretern der Organisationen Gelegenheit gegeben werden, die Wünsche der Geschäftspersonale vorzutragen.

Die Impffrage, die Steuerfrage und die Agrarfrage hat der Parteivorstand in diesem Jahre nicht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, weil dieser Parteitag, der im Zeichen des Reichstagswahlkampfes steht, zur Erörterung dieser Fragen nicht geeignet erschien, während die Reichsfinanzreform bei dem Punkt Reichstagswahlen, soweit das nötig ist, mit zur Erörterung kommen wird.

Unerfüllbar war der Wunsch des Antrages 104, nach welchem die Drucklegung der Parteitagsreferate vier Wochen vor dem Parteitage stattfinden sollte. Das mag bei wissenschaftlichen Kongressen im allgemeinen möglich sein, bei unseren Parteitagen aber nur selten. Bei der Tagesordnung des diesmaligen Parteitages kam die vorherige Drucklegung der Referate bei keinem Punkte der Tagesordnung in Frage, ausgenommen beim Geschäftsbericht, wo der gedruckte Bericht vorher veröffentlicht wird.

Organisation.

Wie kläglich die gerade im letzten Jahre gegen uns geführte Hetze der Gegner fehlschlug, zeigt am besten die Mitgliedersteigerung der Parteiorganisation, an der erfreulicherweise alle Agitationsbezirke beteiligt sind. Im Vergleich zum Vorjahre ergibt sich folgender Mitgliederstand:

1910	Mitgliederzahl	720 038
1911	„	836 562
	Zunahme	116 524

Das ist die höchste Mitgliederzunahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Sie beträgt 16,18 Prozent gegen 13,69 Prozent im Vorjahre. An der Zunahme sind die männlichen Mitglieder mit 91 473 und die weiblichen mit 25 051 beteiligt. Im Vergleich mit den bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 25,66 Prozent, gegen 22,09 Prozent im Vorjahre.

Aus der folgenden Tabelle ist zu ersehen, wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die bisher zum Bezirk Breslau gehörenden Wahlkreise: Creuzburg-Rosenberg, Oppeln und Leobschütz nun dem Bezirk Kattowitz zugeteilt sind, während der Wahlkreis Glogau, der früher zum Bezirk Görlitz gehörte, dem Bezirk Breslau angegliedert wurde.

In 11 Bezirken beträgt die Zahl der Parteimitglieder mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler, und zwar: Hamburg 43,03, Leipzig 40,93, Lübeck 40,67, Nordbayern 39,51, Schleswig-Holstein 39,42, Nordwest 38,89, Thüringen II 33,56, Oestliches Westfalen 31,96, Dresden 31,03 und Altenburg 30,15.

Die Zahl der Wahlkreissekretäre beträgt 75.

In den dem Bericht am Schluß beigefügten Tabellen über die Beitragsabführung ist zum ersten Male auch die Mitgliederzahl der Wahlkreisorganisationen aufgeführt. Fünf Wahlkreise haben über 20 000 Mitglieder, und zwar: Hamburg III 33 644, Berlin VI 30 184, Teltow-Beeskow 29 611, Leipzig-Land 28 690, Berlin IV 24 173.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirk gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisationen 1910 überhaupt	1910 weibliche	1911 überhaupt	1911 weibliche	Mitgliederzunahme in Proz.	[illegible]
Ostpreußen	17	20	5663	962	7312	1105	29,12	14,31
Westpreußen	13	35	2582	303	3583	670	38,77	17,08
Groß-Berlin	8	80	101191	12766	111021	16947	9,71	[illegible]
Brandenburg	18	186	22894	2294	25540	2810	11,55	19,31
Pommern	14	88	9626	881	10406	1298	8,14	17,30
Posen	15	23	1073	79	1302	101	21,34	20,00
Breslau	13	49	14130	1886	17270	2221	22,17	[illegible]
Görlitz	6	58	6309	853	8204	1320	28,93	21,71
Oberlangenbielau	7	69	9398	1367	11517	2225	22,55	[illegible]
Kattowitz	9	24	1397	212	1840	209	31,71	[illegible]
Magdeburg	8	90	18972	2650	21411	3660	12,86	22,84
Halle a. S.	8	132	18752	3422	20249	3698	7,98	24,19
Erfurt	4	85	4543	610	5757	881	26,72	10,71
Schleswig-Holstein	10	108	39743	5765	44687	7147	12,44	39,42
Hannover	12	143	27538	4141	30199	4731	[illegible]	[illegible]
Oestl. Westfalen	9	105	9289	572	10755	633	15,78	31,96
Westl. Westfalen	8	186	20036	4257	21247	4460	6,04	[illegible]
Oberrhein	19	57	10653	909	11317	1013	6,23	19,08
Niederrhein	14	186	28635	4614	36067	5629	25,96	17,75
Saargebiet	3	8	516	36	778	96	50,78	[illegible]
Frankfurt a. M.	11	181	19633	2013	23211	2670	18,22	[illegible]
Kassel	6	60	4633	133	4949	58	6,83	16,06
Nordbayern	21	269	36340	1868	40357	2854	11,05	39,51
Südbayern	21	110	21071	1613	25439	2291	20,73	[illegible]
Pfalz	6	121	9638	444	9822	419	1,91	[illegible]
Dresden	9	119	37411	2862	45804	4191	22,43	31,03
Chemnitz	7	206	22208	956	25256	1451	13,72	[illegible]
Leipzig	4	101	31452	4548	37011	5821	17,67	40,93
Zwickau	3	69	7579	709	12456	2300	64,30	22,14
Württemberg	18	900	21246	650	27765	1589	30,68	[illegible]
Baden	14	193	14524	454	19098	1371	31,49	[illegible]
Hessen	9	230	17070	1090	19803	1526	16,01	[illegible]
Mecklenburg	7	61	7396	1001	8712	1239	17,81	17,50
Thüringen I	5	94	5270	400	6417	563	21,76	17,04
Thüringen II	3	64	8160	1221	9712	1439	18,89	33,56
Sachsen-Altenburg	1	36	4914	628	5757	747	17,15	30,15
Gotha	1	50	2419	319	2505	195	3,56	16,57
Oldenburg-Ostfriesl.	5	37	6652	1165	7899	1927	18,66	[illegible]
Braunschweig	3	58	8518	1428	10223	1706	20,02	27,48
Sachsen-Meiningen	2	46	2895	210	2970	241	2,59	16,61
Anhalt	2	27	6770	2097	8269	2603	22,14	[illegible]
Hamburg	3	3	43225	5044	48598	5586	12,43	43,03
Nordwest	5	41	20745	2779	24450	3576	17,86	38,89
Lübeck	1	6	3721	368	4706	560	26,56	40,67
Elsaß-Lothringen	15	64	3536	155	4919	[illegible]	39,11	[illegible]
Zusammen	397	4218	720038	82642	836562	107693	16,18	25,66

Jugendausschüsse bestehen an 454, Bildungsausschüsse an 410, Kinderschutzkommissionen an 136 Orten.

Im November tagte in Berlin eine Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen, die sich mit der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Bureaus, der Agitation unter den Binnenschiffern, der Maifeier und der Unterstützung der Parteipresse beschäftigte. In allen Fragen wurde völlige Uebereinstimmung erzielt.

Mit Ausschlußanträgen nach § 23 des Organisationsstatuts hatten sich 22 Bezirksvorstände in 106 Fällen zu beschäftigen. Erledigt wurden 55 Sachen durch Ausschluß, 23 durch Rüge, 14 durch Vergleich, 6 durch vorherigen Austritt und 2 durch Ablehnung der Anträge erledigt. Nicht erledigt sind 6 Sachen.

Berufungen in Ausschlußsachen sind in 15 Fällen an uns gerichtet worden. Je 3 Fälle wurden durch Ablehnung der Ausschlußanträge und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern und je 2 durch Ausschluß, Rüge und Vergleich erledigt. In der Schwebe sind noch 3 Fälle.

(Fortsetzung folgt.)

Parteiangelegenheiten.

Zur württembergischen Etatsabstimmung

schreibt unser Stuttgarter Parteiblatt: Ablehnen mußte die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Art, in der die Deckung der Mehrausgaben (für die von ihr mitbeschlossenen Gehaltsaufbesserungen) erfolgt ist. Zunächst wirken unverändert weiter die einseitige Erhöhung des Tarifs der vierten Eisenbahnklasse, die Erhöhung der ..., die ungerechte Erhöhung der direkten Steuern bis zum kleinsten steuerbaren Einkommensbetrag herunter, die unserer Fraktion vor zwei Jahren Anlaß gaben, gegen den Gesamtetat zu stimmen. Aber auch bei der Aufbringung der weiteren Mittel, die in diesem Jahre zur Deckung der Beamtenaufbesserung gefunden werden mußten, gab das Interesse des großen Besitzes wieder den Ausschlag. Kein Sozialdemokrat ist so einsichtslos, anzunehmen, Württemberg könne ohne Rücksicht auf die Steuerverhältnisse der Nachbarländer einfach die Steuersätze bei den größeren Einkommen verdoppeln oder verdreifachen. Wohl aber wäre eine Erhöhung der progressiven Einkommensteuer bei Einkommen von 8000 M. an aufwärts um 10 bis 15 Proz. möglich gewesen. In diesem Falle hätten die neuen Verkehrssteuern vermieden werden können, mit denen der Sporteltarif bepackt wurde, und man hätte auch auf den unglückseligen Anschluß an die preußische Klassenlotterie verzichten können. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme, auch die, die über die Ungerechtigkeit der Reichsfinanzreform in den kräftigsten Tönen losziehen, haben die Beschreitung dieses Weges von vornherein abgelehnt. Einmütig haben sie ein Deckungsverfahren vorgezogen, das der Steuerwurschtelei des schwarz-blauen Reichstagsblocks gleicht wie ein Ei dem anderen. Die Sozialdemokratie hat diese Steuerpolitik, die eine ungerechte Belastung der Massen bringt und nur von dem einen Gesichtspunkt geleitet ist, den Besitz möglichst zu schonen, nicht mitgemacht, sie übernimmt also auch nicht die Verantwortung dafür vor dem Volke.

Das brachte unsere Fraktion zum Ausdruck, indem sie bei der Schlußabstimmung über den ganzen Etat mit Nein stimmte.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Zentralverein für den zwölften hannoverschen Wahlkreis und die Stadt Bremerhaven steigerte seine Mitgliederzahl von 2762 in 1909/10 auf 3074 nach der bisherigen Berechnung (auf zwölf Beiträge ein Mitglied) oder auf 3689 nach der nun beschlossenen Berechnungsart (auf zehn Beiträge ein Mitglied), davon sind 3082 männliche und 607 weibliche Mitglieder. Der Zuwachs beträgt nach der alten Berechnung 12 Proz., nämlich 312 Mitglieder (gegen 305 im Vorjahre).

Auf der Generalversammlung des 14. württembergischen Reichstagswahlkreises wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Kreisgeneralversammlung des 14. Reichstagswahlkreises wendet sich entschieden gegen den Plan, die Schwäbische Tagwacht zum ausschließlichen Organ für die Stadt Stuttgart und deren nächste Umgebung zu machen. Durch die Gründung von Provinzblättern, die den reichs- und landespolitischen Teil von der Tagwacht übernehmen, ist das Land noch mehr als seither an der politischen Leitung der Tagwacht interessiert. Deshalb erachtet auch die Kreisgeneralversammlung die Errichtung einer besonderen Stuttgarter Preßkommission als Aufsichtsinstanz neben Landesvorstand und Landesausschuß für völlig überflüssig und unzweckmäßig. Ein Einfluß auf den lokalen Stuttgarter Teil steht den dortigen Parteigenossen jetzt schon zu. Die Generalversammlung des 14. Wahlkreises ersucht daher die Landesversammlung, den Antrag der Errichtung einer besonderen Preßkommission abzulehnen und der Schwäbischen Tagwacht wie bisher den Charakter eines Organs der württembergischen Gesamtpartei zu belassen."

Soziales.

Vorsicht! Krankenkassen!

Der Vorsitzende des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen, Frähdorf, teilt folgendes mit:

„Seit dem 1. Juli d. J. erscheint in Berlin im Verlage von ... Timm unter Redaktion von Rich. Brack-Lichtenberg ein Blättchen, Titel: Soziale Rundschau, Organ für die Interessen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

In der Abonnementseinladung teilen Redaktion und Verlag mit, daß sie sich zur Aufgabe gestellt haben, die sozialen Forderungen „auf bürgerlicher Grundlage" zu vertreten (wie das gemeint ist, werden wir gleich sehen); sie laden auch alle bürgerlich gesinnten Kassenmitglieder und Beamte zum Abonnement ein. Die Tendenz des Blättchens — das ist bald erkannt — ist dieselbe wie die des bekannten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Freilich wird z. B. in Nr. 2 — ohne jeden Beweis — behauptet, daß eine ganze Zahl nichtsozialdemokratischer Angestellten am 31. M. d. J. von den Kassenleitungen ihre Kündigung erhalten hat. — Des weiteren beschäftigt sich der Herr Redakteur in derselben Nummer mit meiner Person in bezug auf die Entlassung des ... Hoppe, dabei höhnisch die „Genossen" anzempelnd.

Daß die Sache völlig falsch und tendenziös dargestellt wird, ist nach dem Vorhergesagten selbstverständlich. Sachlich darauf einzugehen muß ich mir daher versagen.

Die Stellung der Kassenvorstände und Beamten zu solchem Machwerk wird sich bald zeigen. Das Blättchen wird in den Kassenkreisen sicher diejenige Beachtung finden, die es verdient."

Dazu schreibt das Verbandsorgan des Bureauarbeiterverbandes: „Herr Brack ist eine hervorragend geeignete Persönlichkeit zur Wahrung der Interessen der Krankenversicherung. Er war lange Jahre Vorstandsmitglied der kaufmännischen Kasse in Hamburg. Eines Tages wurde seine Ehefrau Mitglied dieser Kasse auf eine Art, die die Zitierung der Familie vor den Strafrichter zur Folge hatte. Herr B. pocht nun darauf, daß er nicht verurteilt wurde, weil ihm eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen wurde. Da es aber Dinge gibt, die einem Ehrenmann nicht anhaften dürfen, auch wenn sie strafrechtlich nicht zu fassen sind, so schied Herr B. schließlich von seinem Posten. Seine Bemühungen, sich durch Darstellung seines Falles in der Staatsbürger-Zeitung zu rehabilitieren, mißlangen — weil sie nicht beachtet wurden. Auch durch die rühmliche Nennung seiner literarischen Tätigkeit von der Staatsbürger-Zeitung, wie sie in jenem Organ zutage tritt, wird daran, fürchten wir, nichts geändert werden."

Neues aus aller Welt.

Zusammenstoß.

Berlin, 23. August. Der Zusammenstoß zwischen einem Möbelwagen und einem Straßenbahnwagen gestern abend war so heftig, daß der Kutscher des Wagens vom Bock auf den Fahrdamm geschleudert wurde, wo er besinnungslos liegen blieb. Das Pferd des Wagens geriet unter die elektrische Bahn und wurde getötet.

Feuersbrünste.

Erfurt, 22. August. In Kirchheim bei Erfurt brannte gestern das Rittergut Schmidt vollständig nieder. 500 Schafe, 50 Stück Großvieh und 40 Schweine sind verbrannt.

Mainz, 22. August. In dem benachbarten Gonsenheimer Stadtwald brach gestern abend ein Brand aus. Durch Fällen von Bäumen gelang es, ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Im ganzen sind 10 Morgen Wald dem Element zum Opfer gefallen. Man vermutet, daß das Feuer durch das Anzünden von Kartoffelkraut entstanden ist.

Gommern, 22. August. In den hiesigen Gemeindewaldungen brach gestern morgen ein Brand aus, der infolge der großen Trockenheit eine riesige Ausdehnung annahm. Bis mittag waren bereits 15 Morgen Kiefern und andere dort lagernde Holzbestände vernichtet. Bis gestern nachmittag war es nicht gelungen, das Feuer zu bekämpfen.

Bluttat eines Fürsorgezöglings.

Essen (Ruhr), 22. August. Gestern wollte ein Kriminalschutzmann den entwichenen Fürsorgezögling Rudolf Sattler festnehmen. Sattler setzte sich energisch zur Wehr und verletzte den Schutzmann durch Schläge mit einer Zange auf den Kopf schwer. Der Täter konnte noch nicht festgenommen werden.

Gewitter und Wolkenbrüche.

Meran, 22. August. Die Straße zwischen Gomagoi und Prad ist infolge eines sechsstündigen Nachtgewitters zerstört. Der Verkehr ist gänzlich eingestellt. Große Gefahr ist für eine weitere Zerstörung durch den Trafoier Bach vorhanden. Heute früh schlug der Blitz nächst dem Gemeindehause in Algund in das Transformatorenhäuschen und den Mast der Etschwerke. Der Leitungsdraht schmolz und herabfallende Drähte töteten die gerade vorübergehende Frau des Schuhmachers Schaermer.

Innsbruck, 22. August. Aus dem Oetztal treffen Nachrichten von katastrophalem Hochwasser ein. In der Nacht auf heute ist ein starker Wolkenbruch niedergegangen und die Oetztaler Ache ist aus ihrem Bett getreten. Die Ortschaften Lengenfeld und Astlehn liegen unter Wasser. Die Bewohner mußten die Häuser räumen. Das Wasser hat das Badehotel in Lengenfeld bereits erreicht und steigt fortwährend. In Umhausen ist die Straße zerstört und die Postverbindung unterbrochen. Die Ache reißt überall Brücken und Stege weg. Die Gefahr ist sehr groß. In Franzensfeste ging in der Nacht ebenfalls ein starker Wolkenbruch nieder. Auf der Strecke von Franzensfeste nach Mittenwald sind sämtliche Brücken fortgerissen, so daß die Straße für den Bahnverkehr gesperrt ist.

Unglücksfälle.

Rosenheim, 22. August. Beim Bau der Wendelsteinbahn ist eine Lokomotive abgestürzt und hat zehn Arbeiter unter sich begraben. Vier wurden schwer verletzt hervorgezogen.

Wien, 22. August. In der Maschinenfabrik Enidal im 5. Stadtbezirk fand heute mittag infolge unvorsichtiger Manipulationen mit Terpentin eine Explosion statt, wodurch ein Schlossergehilfe getötet, ein zweiter tödlich und ein dritter leichter verletzt wurden. Die Explosion verursachte einen Brand, der jedoch bald von der Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Paris, 22. August. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Bahnhofe von Blague bei Bordeaux. Eine rangierende Lokomotive stürzte in einen Kanal. Man suchte den Lokomotivführer, dessen Kopf und Arme aus dem Wasser herausragten, zu retten. Doch waren seine Füße in der Maschine festgeklemmt. In diesem Augenblicke stieg das Wasser, und man mußte zusehen, wie der Verunglückte allmählich vom Wasser völlig bedeckt wurde.

Paris, 22. August. Der 22jährige Louis Loewe aus Berlin, ein Mitglied der bekannten Waffenfabrikantenfamilie, unternahm in Begleitung von Fräulein Rosenbaum aus Berlin und einer Engländerin eine Automobilfahrt nach Dieppe. In der Nähe der Gemeinde Heudebouville platzten beide Hinterreifen, und das Automobil wurde gegen einen Baum geschleudert, wobei es zertrümmerte. Herrn Loewe wurde vom Steuerrad die Brust eingedrückt. **Der Tod trat sofort ein.** Eine der beiden Damen ist schwer verletzt, während die andere und der Chauffeur mit Abschürfungen davon kamen.

Blutiges Ehedrama.

Brünn (Mähren), 22. August. Der Arbeiter Anton Dudak hat seine von ihm getrennt lebende 18jährige Gattin, weil diese sich weigerte, die eheliche Gemeinschaft mit ihm wieder aufzunehmen, durch mehrere Revolverschüsse getötet und seine Schwiegermutter sehr schwer verletzt. Der Mörder wurde sofort verhaftet.

Die Cholera.

Konstantinopel, 22. August. An Cholera sind heute 55 Personen erkrankt und 28 gestorben.

Ueberschwemmung.

Sondrio, 22. August. Ein heftiger Sturm, der Ueberschwemmungen verursachte und die Verbindungen sowie den Eisenbahnverkehr unterbrach, hat die Provinz Sondrio heimgesucht. Die Felder sind verwüstet. Viele Menschen sollen umgekommen sein.

Quittung. Durch K. Weiß vom Arbeiter-Radfahrerverein Niederhermsdorf und Umg. für die Zentral-Arbeiter-Bibliothek Plauenscher Grund und Umg. 5 M. dankend erhalten.

C. Griesbach, Bibliothekar.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für ½ kg am 20. August 1911	Ende Juli 1911	Ende Juli 1910
Rindfleisch			
Brust	70—120	70—120	60—120
Bauch	70—90	70—90	50—80
Bratenfleisch, Keule	90—180	90—180	80—120
Schoß	100—200	100—200	90—180
Lende, unausgeschält	80—180	80—180	80—120
Lende, ausgeschält	130—250	130—250	130—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	130—240	130—240	120—240
Keule	80—180	80—180	75—120
Uebrige Teile	65—120	65—120	70—120
Hammelfleisch			
Keule	90—120	90—120	85—120
Koteletts	90—120	90—120	85—120
Kochfleisch	70—100	70—100	70—100
Schweinefleisch			
Keule	70—120	70—120	75—110
Karree	90—120	90—120	90—120
Bauch	55—80	55—80	60—80
Knöchel	30—70	30—70	30—70
Rauchfleisch	80—130	80—130	90—130
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—160
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	160—250
Speck, geräuchert	70—120	70—120	80—120
Speck, roh	60—90	60—90	70—90
Schweineschmalz	90—120	90—120	90—120
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Zervelatwurst	120—240	120—240	120—200

Anmerkung. Es verstehen sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Zoolog. Garten

Täglich von 5 Uhr an

Vorführung der Havemannschen Raubtierschule

auf dem neuen Schaustellungsplatz am Bärenzwinger.

Tribünenplätze: Erwachsene **30**, Kinder **20**, Stehplätze **15** Pf.

Bei Magen- u. Darmleiden

Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten, z. B. Influenza, werden warm empfohlen Trinkkuren im Hause mit

Lamscheider Stahlbrunnen.

„Das Lamscheider Wasser hat ein sehr großes Heilgebiet. Von großer Bedeutung ist dieses Wasser zunächst bei der Chlorose (Bleichsucht) und Anämie (Blutarmut). Aber abgesehen von der Chlorose und Anämie zeigen solche milden Eisenwässer wie das Lamscheider **eine unzweifelhaft günstige Wirkung auf Magen und Darm.**" — „Die Versuche haben sehr befriedigt; besonders habe ich den Brunnen angewendet nach Magengeschwürs-Kuren, und ich habe gefunden, daß er gerade hierbei vorzügliche Wirkung ausübt, nicht nur auf die Funktionen des Magens, sondern auch auf den Allgemeinzustand." — „Das Lamscheider Stahlwasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgefühlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen." — Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge. Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 131.

Internationale Bibliothek.

Band			Mark
1	Aveling, Die Darwinsche Theorie	Geb.	2.—
2	Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren	„	2.—
4	Kablukoff, Die ländliche Arbeiterfrage	„	2.—
5	Kautsky, Thomas More. 2. Auflage	„	3.—
6	Bebel, Charles Fourier. 3. Auflage	„	2.50
8	Stern, Die Philosophie Spinozas. 3. Auflage	„	2.—
9	Bebel, Die Frau und der Sozialismus	„	3.—
10	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Aufl.	„	3.—
11	Engels, Der Ursprung der Familie	„	1.50
12	Marx, Das Elend der Philosophie	„	2.—
13	Kautsky, Das Erfurter Programm	„	2.—
14	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	„	2.50
16	Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes	„	2.50
17	Mehring, Die Lessing-Legende. 2. Auflage	„	3.—
18	Lux, Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus	„	2.—
20	Plechanow, N. G. Tschernischewsky	„	3.—
21	Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft	„	3.—
22	Dietzgen, Das Acquisit der Philosophie	„	2.—
23	Howell, Die englische Gewerkvereinsbewegung	„	2.—
24	Marx, Revolution und Kontre-Revolution	„	2.—
26a	Dodel, Leben und Tod	„	2.—
26b	„ Kleinere Aufsätze	„	2.—
26c	„ Moses oder Darwin?	„	1.50
27	Lindemann (Hugo), Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. 2. Auflage	„	2.50
30	Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie	„	2.50
31	Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	„	2.—
32	„ Kleinere philosophische Schriften	„	2.50
33	Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien	„	3.50
34	Dodel, Leben und Wissenschaft. II. Serie	„	4.—
35	Marx, Mehrwert. Band I. Von Kautsky	„	6.—
36	„ „ „ II., Teil 1. Von Kautsky	„	5.—
37	„ „ „ II., „ 2. „ „	„	5.50
38	Kautsky, Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung	„	1.50
39	Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten	„	3.—
40	Paschitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland	„	3.—
41	Deutsch, L., Viermal entflohen	„	2.—
42	Maßlow, P., Agrarfrage in Rußland	„	3.—
43	Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich	„	3.—
44	Bernstein, Englische Revolution	„	4.—
45	Kautsky, Der Ursprung des Christentums	„	5.75
46	Boudin, Das theoretische System von Karl Marx	„	3.—
47	Kautsky, Vorläufer des neueren Sozialismus, Bd. 1	„	3.—
48	„ „ „ „ „ 2	„	3.—
49	Buonarroti-Bloß, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit	„	2.50
50	Kautsky, Vermehrung und Entwickelung in Natur und Gesellschaft	„	2.—

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Dresden, Große Zwingerstraße.

Naußlitz-Wölfnitz.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung, Neue Zeit, Freie Stunden, Wahren Jakob** sowie alle **Parteiliteratur**, ferner von **Inseraten** und **Druckarbeiten** nimmt entgegen

Frau verw. Binder

Dresden-Naußlitz, Saalhausener Straße 18.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Soeben erschienen: **Der Neue-Welt-Kalender 1912** Preis 40 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung und die Zeitungsausträger.

Vereine! Wirte!
Sommer-Feste!

Beste bunte Stocklaternen
100 Stück 2.60 M.
Illuminations-Laternen
Dutzend von 15 Pf. an
Girlanden-Fahnen
Abschießvögel, Schnepper
Vereinslotterien
Tombola-Loosröllchen
Kindergewinne

In Dresden einzig zu so unerreicht billigen Preisen nur bei

Ernst Koch Nacht.
Galeriestraße 4, I. Telephon 9730.

PERSIL

Spitzen- Blousen

Stickereien, Gardinen und sonstige feine Stoffe sollten nur **mit Persil gewaschen** werden. Größte Schonung des Gewebes bei höchster Reinigungs- und Bleichkraft.
Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda

„Auf der Hygiene-Ausstellung Dresden in Halle 55, Stand 830 vertreten. Ein Besuch dieses hochinteressanten Standes ist für jeden, speziell für Hausfrauen, äußerst lohnend und daher sehr zu empfehlen."

Schwerhörige!

Ohrschutztrommel „Noris". Diese Erfindung ist nur bei **Hugo Löffler,** hyg. Handlg., Wettinerplatz 9, erhältlich. Ich warne vor Nachahmung. Erfinder **Leonhard Winkler,** Nürnberg.

Viele Dankschreiben.
Elfele i. Z. Habe das Telephongespräch nie gehört und jetzt verstehe ich alles sehr genau. F. in S. Konnte 14 Tg. danach leichter hören.

Frauen
Artikel der Hygiene
Klystier- etc. Spritzen
Spülkannen :: Leibbinden
Monatsbandagen etc.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
nur Postplatz.
Man achte auf Firma!

Eden Bräu
11
Prämien-Bons

+ Alle Frauen +
gebrauchen bei eintretendem Bedarf sofort das echte
Mensespulver „Frebar"
à Schachtel M. 3.—.
Depot: **A. Blembel, Dresden,** Wilsdruffer Straße 36.

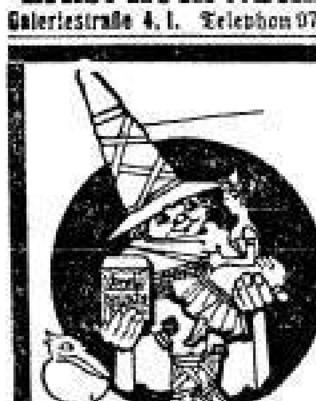
1000 Ia Salon-Briketts
echt Senftenberger, großes Format, **8.50** M. frei Keller nach allen Stadtteilen.
Paul Beger, Löbtau, Poststr. 29.
Fernruf 11816.

Herren
welche sich elegant kleiden und wenig Geld ausgeben wollen, bietet sich **billigste** Gelegenheit. Gute Maßanzüge v. M. 8.—..., 16.—, Ueberzieher v. M. 5.—..., Schuhe v. M. 2.—, Westen v. ... Große Auswahl v. Damengarderobe, ganze Kostüme v. 5—10 M. ... einzelne Röcke v. 2 M. ... Frackanzüge werden verliehen.
Nur Galeriestr. 11
Bitte auf Nr. zu achten.

!! Ausschneiden !!

Volksgesundheit
Hygienisches Versandhaus
Buch- und Zeitungsverlag
des Verbandes der Vereine
:: für Volksgesundheit ::
befindet sich
Dresden-Striesen
Wartburgstr. 31, I.
und empfiehlt sein reichhaltiges Lager gesundheitlicher Artikel und Schriften.
Leib- und Badewäsche
Packungen, Binden aller Art
Hygien. Nahrungsmittel
etc. etc. etc.
Sanitäts-Haus

!! Ausschneiden !!



Klepperbeins
venetianische Kräuterseife

hat sich wegen ihrer Milde, der wohltätigen Einwirkung des Kräuterzusatzes auf die Haut und ihres feinen Lavendelduftes rasch die allergrößte Beliebtheit errungen. Die beste Seife für einen schönen Teint!

Stück 50 Pf.
3 Stück Mark 1,40.

Klepperbeins
venetianische Kräuteressenz

zum Gesichtswasser zugesetzt, unentbehrliches Toilettenmittel. Fl. M. **1.75** u. **3.—**.

C. G. Klepperbein
Dresden, Frauenstr. 9.

Jasmatzi & Söhne Cigaretten
Nur echt mit Bildnis Georg A. Jasmatzi senior.

Spezialmarken:

Redif	2 Pf.
Dubec	$2^1/_2$ Pf.
Assad	3 Pf.
Miss Blanche ...	4 Pf.
Hansom	5 Pf.

Keine Trust-Fabrikate! Nur Qualität! Nicht zu verwechseln mit ähnlich klingenden Namen!

SÖHNE
GEORG JASMATZI & SÖHNE DRESDEN-A.16

Musik-Instrumente aller Art **kauft und tauscht** nur Ziegelstrasse 13 **Otto Friebel**
Eckhaus Steinstrasse.

Befreit
von allen **Hautunreinigkeiten und Hautausschl.,** wie Mitesser, Finnen, Flechten, Hautröte, Blütchen, rote Flecke usw., wird man durch täglichen Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann u. Co., Radebeul
à Stück 50 Pf., zu haben bei:
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Roch, Altmarkt 5
C. G. Klepperbein, Frauenstraße 9
Weigel & Zech, Marienstraße 12
Frz. Teichmann, Striesener Str. 24.

Marke Hörenz
Dänisch Bündel
ein milder Stift

+ Frauen! +
Bei Periodenstörungen nehmen Sie nur mein **erprobtes** garantiert unschädliches Mittel.
Mark 6.00 u. 4.00, 10 Proz. Rabatt.
Keine Tropfen! Keine Pulver!
Versandh. **Amor,** Frauenstr. 8 u. 10
Separate Frauenbedienung.

H.-Rad, ev. Teilzahl., verk. Dr.-Cotta, Warthaer Str. 87.

H.-Rad m. Freil., wie neu für 30 M. zu verk.
Seminarstraße 19, Stgb. part. l.

Wohnung
bestehend aus 2 Stuben, Kammer und Küche nebst Zubehör, ... 230 M., sof. z. vermieten. Näheres bei **Emil Ringel,** Leuteritz, 7 d.

Brillen, Klemmer
in Gold, Silber, Doublé, Nickel, Schildpatt, Hartgummi, Horn und Stahl, tadelloser Sitz, pa. Gläser v. 1.50 M. an. Reparatur sofort.
F. E. Zimmermann
Ostraallee 4, a. d. Herzogin-Garten.

Gesund bleibt und **Geld** spart, wer **Schwenkes Kornkaffee** mit Zusatz von **Schwenkes Feigenkaffee** trinkt. Viel wohlschmeckender als Malzkaffee, reich an Nährsalzen. Nur echt in Packung mit Schutzmarke **„Mohr".** Zu haben: Konsumverein für Pieschen und Umgegend und Kötzschenbroda. Wo nicht erhältlich Versand ab Radebeuler Feigenkaffeefabrik Bernh. Schwenke, Radebeul-W., Gartenstraße 30.

Dieses

kaufen Sie am vorteilhaftesten in großer Auswahl nur bei
Möbel-Hesse
Rosenstraße 45
part., 1., 2., 3. Et. u. Hintergeb.
Teilzahlung gestattet.

Oskar Schöne's
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Bünaustr. 45, Ecke Wallwitzstr., Tel. 5144
empfiehlt sich zur Lieferung von Frühstück nach allen Teilen Löbtaus und Plauens.
Moderner Betrieb u. moderne Arbeitsverhältnisse
8 Prozent Rabatt!

Weiß-, Fein- und Brotbäckerei
von **Oskar Dittrich, Hechtstraße 61**
empf. sich zur Lieferung aller Gebäckarten nach allen Teilen der Neustadt.
8 Prozent Rabatt.
Die Gehilfenforderungen habe ich tarifvertraglich von Anfang des Bäckerstreiks an bewilligt. Meine Herren Kollegen im Innungsvorstand haben es, trotzdem ich auf meinen Wunsch nicht veröffentlicht wurde, so weit gebracht, daß mir **sämtliche Militärlieferungen** entzogen worden sind.

Jedes Paket
Dr. Gentner's
Veilchenseifenpulver
„Goldperle"
enthält ein praktisch. Geschenk.
Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner, Göppingen.

Man achte beim Einkauf auf den Namen „Goldperle" u. d. Schutzmarke „Kaminfeger"

Mein erprobter
Mutterspülapparat
+ D. R. G. M. +
ärztlich begutachtet
leistet vortreffl. Dienste.
Prospekt auf Verlangen.
Frau H. Hellmich
Dresden 5, Berliner Str. 48, I.

Männer-Tee
R. Freisleben
nur Postplatz.

Mod. Klappsportwagen, Netzbettstellen, eleg. Kinderwagen bill. zu verk. **Liliengasse 8, ptr.**

Gelegenheitskauf!
Vogt, Illustr. Weltgeschichte
6 Bde. Statt 88 M. nur **18** M.
Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstr.

Vogel- und Futterhandlung, gute Existenz, 18 Jahre bestehend, wegen Todesfalls sofort billig gegen Kasse zu verk. Auch als Nebenbeschäftigung f. Ehefr. geeign. Käufer w. einger. Off. u. **P. M.** a. d. Exp. d. Bl.

Mod. Kinderw., wenig gebr., preisw. z. verk. Schäferstr. 62, 1., b. O.

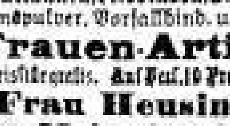
Hänichen, Bezirk Dresden, Nr. ...
frdl. **Parterre-Wohnung,** ... K. u. K. m. reichl. Zubehör, passend für ältere oder kinderlose ...

Leeres heizbares Zimmer
gesucht, wo ich meinen $8^1/_2$jährigen Jungen tagsüber in liebevolle saubere Pflege geben kann. Off. unter **B. S.** an die Exp. d. Bl.

15 M. Belohnung
Verloren doppelt Gold eng. Gliederkette mit dunklem Schloß (Flügel) von Coffebauder Straße, ... burger Straße, über Bahnhof ... Straßenbahn-Haltepunkt Cotta. Abzug. Coffebauder Str. 7, 1., ...

Jüngere Aufwartung
für vormittags gesucht
Bäckerei, Leipziger Straße ...

Mutterspritzen



mit **2 Kanülen** von 1.75 M. an. Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbind. u. hygien.
Frauen-Artikel
Preisliste gratis. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
●●● 37 Am See 37 ●●●
Erster Laden vom
Dippoldiswaldaer Platz.
Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten.

Man verlangt jetzt
die Biere der
Genossenschafts-Brauerei
e. G. m. b. H. Niederpoyritz
Ia Niederpoyritzer
Genossenschafts-Böhmisch
II. Lager
Einfach, hell und dunkel.
Sie sind vorzüglich und gut bekömmlich.

Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Uhren aller Art w. gut u. billigst repariert
Annenstrasse 28, 3.
Max Richter.

Frauen
gebrauchen bei Störung echte Periodenpulv. u. -tropfen 2.50 u. 5 M. **Alle hyg. Bedarfsartik.,** wie: Gummiw., Mutterspritz., Leibbinden 2c. zu Fabrikpreis. Rat unentgeltl. Preisl. gratis
E. Pietzsch, Dresden-A., Zahnsg. 7.

Zu verkaufen
Neue Zeit (1900 1, 1908 9), M. Gesellsch. (1. Jahrg.), Soz. Monatshefte (1903), Ferner Kinderbettst., Wagen, Stuhl, H.-R. u. a. Promann, Ziegelstr. 31, 2.

Drogen, Chemikalien, Verbandstoffe
Gummiwaren,
Artikel z. Krankenpflege
Seifen, Parfüms.
Adler-Drogerie
Potschappel.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag unser Kollege, der Anleger

Martin Friese

plötzlich und unerwartet verschieden ist. Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachm. 3 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhofe statt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Steingutdrehers

Karl Friedrich Vogel

drängt es uns, allen **Verwandten, Bekannten,** seinen werten **Arbeitskollegen,** dem **Gesangverein Keramik,** dem **4. Wahlkreis** u. dem **Verband der Porzellanarbeiter,** den **Frauen** von **Wachs** u. **Flößner** sowie den **Hausbewohnern** für die Beweise der Liebe durch Wort, Schrift, Blumenspenden und Geleit zur letzten Ruhestätte unsern aufrichtigen Dank auszusprechen.

Osterbergstraße 16. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194. | Dresden, Mittwoch den 23. August 1911. | 22. Jahrgang.

Sozialdemokratische Landeskonferenz für Sachsen.

Zweiter Verhandlungstag.

Meißen, 22. August.

Fleißner eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgendem Nachruf für den Genossen Fehl-Dresden: Unser Genosse Fehl ist gestorben. Alle, die in Dresden zu tun hatten, haben ja Gelegenheit gehabt, ihn kennen zu lernen. Er hat uns vor allem außerordentlich wertvolle Dienste während der Zeit des Sozialistengesetzes geleistet, er hat große Opfer persönlicher und materieller Art für die Partei gebracht. Die Dresdner Genossen werden ihm das immer Dank wissen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Zu einer Mitteilung namens der Landtagsfraktion erhält das Wort

Fräßdorf: Die große Dürre dieses Jahres hat bereits einen großen Mangel nicht nur an Futtermitteln, sondern auch an Nahrungsmitteln hervorgerufen, die Preissteigerung der notwendigen Nahrungsmittel, wie Gemüse, Kartoffeln, Fleisch, Zucker, Butter und anderes mehr, ist schon jetzt eine ungeheuere, und diejenigen Kreise, die mit dem Stand der Sache vertraut sind, sagen uns voraus, daß wir einem sehr schlechten Winter entgegengehen, daß wir erst im Beginn der Preissteigerungen sind und daß vor allem leider auch eine Steigerung der Brotpreise zu erwarten ist. Das sind außerordentliche Verhältnisse, die zu ihrer Bekämpfung auch außerordentliche Mittel erfordern. Nach unserer Meinung müßten der Reichstag und der Bundesrat bereits versammelt sein, um Stellung dazu zu nehmen. Das ist bisher nicht geschehen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß diese Körperschaften sobald zusammentreten werden. Es hat bereits eine Anzahl Einzelregierungen Maßnahmen ergriffen zur teilweisen Behebung dieses Notstands. Auch die sächsische Regierung hat, nach Zeitungsnachrichten, Sitzungen abgehalten mit dem Landeskulturrat und anderen Körperschaften, um mit ihnen zu beraten, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Soweit die Zeitungsnachrichten erkennen lassen, will man lediglich Frachtermäßigungen für Futtermittel usw. gewähren. Diese Maßnahmen können wir zwar begrüßen, aber sie sind unzureichend und einseitig. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung, daß wohl die Produzenten nach der Richtung hin unterstützt werden müssen, und insofern sind wir solidarisch mit der Landwirtschaft, aber wir haben nicht nur die Interessen der Produzenten, sondern auch die der Konsumenten zu wahren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die sächsische Regierung bisher keine Maßnahmen im Interesse der Konsumenten ergriffen hat, so ist jetzt der Augenblick gekommen, sie an ihre Pflicht zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir, die Vertreter der großen Mehrheit der sächsischen Bevölkerung, die Vertreter derjenigen, die ganz besonders unter dieser Misere zu leiden haben, haben die Aufgabe, der Regierung in diesem Augenblick ihre Pflicht auch gegenüber dem armen Teil der Bevölkerung in Erinnerung zu rufen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb hat die Landtagsfraktion heute eine Eingabe an die Regierung abgehen lassen, in der wir zunächst Frachtermäßigung auf den Eisenbahnen nicht nur für Futtermittel, sondern auch für Nahrungsmittel fordern, die der Ernährung der großen Masse des Volkes dienen. Wir werden weiter fordern, daß dem Landtage bei seinem Zusammentritt eine Vorlage betr. Aufhebung der vereinsländischen Fleischsteuer gemacht wird. Wir haben in Sachsen noch die rückständige Einrichtung, daß weit über 4 Millionen Mark indirekter Steuern erhoben werden, und die treffen gleichfalls am allermeisten die besitzlose Klasse. Wir sind uns aber auch weiter bewußt, daß die Maßnahmen, die innerhalb der Einzelstaaten getroffen werden können, unzulänglich sind, und daß die Landesregierung aufgefordert werden muß, im Bundesrat unverzüglich die Mittel zu beantragen, die notwendig sind, um diesen allgemeinen Notstand zu beheben. Hierzu ist erforderlich die Suspendierung der Zölle (Lebhafte Zustimmung), wenn man deren Beseitigung nun einmal nicht will. Die Suspendierung der Zölle für Futter- und Nahrungsmittel. Wir müssen weiter fordern die Abschaffung der Einfuhrscheine. (Sehr richtig.) Diese Einrichtung wird von der großen Masse der Bevölkerung noch nicht hinreichend gewürdigt, sie bedeutet insofern einen großen Schaden für die Gesamtbevölkerung, als dadurch die Ausfuhr unseres Getreides begünstigt wird, auch wenn die Ernte noch so minimal ist. Dadurch wird eine Entblößung unseres Marktes von Getreide gefördert. Diesem Umstand zu steuern muß unsere Aufgabe sein, und ich glaube, es ist jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen, eine energische Agitation zu entfalten, um die Regierung zur Beseitigung dieses Zustandes zu veranlassen, der nur einigen Großgrundbesitzern zugute kommt und der breiten Masse des Volkes unendlichen Schaden bereitet. Wir hoffen, daß Sie mit unserem Vorgehen einverstanden sind, wir tun das im Interesse der großen Masse der Bevölkerung, nicht nur im Interesse der sozialdemokratischen Partei, sondern im Interesse des gesamten werktätigen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Die Landeskonferenz nimmt von dieser Mitteilung Kenntnis und tritt in die Tagesordnung ein.

Zunächst erstattet die

Kommission über den Statutenentwurf

ihren Bericht.

Referent Geyer: Die Kommission hat in aller Ruhe und Sachlichkeit den Entwurf noch einmal geprüft und speziell die Punkte beraten, die hier in der Debatte kritisiert worden sind. Besonders war es der § 6, der zu schwerer Kritik Anlaß gegeben hat. Einige Genossen haben den Bezirksvorständen das Beschlußrecht streitig gemacht, das sie bei den Beratungen mit den Kreisvorständen haben sollen. Es wurde festgestellt, daß dies Beschlußrecht bereits ausgeübt wird, daß sich ein Brauch herausgebildet hat, ohne daß dies Recht im Statut verankert war, und daß in den allerseltensten Fällen Genossen dagegen Einspruch erhoben haben. Da ist es doch unbegreiflich, wie Genossen, denen das eigentlich auch bekannt sein müßte, daran Kritik üben. Dem Brauch, und meiner Ansicht nach auch den Pflichten der Bezirksvorstände entsprechend, ist es nötig, dies Recht hier fest zu stipulieren, denn dann können in Zukunft keine Einwendungen mehr gemacht werden, wie sie vereinzelt vorgekommen sind. Die Kommission kam daher einstimmig zu dem Beschluß, den § 6 so zu lassen, wie er vorgeschlagen ist. Ich füge hinzu, daß die Bezirksvorstände schon bisher nur bei besonderen Streitigkeiten an den Sitzungen der Kreisvorstände teilgenommen haben, sie müssen aber das Recht haben, bei Streitigkeiten mit zu entscheiden, denn zur Erledigung derselben werden sie ja in den allermeisten Fällen angerufen. Außerdem muß das Beschlußrecht unter allen Umständen ausgeübt werden können bei wichtigen Parteiangelegenheiten oder wenn die finanziellen Mittel der Bezirksvorstände in Betracht kommen. Die Bezirksvorstände — das habe ich im Namen der Kommission zu erklären — haben gar nicht die Absicht, in die kleinen geschäftlichen Angelegenheiten des Kreises hineinzureden und zu verlangen, daß sie zu diesen Sitzungen hinzugezogen werden. Nur wo die von mir hervorgehobenen Fragen in Betracht kommen, werden sie unter allen Umständen an den Sitzungen teilnehmen.

Den § 7 hat die Kommission einstimmig beschlossen bestehen zu lassen. Es wurde angefochten, daß 10 Prozent der Mitgliedereinnahmen an den Bezirksvorstand abgeliefert werden müssen. Dabei war der Irrtum aufgetaucht, daß außer diesen 10 Prozent noch die 10 Prozent an den Landesvorstand abgeliefert werden müßten. Das ist ja gestern abend aufgeklärt worden. Die Ablieferung von 10 Prozent an den Bezirksvorstand enthält also auch schon die Summe, die an den Landesvorstand abzuliefern ist. Damit fallen ja die irrtümlichen Bedenken weg. Beim Ausbau unserer Organisation müssen wir notwendigerweise auf gute geregelte Finanzverhältnisse hinarbeiten, und mit dieser Bestimmung eröffnen wir eine geschäftliche Gebarung, die eine ganze Reihe von Streitigkeiten aus der Welt schaffen wird. Fließen doch die Mittel, die an die Bezirksvorstände und den Landesvorstand gegeben werden, im Notfall wieder an die Kreise zurück. (Sehr richtig!) Niemals ist ein Gesuch abgeschlagen worden, wenn sich ein Kreis in Notlage befand.

Die Paragraphen von § 9 an erhalten eine andere Numerierung. § 9a wird § 9 sein, § 9b wird § 10 usw. Jeder Paragraph erhält jetzt die nächsthöhere Nummer bis 15. In dem nunmehrigen § 9 ist im dritten Absatz eine Einschaltung zu machen, so daß dieser Absatz lauten wird: „Die Aufwendungen des Landesvorstands sind von den Bezirksvorständen prozentual .... zu tragen."

Bei § 10 ist besonders angefochten worden, daß die Bezirksvorstände mit dem Landesvorstand die grundsätzliche und taktische Haltung der Partei und der Parteipresse überwachen sollen. Es waren Bedenken aufgetaucht, ob hier nicht eine Kollision mit dem allgemeinen Parteistatut eintreten könnte. Wir sind uns auch mit Pfannkuch einig, daß mit der taktischen Haltung auch die prinzipielle eng verbunden und eine Trennung nicht möglich ist. Nach der Diskussion auf unseren Parteitagen wird ja die Taktik der Partei hauptsächlich nach den Grundsätzen der Partei beurteilt, und daraufhin sind ja die in diesen Fragen gefaßten Parteitagsbeschlüsse entstanden. Es sind mir die Satzung der sozialdemokratischen Partei Württembergs und ein Statut der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens übergeben worden. Im württembergischen Statut steht folgender § 21: „Der Landesausschuß hat die Kassenführung des Landesvorstands und der württembergischen Parteipresse zu prüfen." Es ist also dort nur die Prüfung der Kassenführung im Statut festgelegt, aber die Parteigenossen Württembergs sind jetzt dabei, eben eine solche Bestimmung, wie wir sie im Entwurf haben, demnächst auch in ihr Landesstatut zu bringen. Das badische Landesstatut enthält folgenden § 8: „Der Landesvorstand besorgt die laufenden Geschäfte des Landesverbands der Sozialdemokratie Badens. Er kontrolliert, unbeschadet des Rechts der Preßkommissionen, die prinzipielle und taktische Haltung der Parteipresse usw." Also genau die Bestimmung, die wir in unserem Statutenentwurf aufnehmen wollen. (Sehr richtig!) Auch durch die Praxis der Partei in Sachsen ist erwiesen, daß wir uns eine solche Ueberwachung, die in einer Besprechung ihren Ausdruck findet, bisher schon gestattet haben. Wie oft ist auf unserer Landesversammlung über die Haltung der Presse gesprochen worden. Es sind auch Beschlüsse zustande gekommen, die einen Tadel und damit gewöhnlich auch ein Lob nach der anderen Seite enthielten. Es ist also schon bisher diese Praxis geübt worden, und wenn hier eine solche Bestimmung in das Landesstatut aufgenommen wird, so werden dadurch auch die Streitigkeiten zwischen Redaktionen und Preßkommissionen gemildert und gemindert werden können. Wir werden also ein Gutes tun, wenn wir diese Bestimmung in das Statut hineinbringen. Die Kommission schlägt Ihnen daher einstimmig vor, auch diese Bestimmung des Entwurfs unverändert anzunehmen. (Bravo!)

§ 12 wird folgendermaßen geändert: „Aufgaben der Landesversammlung sind die Entgegennahme des Berichts des Landesvorstands über seine Tätigkeit und den Stand der Partei sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Landtagsfraktion." Weiter ist diesem Paragraphen anzufügen: „Sie hat den Sitz des Landesvorstands zu bestimmen und die Wahl des Landesvorstands vorzunehmen." Das ist nur aus einem anderen Paragraphen hier an die richtige Stelle gesetzt.

In dem neuen § 14 muß der Ausdruck „§ 14" natürlich in „§ 15" umgeschrieben werden. Gegen diesen Paragraphen lag ein Antrag vor betr. die Anwesenheit der Abgeordneten auf der Landesversammlung, der Antrag von Leipzig. Die Kommission mußte hier einstimmig zugestehen, daß sich ein Uebelstand aus dieser Vertretung der gesamten Abgeordneten auf der Landesversammlung bisher nicht herausgestellt hat. Die Wünsche, die geäußert worden sind, daß künftig nur eine beschränkte Zahl von Abgeordneten auf der Landesversammlung zugelassen werden soll, waren nur von Befürchtungen und Vermutungen begleitet, daß in Zukunft mal eine Ueberstimmung der wirklichen Delegierten durch die Abgeordneten stattfinden könnte, aber bisher hat sich nichts gezeigt, was diese Befürchtung rechtfertigen würde. Nicht eine Beschwerde ist in der Diskussion aufgetaucht, daß die Abgeordneten auf den Landesversammlungen jemals ihre Zahl zu einer Ueberstimmung, zu einer ungehörigen Beeinflussung oder gar Uebertrumpelung und Vergewaltigung der gewählten Delegierten mißbraucht hätten. Nicht eine Beschwerde haben wir jemals darüber gehört. Der Wunsch, die Zahl der anwesenden Abgeordneten zu beschränken, ist schon früher ausgesprochen worden. Nach meiner Ansicht wird niemals eine solche Vergewaltigung oder Ueberstimmung eintreten; wir sehen ja hier auf dieser Landesversammlung auch wieder, daß die anwesenden Abgeordneten gar nicht eines Sinnes sind. Dann kann man aber auch die Abgeordneten nicht als eine kompakte Masse und als ein kompaktes Gegengewicht gegen die anderen Delegierten ansehen. Die Kommission schlägt Ihnen deshalb vor, den Antrag Leipzig abzulehnen und es bei dem Entwurf zu belassen.

§ 15, der die Zahl der Delegierten für die einzelnen Wahlkreise betrifft, ist dahin besprochen worden, daß unsere demokratische Ueberzeugung die Gleichberechtigung für alle Parteimitglieder in ganz Sachsen erfordert. Diese besteht darin, daß jedes Parteimitglied in welchem sächsischen Wahlkreise immer mit dem gleichen Wahlrecht ausgestattet sein muß, während eine Erhöhung der Staffel auf 3000 Parteimitglieder für einen Delegierten gegen den demokratischen Grundgedanken verstoße. Wenn wir eine bestimmte Zahl von Parteigenossen festsetzen, die zur Wahl eines Delegierten berechtigt sein soll, so deshalb, weil die Partei in Sachsen immer mehr wächst und weil wir auch aus Ersparnisgründen die Landesversammlung nicht allzu groß werden lassen wollen. Würden wir 1000 Mitglieder als Wahlkörper festsetzen, dann würden wir bald 150, ja vielleicht sogar 200 Delegierte auf der Landesversammlung sehen. Das wäre natürlich nicht etwa ein Uebelstand für die Partei, aber auch bei 1500 als Wahlkörper werden wir bei dem Wachstum unserer Partei in Sachsen auch bald eine starke Zahl von Delegierten auf der Landesversammlung haben. Denn, so hoffe ich, nachdem wir die schlimmsten Zeiten der Organisierung überwunden haben, dürfte unsere Organisation auch rascher fortschreiten als früher. Wo viele Kräfte vorhanden sind, da sind viele Werber und da werden auch schnell Mitglieder gewonnen, und ich hoffe es noch mit zu erleben, daß wir in Sachsen 200 000 Mitglieder unserer Parteiorganisation haben werden. (Bravo!) Eine Ausnahme ist in diesem Paragraphen gemacht für die Kreise, die glauben, sie könnten durch die großen Kreise überstimmt oder benachteiligt werden. Diesen kleinen Kreisen sind für bis 1500 Mitglieder zwei Delegierte zugestanden worden. Ich bin überzeugt, daß diese Ausnahme all denen gerecht wird, die glauben, ihre Kreise wären zu schwach vertreten. Um dieser Ausnahme willen aber können wir nicht eine Ausnahme im allgemeinen statuieren, die speziell die großen Kreise treffen würde. Die größeren Mitgliederzahlen in den einzelnen Kreisen sind zuweilen auf regere Agitation zurückzuführen. Mitunter mögen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse die Mitgliederagitation erschweren. Aber wir hoffen, daß auch in den zurückgebliebenen Kreisen die Mitgliederzahl bald wachsen wird, und wenn dann die Genossen sich durch ihre geringere Delegiertenwahl beeinträchtigt sehen, so wird das wohl ein Ansporn für sie sein, in Zukunft recht fleißig Mitglieder zu werben, damit sie mehr Delegierte wählen können. Die Kommission steht einstimmig auf dem Standpunkt, daß kein Eingriff in die demokratische Verwaltung und in die Gleichberechtigung gemacht werden darf, indem wir etwa den zahlreichen Mitgliedern großer Kreise ein minderes Wahlrecht für ihre Delegierten zuweisen.

Das sind die Erörterungen der Kommission, und ich habe schon jetzt die feste Ueberzeugung, daß, wenn wir uns im nächsten Jahre auf der Landesversammlung wiedersehen, kein einziger sich finden wird, der wegen nachteiliger Wirkungen des Statuts eine Aenderung wünschen würde, abgesehen etwa von Uebergriffen, die sich einzelne Personen erlauben, die aber auf Grund dieses Statuts zurückgewiesen werden können und auch werden. Im Auftrage der Kommission bitte ich Sie daher, den Entwurf so anzunehmen, wie er hier von der Kommission erläutert und vorgelegt worden ist. (Beifall.)

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte.

Schöpflin: Die Kommission ist bei dem Entwurf stehen geblieben. Die gestrige Debatte hat gezeigt, daß für ihn eine große Mehrheit vorhanden ist; obwohl ich mit manchen Bestimmungen nicht einverstanden bin, halte ich eine Spezialberatung für überflüssig. Ich schlage vor, von einer Einzeldiskussion Abstand zu nehmen, die doch nur eine Wiederholung der gestrigen Debatte sein würde. Ueber die einzelnen Paragraphen muß ja doch einzeln abgestimmt werden. (Zustimmung.)

Vorsitzender Fleißner: Ein ausreichend unterstützter Antrag Illge schlägt vor, über den Entwurf en bloc abzustimmen und damit alle Anträge für erledigt zu erklären.

Schmidt-Meißen: Hat der Organisationsentwurf in den letzten Wochen soviel Staub aufgewirbelt, so kann es nicht darauf ankommen, noch eine Stunde zu diskutieren. Gestern wurde durch den Schluß der Debatte einer ganzen Reihe von Rednern das Wort abgeschnitten. (Schöpflin: Mir auch!) Aber Schöpflin hat geredet, andere nicht. Ich halte es für ausgeschlossen, daß heute noch einmal umfassend diskutiert wird (Widerspruch) und bin deshalb für eine Einzelberatung.

Vorsitzender Fleißner: Der Antrag auf en bloc-Annahme ist nicht etwa ein absolutes Novum, sondern auch die Parteitage, die das Organisationsstatut geändert haben, sind nach erneuter Kommissionsberatung auch so verfahren.

Lipinski-Leipzig: Ich würde dem Antrag Schöpflin zustimmen, soweit der Entwurf in der Diskussion nicht angegriffen worden ist. Ich bin aber gestern vom Vorsitzenden gehindert worden, den Antrag Leipzig betr. die Teilnahme der Abgeordneten grundsätzlich zu begründen. (Zuruf: Wir kennen sie ja, Ihre Grundsätze!) Nein, die kennt ihr nicht. (Zurufe: Doch!) Nein, denn ich konnte nur auf die materielle Frage, nicht auf die grundsätzliche eingehen. Wird die en bloc-Annahme beschlossen, so würde ich für das Statut stimmen, damit aber nicht anerkennen wollen, daß wir damit unsere Auffassung aufgegeben haben. (Zurufe: Nee, nee! Heiterkeit!)

Uhlig: Ich bin gegen die en bloc-Annahme und halte auch eine Einzelberatung für nötig, namentlich über den letzten Paragraphen, der gerade nach der Deklaration Geyers, die durchaus nicht in jedem Falle zutrifft, einer Aussprache bedarf.

Illge: Schon 1890 auf dem Parteitage ist mit dem Organisationsstatut so verfahren worden, wie ich beantrage. Aus einer weiteren Debatte wird ja doch nichts mehr herauskommen.

Sindermann: Ich schließe mich Illge an. Wir haben gar keine Veranlassung, in die Einzelberatung einzutreten oder über die einzelnen Paragraphen gesondert abzustimmen, da ja über alle strittigen Punkte gestern viel gründlicher debattiert worden ist als selbst auf den allgemeinen Parteitagen. Wollte übrigens jeder einzelne wie Lipinski erklären, er ist für oder gegen diesen Paragraphen, er wolle nur nicht in der Gesamtabstimmung gegen das Statut stimmen und behalte sich seinen Widerspruch vor, so ist das gegenstandslos.

Riem-Dresden: Ich bin für den Antrag Schöpflin. Durch die gesonderte Abstimmung kann jeder seine Stellung zu den einzelnen Paragraphen ausdrücken. Sollte übrigens en bloc-Abstimmung beschlossen werden, so erkläre ich, daß ich gegen die Bestimmung betr. die Aufsicht über die Parteipresse gestimmt hätte, ich werde aber deshalb nicht gegen das ganze Statut stimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Illge mit kleiner Mehrheit abgelehnt, darauf der Antrag Schöpflin auf Unterlassung der Einzelberatung, aber gesonderte Abstimmung über jeden einzelnen Paragraphen, angenommen.

Das Resultat ist die unveränderte Annahme der Kommissionsvorschläge in allen ihren Teilen.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf mit allen gegen neun Stimmen angenommen.

Es folgt Punkt 8:

Die Gemeindesteuerreform.

Referent Heinrich Lange-Leipzig: Steuernzahlen ist eine Bürgerpflicht, die aber von den Interessenten meist nicht angenehm empfunden wird, nur in Reuß schreibt die Verfassung vor, daß jeder Bürger einen Eid leisten muß, gern und willig seine Steuern zu zahlen. (Heiterkeit.) Mir ist nicht bekannt, ob dort auch Meineide geschworen werden. (Erneute große Heiterkeit.) Da in jedem Klassenstaate die Besitzenden auch die Macht haben, suchen sie das weniger angenehme Steuernzahlen anderen zu überlassen. Es war ein Vertreter des um die Macht kämpfenden Bürgertums, der französische Rechtsgelehrte Jean Bodin, der 1576 zum erstenmal dies öffentlich brandmarkte: „Die privilegierten Klassen haben immer das Bestreben, die Steuerlast auf die unteren abzuwälzen." Als 1641 unter Ludwig XIII. der Minister Richelieu auch vom Adel und der Geistlichkeit Steuern forderte, erwiderte ihm der Erzbischof von Sens: „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates sein Gut, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete." So blieben bis ins 19. Jahrhundert Fürsten und Adel steuerfrei, Bürger und Arbeiter zahlten Kopfsteuer. Erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als mit der modernen Produktion sich Großbetriebe und Großkapital entwickelten, ging man dazu über, die Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Aber kaum war das Bürgertum zur Anerkennung, zur Mitherrschaft gelangt, so verfolgte es dieselben Prinzipien. Es vollzieht sich eben in allen Klassenstaaten immer wieder derselbe Vorgang, den Ferdinand Lassalle 1862 in seinem für die Arbeiterbewegung so bedeutungsvollem Vortrage (der später als Broschüre: „Das Arbeiterprogramm" erschien) in Berlin klarlegte: „Es ist eine charakteristische und stets wiederkehrende Erscheinung, daß jeder herrschende privilegierte Stand stets die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wesens auf die unterdrückten und nichtbesitzenden Klassen zurückzuwälzen sucht, in offener oder verschleierter, in direkter oder indirekter Form." Und ob die Entwicklung die herrschenden Klassen auch zu einigen Zugeständnissen gezwungen hat, ihre Wesenseigenart ist in diesem Punkte unverändert geblieben.

Als im Reichstage die Erbschaftssteuer abgelehnt wurde, erklärte der Herr v. Heydebrand brutal aber ehrlich: „Eins will ich doch sagen, was uns im letzten Grunde und ausschließlich maßgebend bestimmt hat, unsere Zustimmung zu verweigern — weil wir in der Erbschaftssteuer eine allgemeine Besitzsteuer sehen und sehen mußten, und eine solche Besitzsteuer, wie ich hier offen bekennen will, nicht in die Hände einer auf das gleiche Wahlrecht beruhenden Körperschaft legen wollen." Und im sächsischen Landtag sagte der Abg. Andrä: man werde doch in den Landtag, wo man über Steuern zu beschließen habe, nicht eine große Anzahl solcher Leute hereinlassen, die keine oder nur wenig Steuern zahlen. Diesen Standpunkt muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Steuergesetze

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

und Steuergesetzgebung begreifen will. Wir haben nun im Königreich Sachsen seit 1875 die progressive Einkommensteuer, die mit 57 Mill. M. für 1910 veranschlagt worden ist; daneben haben wir aber noch indirekte Steuern, z. B. die Schlachtsteuer mit 6 Mill. M. Die Gemeinden hatten zur Deckung ihrer Bedürfnisse einen ziemlich weiten Spielraum. Die Landgemeindeordnung bestimmt in den §§ 16 bis 32 nur allgemein: Jedes Gemeindemitglied hat zu den Gemeindelasten usw. verhältnismäßig beizutragen. Auch Nichtgemeindemitglieder können zur Steuer herangezogen werden. Indirekte Steuern bedürfen der Genehmigung des Ministeriums. Diese Bestimmung stammt noch aus der Jugendzeit des Liberalismus. Festes Diensteinkommen durfte nur zu ¼ herangezogen werden. Diese Bestimmung ist aber durch Gesetz vom 1. Januar 1909 an aufgehoben, und nur wer 1908 bereits im Besitz dieses Rechtes war, verblieb darin.

Es hat sich nun in den Gemeinden ein gar buntscheckiges Steuersystem entwickelt, 1901 hatten wir 17 Arten. Die ganze Entwicklung hat aber einen immer größeren Bedarf gezeitigt, und schon Graf Posadowsky klagte im Reichstage bei der Beratung der Zuckersteuer: „Mein Gott, wo soll das hinführen, die Ausgaben des Reiches wachsen immer mehr und mehr und die Einzelstaaten sind in bedrängter Lage.“ Was hier vom Reiche und den Staaten gesagt ist, trifft auf die Gemeinden doppelt zu. Reich wie Staat übertragen den Gemeinden fortlaufend neue Aufgaben. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung erweitern das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden. Die Fortschritte in der Hygiene bedingen die Anlage von Wasserleitungen, Entwässerungen, Kläranlagen usw. Die Anforderungen an die Schulen müssen wachsen. Die Armenlasten steigern sich. Die Aufwendungen der Gemeinden steigen darum nicht nur mit der Zunahme der Einwohnerzahl, sondern auch pro Kopf. So betrug z. B. der Aufwand pro Kopf in Leipzig: 1850: 25 M., 1870: 26 M., 1884: 47 M., 1895: 50 M., 1905: 60 M., 1911: 103 M. Wenn auch in diesen Zahlen die Betriebe mit enthalten sind, die etwas einbringen, so mußten doch die Steuern entsprechend erhöht werden. Viele Aufgaben, besonders in den letzten 40 Jahren, konnten nur durch Aufnahme von Anleihen ermöglicht werden. So z. B. hatte Leipzig im Jahre 1876 12 000 000 M. Schulden, und im Jahre 1911 140 000 000 M. (Hört! hört!) Diese Anleihen müssen aber auch verzinst und amortisiert werden. Das ist bei anderen Gemeinden genau so. Chemnitz hatte z. B. an direkten Steuern pro Kopf im Jahre 1870: 5,48 M., 1890: 15,51 M., 1900: 22,46 M. und 1909: 27,28 M. Die Denkschrift der Regierung zum Dekret 29 vom Jahre 1903 weist für die sächsischen Gemeinden im Jahre 1890 35 500 000 M. an Steuern und 1901 64 500 000 M. nach. Nach der Zeitschrift Plutus haben die deutschen Städte in den letzten 20 Jahren 4 000 000 000 Mark Anleihen aufgenommen. Nun kommt die Regierung mit der Ministerialverordnung, daß Anleihen nur noch zu werdenden Unternehmungen aufgenommen werden sollen, daß zum Bau von Schulen usw. Fonds angesammelt werden sollen. Die Mittel hierfür müssen doch eingenommen werden. Die Gemeinden hatten sich nun in der Wertzuwachssteuer mit Erfolg neue Steuerquellen gesucht. Leipzig hatte 1909 hieraus eine Einnahme von 318 000 M., gleich 56 Pf. pro Kopf. Aber auch kleine Gemeinden, z. B. Borna b. Chemnitz — 16 664 Mark bei 3000 Einwohnern, d. h. 4,63 M. pro Kopf — und Leutzsch mit 40 000 M. im Jahre 1911, hatten hiermit eine gute Einnahmequelle. Nun nimmt das Reich diese Steuerquelle für sich in Anspruch und überläßt den Gemeinden gütigst 40 Prozent. Aber auch der Staat sucht es so zu machen. Der verflossene Finanzminister Rüger hat dem trefflichen Ausdruck gegeben in dem Bilde von der Suppenschüssel. Sie lautet: „Wir wollen uns doch einmal klar machen, was ist denn das überhaupt mit der Einkommensteuer? Da war unser sächsischer Staat, der — ich will ein Bild gebrauchen, obwohl ich nicht immer mit Bildern glücklich bin — bereitete sich eine hübsche Suppe, und das war die Suppe der Einkommensteuer, und er war eben im Begriff, sie zu genießen, denn er gebrauchte sie, da sah er, wie sich gewisse Nachbarn, freundlich lächelnd, an seine Seite setzten und aus seinem Topfe aßen. Das war die politische Gemeinde, das war die Kirchengemeinde, das war die Schulgemeinde und Gott weiß, wer auch noch mit aus dieser Einkommensuppe aß. Ich glaube, der Staat hat schon lange mit wachsendem Mißtrauen diese Mitesser beobachtet. Es wird vielleicht Zeit sein, die Dimensionen der Löffel, mit denen aus dem allgemeinen Topf gespöpselt wird, etwas unter die Lupe zu nehmen.“ Ein andermal sagte Rüger: „Die Gemeindeeinkommensteuer mit ihren in Prozentsätzen sehr leicht auszudrückenden Zuschlägen hat die große Gefahr für die Gemeinden, daß sie sich sehr leicht in den Besitz großer Mittel versetzt sehen, und wo einmal Geld da ist, da wird es auch ausgegeben.“ Preußen hat auch bereits 1893 die Gemeindesteuern durch das Kommunalabgabengesetz geregelt, ebenso Hessen und andere Staaten. Auch Sachsen hat den Versuch gemacht, den Gemeinden kleine Löffel zum Suppennapf der Einkommensteuer zu geben durch das Dekret Nr. 20 vom Jahre 1901 und das Dekret Nr. 29 vom Jahre 1904. Der § 1 des Gesetzentwurfs besagte damals: Durch direkte Steuern darf nur der Betrag gedeckt werden, der nach Abzug der indirekten usw. ungedeckt bleibt. Und der § 20 führte aus: Wird direkte Steuer erhoben, so muß der vierte Teil durch Grundsteuer gedeckt werden. Und in der Begründung zu § 20 hieß es: weil das einen durchaus erwünschten Anreiz gibt, die indirekten Steuern zu entwickeln. Die Regierung war sich bewußt, daß in den Städten die Hälfte, in Landgemeinden drei Viertel der Gemeinderatsmitglieder Ansässige sind und darum im Interesse des eigenen Portemonnaies den Anreiz empfinden würden, indirekte Steuern zu fördern. Wir haben uns damals in Protestversammlungen gegen solche Regelung ausgesprochen. Auf unserer Landeskonferenz in Leipzig 1905 referierte Genosse Goldstein darüber; er kam zu folgendem Schluß: „Draußen im Lande rumort es allenthalben! Der Steuerzuschlag, das Staatsdefizit, die heillose Finanzwirtschaft der Vergangenheit, die alles auf den „Pump“ im außerordentlichen Etat aufbaute, das sind Ohrfeigen, die das sächsische Volk von seinen konservativ-liberalen Peinigern erhalten hat —: möchte endlich die Scham auch über die Indifferenten und Spießbürger kommen und sie zur Vergeltung aufpeitschen.“ Dem nächsten Landtag wird nun wieder ein Gesetzentwurf zugehen. Damals haben wir uns aus taktischen Gründen gegen die beabsichtigte gesetzliche Regelung gewandt, im Gegensatz zum Genossen Lindemann, der 1902 auf dem Münchner Parteitag in seiner Resolution forderte: „staatliche Regelung des Kommunalsteuerwesens“. Im Jahre 1904 aber hat auch der Parteitag in Bremen die Resolution beschlossen: „Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetze zu regeln.“

Es kam damals für uns in Betracht, daß wir von dem reaktionären Dreiklassenlandtag, in dem wir nicht vertreten waren, nichts zu erwarten hatten, während wir in den Gemeinden zum Teil an 30 Jahre Vertreter hatten. Prinzipiell, der Autonomie der Gemeinden zuliebe, wird man gegen eine gesetzliche Regelung nicht sein können. Es kommt nur auf das Wie an. (Sehr richtig!) Das Gemeindesteuerwesen an sich liegt recht im argen, die Ausgaben wachsen fortdauernd, und meist steht die Leistungsfähigkeit im umgekehrten Verhältnis zu den Bedürfnissen. Nimmt man die Staatseinkommensteuerskala, die ja im ganzen Lande nach gleichen Grundsätzen veranlagt und erhoben wird, als Maßstab an, so sieht man, wie verschiedenartig die Verhältnisse der einzelnen Gemeinden sind. Nur einige Vergleiche! In Gaschwitz betrug die Staatssteuer 21 960 M., die Gemeindesteuer 9568 M. — 48 Prozent.

in Böhlitz	die St.-St.	11 517 M.,	die Gem.-St.	5 800 M.,	=	50	Proz
in Taucha	„ „	47 896 „	„ „	47 266 „	=	100	„
in Wahren	„ „	37 072 „	„ „	85 000 „	=	230	„
in Mockau	„ „	55 197 „	„ „	145 100 „	=	260	„
Sommerfeld	„ „	22 000 „	„ „	3 300 „	=	25	„

Von 1385 sächsischen Gemeinden erhoben 496 unter 100 Prozent, 288 zwischen 100 und 150 Prozent, 271 zwischen 150 und 200 Prozent, 222 zwischen 200 und 300 und 108 über 300 Prozent. (Hört, hört!) Daraus kann man den Gemeinden keinen Vorwurf machen, daß sie arm sind und einen großen Aufwand für Schule, Armenwesen, Wegebau usw. haben. Aber wie werden in vielen Gemeinden die Mittel aufgebracht! Unsere Staatsskala hat den Fehler, daß sie das Existenzminimum versteuert, sogar Einkommen unter 900 bis 1000 M. Aber im Vergleich zu den Steuerskalen vieler Gemeinden ist die Staatsstaffel geradezu ein Ideal. Hat sich doch das Ministerium im Jahre 1910 sogar veranlaßt gesehen, dem Gemeinderat von Oetzsch mitzuteilen, daß es eine Aenderung der nicht mehr zeitgemäßen und den Oetzscher Verhältnissen nicht mehr entsprechende Einkommensteuerstaffel wünscht. (Hört, hört!) Die hohen Gemeindesteuern treffen bekanntlich die Schichten, die sowieso schon vom Reich ungeheuer besteuert sind. Das Statistische Amt des Reichs, verschiedene städtische Aemter, eine Reihe von Gewerkschaften, z. B. die Metallarbeiter, haben genaue statistische Erhebungen über Arbeiterhaushalte aufgenommen, und sie kommen alle zu dem Resultat, daß 50 bis 56 Prozent des Einkommens allein für Lebensmittel auszugeben sind. (Sehr richtig!) Nur ein Beispiel! Jemand, der für seine Familie pro Woche 12 M. für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ausgibt, muß davon rund 15 Prozent als indirekte Steuer an den Staat abgeben, nämlich 1,74 M. (Hört, hört!) Kann es noch eine schlimmere Ausbeutung geben? (Sehr gut!) Von 624 M. für die allernotwendigsten Lebensmittel entfallen also 94 M. auf indirekte Steuern. Nun haben wir aber in Sachsen 249 102 Familien mit einem Einkommen bis zu 700 M. und 583 856 Familien mit einem Einkommen bis zu 1100 M. Demgegenüber stehen 28 047 Personen und 86 Gesellschaften, die 9½ Milliarden Vermögen haben. (Hört, hört!) Diese sind zur Ergänzungssteuer mit ½ pro Mille herangezogen. Mit Recht ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Gemeinden ebensogut wie das fundierte Vermögen, das in Grundbesitz angelegt ist, auch das mobile Vermögen zur Steuer heranziehen sollen, aber von zuständiger Seite wurde ohne weiteres abgewinkt und auf das Gesetz verwiesen, wonach die Deckung des Bedarfs von Gemeinden und anderen Korporationen des öffentlichen Rechts durch Zuschläge zur Vermögenssteuer unzulässig ist. Steuern haben doch schließlich nur den Zweck, Geld zu schaffen, und darüber hilft nichts hinweg, es muß genommen werden da, wo etwas ist. (Sehr richtig!) Der Gesetzentwurf liegt noch nicht vor, aber das Ministerium hat bereits die Grundzüge desselben veröffentlicht und sie am 29. April dieses Jahres einer Konferenz von 41 Personen zur gutachtlichen Aussprache vorgelegt. Es haben von uns daran zwei Mitglieder der Fraktion, ein Arbeitersekretär und ein Vorstandsmitglied der Genossenschaft teilgenommen. Eine Polemik fand nicht statt; auch die Geheimräte des Ministeriums griffen nur ein, wenn eine mißverständliche Auffassung geäußert wurde. In der Begründung des Entwurfs heißt es: „Die große Bewegungsfreiheit, die die Gemeinden haben, hat nicht nur zu einer unübersehbaren Vielgestaltigkeit geführt, sondern auch dazu, daß die Steuerordnungen häufig unklar, lückenhaft und unbestimmt sind. Den Schaden davon haben nicht nur die Gemeinden, sondern in erster Linie die Steuerpflichtigen, und unter diesen wieder die wirtschaftlich Schwächeren, die zuweilen in einer Weise belastet sind, die mit dem Begriff der Steuergerechtigkeit nicht vereinbar erscheint.“ Aus allem, was gesagt ist, spricht die Furcht heraus, die Einkommensteuer könnte überspannt werden, die Bemittelten könnten zuviel bezahlen, und das widerspricht dem Staatsinteresse. (Sehr gut!) Darum geht die Tendenz darauf hinaus, Normalvorschriften zu schaffen, die die Erhebung der Gemeindeeinkommensteuern erschweren sollen, wenn sie eine bestimmte Höhe erreichen. Gleichzeitig sollen die Schul- und Kirchensteuern geregelt werden. Sparkassenüberschüsse sollen künftig nur zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken verwendet werden können, während sie heute noch zum Teil allgemein in das Budget eingestellt werden. Jede Gemeinde soll eine Besitzwechselabgabe in Höhe von 1 bis 2 Prozent des Kaufwertes erheben. Von dieser Besitzwechselabgabe sollen Schulen, Kirchen und politische Gemeinden je ½ erhalten. 89 Prozent der Gemeinden haben heute bereits Besitzwechselabgaben; Reich, Staat und Kirche sind davon frei. Die Erben sollen den halben Satz bezahlen. Bebaute oder unbebaute Grundstücke sollen gleichmäßig besteuert werden. Direkte Steuern sind von den Gemeindemitgliedern aufzubringen; sie sind nach festen, gleichmäßigen Grundsätzen unter Berücksichtigung der geringeren Leistungsfähigkeit der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung zu verteilen. Erwachsen der Gemeinde durch Einrichtungen, durch einen Stadtteil oder Ortsteil oder einer Klasse von Bewohnern besondere Kosten, so können diese entsprechend mehr belastet werden. Diejenigen, die Wartegeld, Pension oder Rente aus der Arbeiterversicherung beziehen, sollen nur vier Zehntel versteuern, doch kann die Gemeinde sie ganz frei lassen. Ferner sollen Verbrauchssteuern für Personen mit eigenem Haushalt ermöglicht werden. Personen, die sich drei Monate am Orte aufhalten, können zur Steuer herangezogen werden. Großbetriebe, die keinen Gewinn verteilen, können mit 3 Prozent des Anlagekapitals herangezogen werden. Das Chemnitzer System der Umsatzsteuer kann von Gemeinden, die keine Umsatzsteuer haben, eingeführt, d. h. von Großbetrieben des Kleinhandels, Konsumvereinen, Warenhäusern können bis zu 10 Prozent des Einkommens versteuert werden. Für die Einkommensteuer ist im allgemeinen die Staatssteuerskala und deren Veranlagung maßgebend. Die Gemeinden können bei der Besteuerung bis auf Einkommen von 200 M. heruntergehen, sie können aber auch die unteren Stufen ganz frei lassen. Ebenso können sie die Steuersätze der Staatsstaffel bis zum Einkommen von 5800 M. erhöhen oder erniedrigen, doch darf die Steuer bei 400 M. nicht mehr als das 1½fache, bis 1100 M. nicht mehr als das doppelte betragen.

Erstreckt sich ein Betrieb über mehrere Gemeinden, so sind alle Gemeinden anteilig. Die Gemeinde des Sitzes der Hauptleitung bekommt 10 Prozent hartweg. Filialen sind dem Umsatz entsprechend heranzuziehen. Folgende Einschränkungen sind zu machen: bei 50 Prozent der Staatsstaffel müssen 10 Prozent des Gesamtbetrages der Gemeindesteuer an Grundsteuer aufgebracht werden, bei 60 Prozent nur dann, wenn noch eine Besitzwechselabgabe von 0,5 Prozent, eine Biersteuer in der nach Reichsgesetz zulässigen Höhe (65 Pf. pro Hektoliter) und eine angemessene Lustbarkeitssteuer erhoben werden. Bei mehr als 65 Prozent müssen 15 Pf. der Steuern durch Grundsteuer und 0,66 Prozent Besitzwechselabgabe erhoben werden. Betragen aber Kirchen-, Schul- und Gemeindesteuern mehr als 150 Prozent der Staatssteuern, dann bedarf es zur Erhebung von mehr als 65 Prozent jedesmaliger ministerieller Genehmigung, die voraussetzt, daß Grundsteuer, Bier- und Lustbarkeitssteuer in angemessener Höhe erhoben oder daß sie als unthunlich nachgewiesen werden. Sobald überhaupt direkte Steuer erhoben wird, müssen 5 Prozent Grundsteuer erhoben werden. Für die Grundsteuer sind verschiedene Systeme zugelassen, auch die Steuer nach dem gemeinen Wert. 1909 hatten 39 Städte und 128 Landgemeinden noch keine Grundsteuer. Die Karenzzeit zur Einführung ist 5 Jahre. Alle Gewerbesteuern sollen zulässig bleiben, ferner folgende Sondersteuern: Automatensteuer, Gastgewerbesteuer und Umsatzsteuer bis 2 Prozent des Umsatzes, die lediglich schwachen Gemeindesteuerpflichtigen zugute kommen darf. Bestehende Kopfsteuern bleiben, können aber von der Behörde herabgesetzt oder aufgehoben werden. Neue Kopfsteuer wird nicht genehmigt.

Der Entwurf ist in dieser Form für uns unannehmbar. (Sehr richtig!) Die ganze Anlage ist viel zu kleinlich. Ueber 600 Gemeinden erheben heute über 150 Prozent, 108 Gemeinden über 300 Prozent der Staatssteuer. Soll da immer das Ministerium prüfen? Statt das Existenzminimum von 900 bis 1000 M. freizulassen, können die Gemeinden bis 200 M. Einkommen herabgehen. (Hört, hört!) Und darüber sollen die Klassenvertreter beschließen! Die Biersteuer würde obligatorisch, wahrscheinlich weil die Arbeiter den Schnaps meiden. Die Lustbarkeitssteuer soll die Arbeiterfeste treffen. (Sehr gut!) Sogar Renten aus der Arbeiterversicherung von 3 bis 5 M. die Woche können versteuert werden. (Unerhört!) Die sogar in Rußland abgeschaffte Kopfsteuer soll bleiben. Die famose Umsatzsteuer kommt wieder hervor. Wenn sie wirklich den schwächsten Steuerpflichtigen zugute kommen soll, dann müßte sie ja den Konsumvereinsmitgliedern überwiesen werden. (Sehr gut!) Das fundierte Einkommen wird natürlich gar nicht besonders herangezogen. Der Entwurf macht nicht einmal den Versuch eines Ausgleichs zwischen armen und reichen Gemeinden. In Preußen ist doch wenigstens der Bezirksausgleich eingeführt worden; der würde ja allerdings in Sachsen immer nur kleinlich sein. Womit sollen sich die Erzgebirgsgemeinden ausgleichen? Mir wäre der Landesausgleich lieber. Wir fordern Uebernahme der Schul-, Armen- und Wegebaulasten auf den Staat. (Zustimmung.) Besonders brennend ist eine Regelung für die Arbeiterwohngemeinden mit ihren großen Bedürfnissen und ihrer schwachen Leistungsfähigkeit. Da Gemeindesteuer und Besitzwechselabgabe ohne weiteres auf die Miete abgewälzt werden, liegt ein Körnchen Berechtigung in der Forderung der Grundbesitzer, auch das fundierte Einkommen im voraus zu besteuern. Es ist nur gerecht, den Gemeinden eine Gegenleistung für die den Wert des Grundbesitzes steigernden Aufwendungen zu geben. All das wäre möglich durch eine reine Vermögenssteuer, die zwischen fundiertem und erarbeitetem Einkommen unterscheidet. Dann würde der Hausbesitzer, der mehr Hypothekarschulden hat als Ziegel auf dem Dach, weniger steuern als der schuldenfreie Besitzer, dafür aber der Hypothekengeber belastet werden. Früher haben wir keine Veranlassung, die Hausagrarier zu entlasten. (Sehr richtig!)

Ich möchte mich dahin zusammenfassen: Die Bestimmungen über die Besteuerung in den Gemeinden sind wie die ganze Gemeindegesetzgebung durch die Entwicklung überholt. Deshalb ist eine formelle und materielle Neuregelung dringend notwendig. Sie muß mit Rücksicht auf die großen Aufgaben und eine gedeihliche Weiterentwicklung der Gemeinden großzügig sein, und die Staatssteuerstaffel ist ohne alle Verklausulierung als Grundlage der Gemeindeeinkommensteuer zu nehmen; das Existenzminimum von 900 bis 1000 M. ist freizulassen. Ein Unterschied ist zu machen zwischen erarbeitetem und fundiertem Einkommen; letzteres ist stärker heranzuziehen. Verbrauchssteuern, Kopf- und Lebensmittelsteuern sind unzulässig. Die ärmeren Gemeinden sind durch Staatsausgleich zu entlasten. Das Verfahren gegen Steuerhinterziehung hat öffentlich zu sein. (Sehr gut!) Unsere Landtagsfraktion wird zu dem kommenden Entwurf in diesem Sinne Stellung zu nehmen haben. Eine Resolution halte ich nicht für nötig, weil der Entwurf noch nicht vorliegt. Alle Forderungen sind in unserem Programm enthalten. Eine denkbare Aufgabe erwächst aus der Steuerfrage unseren Gemeindevertretern. Das Steuerproblem ist immer wieder Anschauungsunterricht für unsere Ideen. Gelingt es uns, die unteren Klassen zu entlasten, gut, wir haben wir unsere Pflicht als Sozialdemokraten und als Menschen getan; gelingt es aber nicht, was in der Regel der Fall ist, dann ist das ein neuer und der denkbar schärfste Beweis für den Klassencharakter der heutigen Gesellschaft. Dann wäre abermals bewiesen, daß die Besitzenden lieber wichtige Aufgaben vernachlässigen als Opfer bringen, daß sie lieber beschließen, dem Notwendigsten zu nehmen als zum Ueberfluß zu geben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Eine Diskussion über das Referat von Lange wird nicht gewünscht.

Vorsitzender Fleißner: Ich wurde dorthin gefragt, ob das neue Organisationsstatut sofort in Kraft zu treten habe. Da wir nichts anderes beschlossen haben, ist es wohl selbstverständlich, daß das neue Statut sofort mit dem neuen Geschäftsjahr zu gelten hat.

Es folgt der vierte Punkt der Tagesordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referent Fritz Geyer: Die bevorstehenden Reichstagswahlen haben diesmal ihre Schatten weit vorausgeworfen. Bereits 1909 wurde von der Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung der Neuwahlen gefordert. Auch ein Teil der Liberalen erhob diese Forderung in der Presse. Aber wie an die Stelle des Bülow-Blocks der schwarzblaue Block getreten war, hat man alles versucht, die Wahlen zu verschleppen aus Besorgnis vor einer Niederlage des schwarzblauen Blocks. Zeit gewonnen, alles gewonnen! (Sehr gut!) Zentrum und Konservative, die fürchteten, daß durch die Finanzreform die Bevölkerung so aufgereizt werden könnte, daß ihnen eine schwere Niederlage bereitet würde, verlangten von der Regierung, daß sie inzwischen politische Traktätchen über die Reichsfinanzreform zur Beschwichtigung des Volkes herausgebe. (Heiterkeit.) Die Besorgnis unserer Gegner wurde erhöht durch die sozialdemokratischen Siege und durch die mit Hilfe der Sozialdemokratie errungenen liberalen Siege bei den Nachwahlen. Nun ist aber die Wahlbewegung in vollem Fluß. Der Wahlkampf ist eröffnet. Die Sozialdemokratie steht gerüstet da, sie hat seit zwei Jahren das Volk aufgeklärt. Die herrschenden Parteien haben aber keine zugkräftige Parole, um das Volk wieder berücken zu können. Der Hottentottenschwindel hat bald abgewirtschaftet. Es ist unmöglich, jetzt mit einem Kriegsrummel das Volk wieder zu betäuben. (Na, na!) Ist doch die Rede davon gewesen, daß man den Marokkorummel dazu benutzen könnte. Die Hinausschiebung der Marokkoverhandlungen gibt noch manchem Reaktionär die Hoffnung, daß es dadurch gelingen möge, das Volk wieder für die Herrschenden einzufangen. Ich habe die Auffassung, daß Marokko keine zugkräftige Wahlparole sein kann. (Teilweiser Widerspruch.) Das liegt in unserer Hand. Es ist unsere Aufgabe, den Fetzel, der um der Aufteilung Marokkos willen getrieben wird, allem Volke klarzumachen. Nicht, wie einige Genossen meinen, daß man die gegenwärtige Situation als eine gerechte und gegebene hinnehmen müßte, denn die gegenwärtige Situation ist nur eine Folge der Eroberungspolitik der herrschenden Klassen, die vor einigen Jahren die ganze Marokkofrage aufgerollt hat. Die Algeciras-Akte war eine Beschwichtigung momentaner Schwierigkeiten, die für die Regierungen der einzelnen Länder vorlagen. Aber die Aufteilung wurde nur hinausgeschoben. Wenn jetzt in der bürgerlichen Presse Frankreich und Spanien Verletzung der Algeciras-Akte vorgeworfen wird, so ist das erbärmlicher Heuchelei. (Sehr richtig!) Das Bürgertum wie die Regierungen wissen nur zu gut, daß doch auch unter der Algeciras-Akte die verschiedenen Mächte des europäischen Kontinents, zunächst also Spanien und Frankreich, die erste beste Gelegenheit ergreifen werden, um sich in Marokko besser festzusetzen und den Hauptanteil an sich zu reißen. Gegenüber den offiziösen Vertuschungen haben wir Aufklärung zu geben über die eroberungssüchtige und machtlüsterne auswärtige Politik, von der alle Regierungen befallen sind, auch die französische, die nur die Exekutive der französischen Bourgeoisie ist und die im übrigen ebenso imperialistisch ist wie irgendeine Monarchie. (Sehr wahr!) Diese fredelhafte auswärtige Politik spielt mit dem Kriege. Wie die verworfene Raubpolitik der herrschenden Klassen hat alle Kriege hervorgebracht, und wenn man den Völkern vorgemacht hat, ein anderes Volk habe sie beleidigt, so nur, um die gegeneinander gehetzten Völker, die Gut und Blut für die Herrschenden zu Markte tragen müssen, die Wahrheit nicht erkennen zu lassen. (Zustimmung.) Jetzt stellt sich heraus, daß die Aufteilung Marokkos beginnen soll; die Regierungen stehen in enger Verbindung mit den besitzenden Klassen; sie vollzieht deren Willen und Geschäfte.

Die gesamte bürgerliche Presse in den einzelnen Staaten ist einig mit der Haltung ihrer Regierungen bei dem Schacher um Marokko. Diesem Treiben gegenüber haben wir die Einberufung des Reichstags gefordert. Wir gaben uns dabei natürlich nicht etwa der Täuschung hin, als ob dieser Reichstag die Marokkopolitik der Regierung und der herrschenden Parteien desavouieren könnte. Nein, es soll von der ersten Tribüne der Gesetzgebung im Reiche herab Aufklärung geschaffen und das Volk zum Protest gegen dieses fredelhafte Spiel mit seinem Gut und Blut aufgerufen werden. (Beifall.) Aber wir sind es ja gewöhnt, daß der Deutsche Reichstag nichts in die Politik der herrschenden hineinzureden hat. Die auswärtige Politik wird als ein der Regierung besonders vorbehaltenes Gebiet betrachtet. Es war ein großartiger Schwindel, als sich die bürgerlichen Parteien 1908 über den Absolutismus und die Politik Wilhelms II. entrüsteten. Die bürgerlichen Parteien beantragten, die verstärkte Geschäftsordnungskommission des Reichstags damit Bestimmungen in die Geschäftsordnung aufnehmen, die dem Reichstage ein Recht sichern sollten, auch in solchen Fragen mitzusprechen. In der Kommission aber wurde dann die ganze Angelegenheit verschleppt, und dieser Schwindel bestätigt, daß die herrschenden Parteien an der absolutistischen Marokkopolitik mit beteiligt sind. (Sehr gut! Zustimmung.) Wir fordern die Einberufung des Reichstags, um ihm zu legen, wie diese Regierung gar kein Recht zum Bestande hat. Die Wahlen von 1907 haben eine Mehrheit ergeben, die zerschmettert worden ist seither, von der aber ein Teil dann eine ganz andere Politik eingeschlagen hat, das sind die Konservativen, die im Bülow-Block mitgewählt waren. Wir fordern den Appell an das Volk, damit nach der veränderten Situation seinen Willen kundgeben soll. Man im Bürgertum der Meinung, daß die Marokkofrage eine Wahlparole bieten würde, so lehrt doch die ganze Situation, daß sich die Mehrheit des Volkes nicht mehr in einem solchen Wirbel stürzen lassen will. (Teilweiser Widerspruch.) Sollte es noch solche Kreise geben, so müssen sie eben von uns aufgeklärt werden. Das ist ja sicher, daß die Aufteilung Marokkos die Gefahr eines Weltkriegs in sich birgt; denn würde es etwa zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich kommen, dann würden zunächst England und Rußland nicht neutral bleiben, und was dann noch hineingezogen würde, ist nicht vorauszusehen. Aber die Entfachung des Weltkriegs birgt eine gewaltige Gefahr für die, die ihn entfachen würden. (Sehr

...te Zustimmung.) Denn nicht nur die stärkste Partei Deutschlands, sondern auch die Arbeiterparteien Englands und Frankreichs gehen gemeinsam vor gegen die Marokkohetze; sie lehnen den Krieg ab, sie setzen ihre ganze Kraft ein gegen die Entfachung eines jeden Kriegs, den die Regierungen als seine Ursache bezeichnen mögen. Die Sozialdemokratie ist eine Friedenspartei par excellence. Ueberall hat sie es durch die Tat bewiesen. Das darf uns aber nicht ein...tern und nicht abhalten, in der Marokkofrage äußerst ...gressiv gegen die herrschenden Parteien vorzugehen. Nicht die ...hlparole ist für uns ausschlaggebend, sondern unsere Prinzipien: das Eintreten für den Völkerfrieden, für das gemeinsame Leben, für die Kultur der Völker in allen Landen. (Großer Beifall.)

Ich bin überzeugt, daß es keine andere Wahlparole geben wird, als die: Gegen die Sozialdemokratie. Die schwarz-blaue Mehrheit des Reichstages hat heute schon diese Parole ausgegeben, nicht minder die Nationalliberalen, die stets den Kampf gegen die Sozialdemokratie vorangestellt haben. Beweis dafür ist ihr ganzes Verhalten seit der Herausdrängung aus dem Bülowblock. Sie lassen einen Teil ihrer Presse gegen die Schwarz-blauen schreiben, aber ... tun sie nichts, um diesen Block zu erschüttern. Für die Liberalen, namentlich die Nationalliberalen, ist eine eigene Organisation geschaffen worden, der Hansabund, den man als wirtschaftliche Organisation bezeichnet, der aber gelegentlich auch zollpolitische Fragen behandelt und die Parole ausgegeben hat: Keine einseitigen ... Fälle. Der Hansabund wird als eine wirtschaftliche Vereinigung bezeichnet, von der vielleicht auch einmal die Arbeiter ... haben könnten. Nun aber ist die Spaltung eingetreten. Der Zentralverband der Industriellen schied aus und begründete das damit, daß der Hansabund durch sein Auftreten gegen die jetzige Zollpolitik die Industrie schädigen wolle. Der Hansabund hat wohl eine Revision der bisherigen Zollpolitik ins Auge gefaßt, aber nicht so in dem Sinne, die Lebensmittelzölle, die Industriezölle auf Gebrauchswerkzeuge und auf alles, was die Massen konsumieren, abzuschaffen. Davon ist nicht die Rede. (Sehr wahr!) Uebrigens ist der Hansabund nicht die Macht, die den Liberalismus so stützen könnte, daß er mit einer starken Sozialdemokratie eine Mehrheit gegen die räuberische Zollpolitik im Reichstage bilden könnte. Daran ist nicht zu denken, besonders jetzt nach dem Austritt des Zentralverbandes der Industriellen, der den Hansabund nun schädigt und sicherlich auch Mittel für die Beeinflussung der Wahlen in seinem Bereiche locker macht. Bei den Reichstagswahlen handelt es sich tatsächlich um eine neue Ausraubung des Volkes, aber dazu werden auch die Nationalliberalen helfen, denn die waren von jeher an der Ausraubung des Volkes beteiligt. Durch ihre Scheinopposition gegen den schwarz-blauen Block wollen sie nur vermeiden, daß sie nicht völlig an die Wand gedrückt werden zwischen dem schwarz-blauen Block und der Sozialdemokratie. Zwischen dem Zentralverband der Industriellen und den Agrariern sind ja auch schon Vereinbarungen getroffen worden, die betreffenden Behauptungen des Hansabundes konnten nicht widerlegt werden.

Was haben denn die Nationalliberalen, auch die Linksliberalen, die uns auffordern, gemeinsam mit ihnen gegen rechts vorzugehen, denn getan, daß sie besondere Berücksichtigung von uns verlangen können? Sind sie wirklich unschuldig an der Reichsfinanzreform? Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben im Bülowblock die neue Reichsfinanzreform einleiten helfen, sie hatten mit Bülow beschlossen, 400 Millionen indirekter Steuern einzuführen. Aber wegen der 100 Millionen direkter Steuern, die sie gleichzeitig planten, glauben sie, ihre Sache vor dem Volke mächtig aufputschen zu können. (Sehr richtig!) Nachdem der Bülowblock nun vom Zentrum zerschmettert und die Ausraubung des Volkes perfekt geworden war, schrien die Liberalen Zeter und Mordio über die Belastung des Volkes, an der sie doch teilgenommen hätten, wenn man sie nicht aus dem Block hinausgedrängt hätte. (Sehr gut!) Nun mußten die Freisinnigen ihren alten Fraktionsstreit begraben und sich zur Fortschrittlichen Volkspartei vereinigen. Aber auch sie haben ihren Anteil! Das war ja nicht der einzige Verrat am Volke. 1902 wurde der Zolltarif von den Nationalliberalen und auch von Freisinnigen gut geheißen. 1906 haben sie 200 Millionen meist indirekter Steuern auf d.. Volk zu wälzen geholfen. Schon früher waren sie beteiligt an der Herbeiführung indirekter Steuern, sie haben schon seit Jahren die Ausbeutung des Volkes auf politischem Gebiete fortgesetzt. So haben wir die bürgerlichen Parteien zu betrachten, auch die Liberalen, und da soll die unschuldige Vorspiegelung der Liberalen die Sozialdemokratie veranlassen, eine taktische Haltung zum Schutze des Bestandes der liberalen Parteien einzunehmen? (Sehr gut!)

Wie stehen denn überhaupt d.. Liberalen zu der Parole gegen den schwarz-blauen Block? Ich brauche ja nur den allerneuesten Fall anzuführen, die Wahl in Düsseldorf, wo die Liberalen beschlossen haben, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, um nicht etwa der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen, um nicht den Vorwurf der Konservativen auf sich zu laden, daß sie dazu beigetragen hätten, der Sozialdemokratie einen Sieg zu sichern. Wenn die Liberalen eine solche Furcht haben, dann kann doch die Parole gegen den schwarz-blauen Block gar nicht ehrlich gemeint sein, denn sonst müßten sie doch schon jetzt, wo die Wahlbewegung eingesetzt hat, in ihrer Presse durch ihre Parteivorstände haben verkünden lassen, unter keinen Umständen für einen von dem schwarz-blauen Block zu stimmen. Unter allen Umständen muß der schwarz-blaue Block zertrümmert werden, und darum müssen alle unsere Wähler zusammenstehen und im Falle der Stichwahl einen Sozialdemokraten wählen. (Sehr gut!)

Aber wo gibt es eine solche Parole? Die sozialdemokratische Partei weiß schon, was sie von der Ehrlichkeit der Liberalen zu halten hat. Sie läßt sich nicht auf den Leim locken. Wenn die Sozialdemokratie sagt, wir werden selbstverständlich gegen den schwarz-blauen Block vorgehen, so hat das einen ganz anderen Grund, es ist von den Gesichtspunkten aus zu beurteilen, die ich eben entwickelt habe, unter Berücksichtigung sogar der Unehrlichkeit der Liberalen. Wir sagen: es muß, wie wir das früher immer getan haben, jede Regierungsmehrheit — sie alle sind ja reaktionär — zerschmettert werden. (Sehr richtig!) Jeder Wechsel in einer Regierungsmehrheit dient der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit, und das ist das Hauptmoment, warum wir sagen: nieder mit der Regierungsmehrheit, die obendrein die und die Schandtaten gegen die Arbeiterklasse verübt hat! Das und kein anderer Grund kann die Ursache sein, wenn die Sozialdemokratie sagt: nieder mit dieser Regierungsmehrheit! Und diese Regierungsmehrheit ist in der Gegenwart der schwarz-blaue Block. (Sehr richtig!) Wenn die Sozialdemokratie nach dieser Parole handelt, dann ist es selbstverständlich, daß sie in den Fällen, wo sie zwischen einem Kandidaten der Regierungsmehrheit und einer anderen Partei den Ausschlag zu geben hat, ebenso, wie sie es in letzter Zeit bei allen Reichstagsnachwahlen getan hat, vorgeht. Auf diese Taktik sind ja die Siege der Liberalen in den Nachwahlen zurückzuführen. (Sehr richtig!)

Das ist die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den bevorstehenden Reichstagswahlen im allgemeinen. Wenn wir gegen die Regierungsmehrheit vorgehen und sie zu Falle bringen, so schließt das den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien im allgemeinen nicht aus. Im Gegenteil, wir werden auf Grund unserer Prinzipien, unseres Programms, unserer ganzen bisherigen Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien, als den Verteidigern der kapitalistischen Ausbeutungsmethode, selbstverständlich mit aller Kraft vorgehen, und der Sozialdemokratie überall den Sieg da zu bringen suchen, wo es möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Für Sachsen ist unsere Lage insofern klar, als wir in allen Kreisen siegen ...ten. (Heiterkeit und: Sehr gut!) Da ist es selbstverständlich, daß wir gegen alle Parteien, die uns gegenüberstehen, vorgehen müssen, ganz gleich, ob die eine oder die andere mehr Aussicht hat, ihren Kandidaten durchzubringen. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen Sachsens brauche ich Ihnen nicht zu schildern, sie sind stockreaktionär, genau wie die Konservativen. Wir haben das an unserem eigenen Leibe erlebt. Schandbarer kann keine Partei, verräterischer kann niemand am liberalen Gedanken handeln, wie die nationalliberale Partei in Sachsen gehandelt hat, als sie dem Volke das Wahlrecht zum Landtag raubte. (Lebhafte Zustimmung.) Da hat sie sich einmal rücksichtslos demaskiert, da hat sie dem Volke gezeigt, wie sie ist, da hat sie der Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben, die Nationalliberalen ohne jede Verschleierung dem Volke vor Augen zu führen. Seitdem ist die Situation keine andere geworden, so daß wir etwa sagen könnten, die Nationalliberalen verdienen weniger unglimpflich behandelt zu werden, wie die Konservativen. Schon allein die Art und Weise, wie die Nationalliberalen im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie in Sachsen aufgetreten sind, muß uns veranlassen, sie keinen Deut anders zu behandeln, wie die Konservativen, denn beide Parteien haben gemeinsam das Lund ausgeraubt und dem Volke seine Rechte genommen. (Sehr richtig!) Das ist die Situation, wie sie sich uns klar in Sachsen darstellt, darüber hilft keine Vertuschung hinweg. Wir müssen also den Kampf gegen alle Parteien führen. Die Freisinnigen und Antisemiten kommen ja in Sachsen nur wenig in Betracht, die Freisinnigen nur im 23. Wahlkreise, der uns früher sicher war, der uns nur durch den Hottentottenschwindel entrissen ist, den wir aber diesmal wieder zu erringen gedenken. (Sehr wahr!) Wir übernehmen uns dabei nicht in der Einschätzung unserer Kraft, wir werden alles aufbieten, um in diesem Kreise zu siegen, und wir wissen, daß wir ihn holen werden. (Sehr richtig!) Im 3. Kreise, Bautzen, kommt der Antisemit in Betracht, der nichts ist, als ein Handlanger des schwarz-blauen Blocks, auch der Nationalliberalen, der sich an alle bürgerlichen Parteien angebeichselt hat und eine der unangenehmsten parlamentarischen Erscheinungen ist, so daß es Zeit ist, das Parlament von dieser Erscheinung zu befreien und der Sozialdemokratie auch im 3. Kreise zum Siege zu verhelfen. (Bravo!) So steht die Lage, daß wir in allen Kreisen vorgehen gegen alle Parteien. Konservative, Nationalliberale, Freisinnige, Antisemiten dürfen in einem Industrieland wie Sachsen mit einer so zahlreichen Arbeiterschaft nicht gewählt werden, sie müssen zurückgeworfen werden, das rote Königreich muß lückenlos hergestellt werden. (Stürmischer Beifall.)

Eine andere Frage, die bei der Wahl eine Rolle spielt, ist die Frage, wie die Handwerkerklasse sich eigentlich zu den Parteien verhält. Die Handwerkerklasse Sachsens hat sich so oftmals mißbrauchen lassen, daß wir uns beileibe nicht etwa dem Gedanken hingeben, daß wir sie vor ihrem eigenen Feinde retten und zu uns herüberziehen können. So weit gebildet ist die Handwerkerklasse Sachsens nicht. Die Handwerkerklasse mag bei den Wahlen einmal von den Konservativen, einmal von den Nationalliberalen, einmal von den Fortschrittlern, einmal von den Antisemiten beschwindelt und herübergezogen worden sein. Wenn die Wahlen vorüber waren, und ein Teil der Handwerker sah ein, daß sie an der Nase herumgeführt waren, dann sind sie nicht etwa sofort zur Sozialdemokratie herübergekommen, sondern dann haben sie sich das andere Mal von den anderen Parteien nasführen lassen, die sie früher schon einmal verlassen hatten. So traurig hat die Handwerkerklasse Sachsens sich politisch bei den Wahlen gezeigt. Wie ließ sie sich doch in den 80er Jahren haranguieren durch die große antisemitische Bewegung gegen die Konservativen! In diesem Kreise, wo wir unsere Landesversammlung haben, im 7. Kreise, haben sich die Handwerker damals von den Liberalen überreden lassen, für sie einzutreten, so daß 1882 in diesem höchst konservativen Kreise ein Demokrat gewählt wurde. Er kam mit dem Konservativen in die Stichwahl, und selbstverständlich hat die Sozialdemokratie ihn herausgehauen. 1882 war die Handwerkerklasse in ihrer Mehrheit auf seiten der Liberalen, aber 1884 warf sie sich schon wieder den brutalen Konservativen in die Arme. (Hört! hört!) So wankelmütig und wetterwendisch ist sie infolge ihrer geringen politischen Bildung, daß auf sie gar kein Verlaß ist. Will die Sozialdemokratie die Handwerker gewinnen, dann muß sie dafür sorgen, daß die am weitesten vorgeschrittenen Elemente endlich aufgeklärt werden über ihre wirtschaftliche Stellung im bürgerlichen Staat, dann müssen wir ihnen zeigen, wie sie ihren eigenen Feinden zur Herrschaft verhelfen und sich dadurch Schaden zufügen. (Sehr richtig!) Daß die Handwerkerklasse in Deutschland im allgemeinen nicht besser ist, lehrt uns ein Beispiel aus den letzten Wochen. Die oberschlesischen und ostpreußischen Handwerkerkammern haben ein Wahlprogramm herausgegeben, auf das die Kandidaten sich verpflichten sollen. Ganz abgesehen von den zünftlerischen Forderungen, die anno Toback bereits durch den stockreaktionären Ackermann in Sachsen propagiert wurden, unterstützen sie die scharfmacherischen Forderungen gegen die Arbeiter und das Verlangen nach Ausnahmegesetzen. (Hört! hört!) Die Forderungen, auf die die Kandidaten sich verpflichten sollen, lauten: „1. Ablehnung jeder einseitigen, nur das Interesse der Arbeitnehmer berücksichtigenden Sozialpolitik. 2. Ablehnung jeder irgendwie gearteten Arbeitslosenversicherung. 3. Ablehnung der Arbeitskammern in jeder Form. 4. Ablehnung jeder Art gesetzlichen oder staatlichen Eintretens für paritätische Arbeitsnachweise. 5. Den Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. 6. Keine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe."

Das sind die Forderungen der Institutionen, die man für die Handwerker geschaffen hat unter dem Namen: Handwerkerkammern, und die nichts anderes sind, als zünftlerische Organisationen, in denen sich das Zünftlertum breit macht. Mittelalterliche Forderungen werden aufgestellt, man macht sich zu Mithelfern an den verbrecherischen Ausnahmeplänen gegen die Arbeiter. (Sehr gut!) Daß wir angesichts solcher Forderungen nicht um die Stimmen der Handwerker buhlen, ist erklärlich. Das haben wir niemals getan und werden wir niemals tun. Wir werden immer auf Grund unserer politischen und wirtschaftlichen Grundsätze die Massen aufklären. (Sehr richtig!) Auch in Sachsen werden die Handwerker genau so vorgehen, wie in Ostpreußen und Schlesien. Statt Sozialpolitik Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter! Damit ist diese Handwerkerpolitik stigmatisiert. Statt Fortschritts auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens Rückschritte. Aber der goldene Boden für das Handwerk wird nicht wiederkehren. (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie hat es nicht nötig, auf ihrer Landesversammlung über etwaige spezielle Mittel für die Agitation zu beraten. Die Agitationsmittel für die Sozialdemokratie sind gegeben in ihren Grundsätzen, in ihrem bisherigen Kampf. Die Sozialdemokratie wird außerdem Rücksicht nehmen auf den Stand der Bewegung, auf den Stand der ganzen politischen Entwicklung, sie wird auf Grund dieser Entwicklung schon die Mittel finden, die in jedem Wahlkreise je nach den lokalen Verhältnissen anwendbar sind. Daß dabei Flugblätter und Versammlungen die Hauptrolle spielen, ist selbstverständlich. Daß die Agitation schärfer betrieben wird als in früherer Zeit, dafür bürgt schon, daß die Organisation der Sozialdemokratie stärker geworden ist; wir fordern von den Mitgliedern unserer Organisationen, daß jeder einzelne nach seinen Kräften agitiert und einzeln eintritt für den Fortschritt und den Sieg der Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Parole wird also sein: Gegen alle bürgerlichen Parteien in Sachsen! Die Sozialdemokratie allein will in ganz Sachsen siegen. Wollen wir siegen, dann müssen wir unter dieser Parole vorwärts marschieren gegen alle bürgerlichen Parteien; diese Parole allein zeigt uns den Sieg. (Stürmischer Beifall.)

Rebrich-Leipzig: Nach den Ausführungen von Geyer erübrigt sich eine große Diskussion, nur auf einen Punkt möchte ich aufmerksam machen, nämlich auf die Agitation unter den Landarbeitern. Wer in ländlichen Bezirken zu tun hat, der weiß, wie schwer es ist, an die Landbevölkerung heranzukommen; und es wird auch vielfach in unseren Kreisen gesündigt. Man nimmt nicht die genügende Rücksicht auf die Bildung der Landarbeiter. Wir können die Landarbeiter nicht mit denselben Mitteln bearbeiten wie die Industriearbeiter. (Sehr richtig!) In der Täglichen Rundschau hat ein Dr. D. einen Artikel geschrieben, worin er die Erfolge der Sozialdemokratie auf dem Lande aufzählt und dann fortfährt: „Nach Lage der Dinge kann kein Zweifel mehr darüber bestehen: es muß etwas geschehen, um die ländlichen Wählermassen wieder in das bürgerliche Lager der staatserhaltenden Parteien zurückzubringen; ein durchschlagender Erfolg kann auf dem Wege liebevoller Ueberredungskunst nicht mehr erzielt werden, denn die langjährige Wühlarbeit der Hetzapostel hat allzutiefe Wurzeln geschlagen. Jetzt heißt es auf die Verhandlungen über das sozialdemokratische Agrarprogramm zurückgreifen und der Landbevölkerung die Eigentumsbegriffe der Umsturzpartei mit voller Klarheit vor Augen zu führen. . . ."

Die Konservativen wissen also genau, wo sie den Hebel ansetzen werden, sie werden sich in der Hauptsache auf die ländlichen Bezirke stürzen, sie werden namentlich unter den Landarbeitern bei den nächsten Wahlen einen bodenlosen Schwindel verbreiten, und da möchte ich schon heute darauf hinweisen, daß unser Zentralkomitee beizeiten die notwendigen Mittel prüft, um diesem Schwindel entgegenzutreten. (Sehr richtig!)

Geyer: Ich habe das Kapitel der Landagitation übersehen; ich hatte auch die Absicht, darüber zu sprechen. Es handelt sich für uns nicht allein um die Landarbeiter, sondern auch um die Kleinbauern. Auch diesen müssen wir klarlegen, wie sie durch ihre verkehrte Haltung bei den Wahlen sich schwer schädigen, wie das durch den Zolltarif und die Reichsfinanzreform geschehen ist. Ich will hier nur kurz darauf hingedeutet haben, daß wir dies Kapitel nicht versäumen werden, sondern daß die Sozialdemokratie auch nach dieser Richtung hin ihre Pflicht erfüllen wird. (Bravo!) Was die Landarbeiter betrifft, so schließe ich mich den Ausführungen des Vorredners voll an. Ich füge nur noch hinzu, daß den Genossen zu raten ist, unter den Landarbeitern dadurch agitatorisch zu wirken, daß man versucht, sie vor allem in den Landarbeiterverband zu bringen und das Organ dieses Verbandes, das sehr populär geschrieben ist, unter ihnen zu verbreiten. Das ist ein gutes Agitationsmittel. Weiter wollte ich noch erklären, daß, wenn wir in Sachsen in eine Situation kommen sollten wie bei den Landtagswahlen, d. h. wenn wir in dem einen oder dem andern Kreise — was ich nicht hoffe — etwa nicht in die Stichwahl kommen, wenn also eine Stichwahl zwischen zwei Gegnern zu vollziehen wäre, daß wir dann genau so handeln wie bei den Landtagswahlen. Die Landeszentrale wird dann darüber zu befinden haben. Wir brauchen also keine besondere Parole dafür auszugeben. Unsere Parole bleibt vielmehr die: Gegen alle bürgerlichen Parteien! Und ich hoffe, wir siegen auch gegen alle bürgerlichen Parteien. (Lebh. Beifall.)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgen die

Wahlen.

Zum Sitz des Landesvorstandes wird wiederum Dresden bestimmt.

In den Landesvorstand werden durch Zuruf gewählt: Sindermann, Schulze und Braune.

Die Verhandlungen der Landeskonferenz sind erledigt.

Vorsitzender Fleißner: Sie haben soeben die sehr wirkungsvollen Ausführungen von Geyer gehört. Sie haben gehört, welche außerordentlichen Aufgaben uns besonders in der nächsten Zeit bei der Agitation für die Reichstagswahlen bevorstehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sächsischen Parteigenossen sich auch diesmal so schlagen werden, wie wir es von ihnen gewöhnt sind. (Sehr gut!) Wir haben in der verflossenen Periode in jeder Beziehung erfreuliche Fortschritte gemacht; die Sozialdemokratie Sachsens hat es verstanden, ihr Rüstzeug so auszubauen und auszugestalten, daß wir den kommenden Wahlen mit der größten Zuversicht entgegensehen können. Wir befinden uns in einer außerordentlich günstigen Position, nicht nur in bezug auf unsere Stellung gegenüber den Gegnern, sondern auch in bezug auf die Grundlage aller Agitation, in bezug auf unsere Organisation. (Sehr richtig!) Das neue Organisationsstatut wird uns weitere Waffen liefern, es wird zu einer Festigung unserer ganzen organisatorischen Verhältnisse in Sachsen führen, und es ist ganz selbstverständlich, daß auch die Genossen, die bis zur Beschlußfassung gegen den einen oder anderen Punkt Widerspruch erhoben hatten, nunmehr ihren Widerspruch aufgeben und sich in den Rahmen des Statuts fügen werden. (Sehr gut!) Ist das aber so, dann kann kein Zweifel bestehen, daß auch das neue Parteigesetz uns wertvolle Dienste leisten wird. Genosse Lange hat Ihnen ein Referat über die Steuerreform gehalten und dargetan, wie auch auf diesem Gebiete ganz speziell die sächsischen Genossen alle Veranlassung haben, die Regierung an ihre Pflichten der Arbeiterklasse gegenüber zu erinnern. Die Landtagsfraktion wird auf diesem und auf anderen Gebieten in der kommenden Tagung eine außerordentlich große Arbeit zu leisten haben. Daß sie von dem besten Willen dazu beseelt ist, das bedarf keiner besonderen Feststellung, das hoffen wir alle miteinander. (Bravo!)

Ohne zu übertreiben und ohne uns in Sicherheit zu wiegen, darf ich sagen, daß unsere ganzen organisatorischen Verhältnisse in Sachsen, unsere ganze Parteikonstellation im Augenblick so ist, daß wir mit gutem Rüstzeug den nächsten Vorgängen im öffentlichen Leben entgegensehen können. Wir werden vor allem bei den Reichstagswahlen, wie Geyer mit Recht hervorgehoben hat, außerordentlich scharfe Kritik üben müssen, denn darin beruht ja zurzeit in der Hauptsache unsere Stärke, daß wir dem Volke zeigen, was ist und wie es sein soll, wenn die Sozialdemokratie ihren Willen durchsetzen kann. So glaube ich die Landesversammlung schließen zu können mit dem Ausdruck der frohen Zuversicht, daß wir, wenn wir das nächstemal wieder zusammenkommen, einen wesentlichen Fortschritt unserer Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens konstatieren können. Gehen wir mit der vollen Wucht ins Zeug, aber auch mit der nötigen Ruhe und Besonnenheit, wie sie uns als Parteigenossen ziemt und wie wir sie besonders jetzt in Sachsen beobachtet haben, dann wird das eintreten, was wir alle wünschen: eine neue Stärkung unserer Partei im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, und damit auch die Vorbedingung neuer Erfolge. (Lebh. Beifall.) In diesem Sinne schließe ich die Landesversammlung und bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Die Landesversammlung ist geschlossen.

Schluß 12¼ Uhr.

12. Verbandstag des Zentralverbandes der Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter.

k. r. Dresden, 22. August 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Heute wird die bereits gestern begonnene Diskussion über die Vorstandsberichte fortgesetzt. Schöffler-Stuttgart regt an, bei Gesuchen um Lohnbewegungen solle der Vorstand schneller antworten. Redner kritisiert, daß der Vorstand einige Beschlüsse der letzten Generalversammlung nicht ausführte, stimmte aber im allgemeinen der Tätigkeit des Vorstandes zu. Zörgiebel-Koblenz war im Gegensatz zu Winkelmann der Meinung, daß das gesammelte statistische Material umgehend verarbeitet und gedruckt werden soll. Zeige es auch noch Mängel, so könne es doch der Ausgangspunkt sein, von dem aus derartige absolut notwendige statistische Arbeiten weiter ausgebaut und verbessert werden. Lefebre-Hamburg schließt sich bezüglich der Statistik dem Vorredner an. Er bespricht dann, wie die in Weinküfereien und -kellereien Beschäftigten besser durch Flugblätter und Kleinagitation bearbeitet werden müssen. Diese Leute leiden vielfach noch an einem völlig falschen, unangebrachten Berufsstolz, trotzdem sie nur 25 bis 26 M. Lohn pro Woche erhalten bei teils 11stündiger Arbeitszeit. Zittlau-Schulitz hebt hervor, daß im Osten des Reichs nicht mehr genug an Agitation geleistet wurde. Der Zentralvorstand hätte besser getan, den Gaubeamten nicht, wie geschehen, aus dem Osten zurückzuziehen. (Der Gauleiter wurde von Frankfurt a. O. nach dem Rheinland versetzt.) Im übrigen ist Redner sehr befriedigt darüber, daß der Vorstand der Haltung der Kollegen im Osten während des 28wöchigen Streiks die verdiente volle Anerkennung zollt. In Anbetracht, daß dieser Streik in Kulm und Schulitz (Westpreußen) der gesamten Gewerkschaftsbewegung im Osten erst eigentlich die Wege gebahnt hat, sei es angebracht, daß die Generalkommission einen Teil der hohen Streikkosten (35 000 M.) mit übernähme. Kupfer-Nürnberg geht auf den von Hamburg gestellten Antrag aus Anlaß der Pannekoek-Diskussion ein und meint, man solle die ganze Affäre gar nicht weiter anschneiden auf dem Verbandstage. Seeling-Geestemünde sagt in Uebereinstimmung mit dem Redakteur, daß in der Fachzeitung das lange Hinschleppen von Sperreankündigungen über einzelne Betriebe wegfallen müsse. Mühl-München stimmt dem Vorstand zu, daß sich die Gauleiter vollkommen bewährt haben. Wenn sie auch während der ungünstigen Wirtschafts-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/11
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

konnte nicht die erhoffte Mitgliedersteigerung herbeiführen konnten, so werden sie sich in Bezug auf Lohnbewegungen doch immer bezahlt machen. Die Filialen müssen die Quartalsabrechnungen pünktlicher sofort nach Schluß des Quartals anfertigen, dann aber müssen die Abrechnungen auch schnellstens von der Hauptverwaltung veröffentlicht werden. Manngold-Mannheim stimmt einem Antrag München zu, daß mindestens aller sechs Monate im Fachorgan Artikel erscheinen, die auf die Erfolge und Leistungsfähigkeit des Verbandes hinweisen.

Helfenberger-Nürnberg will u. a., daß man nicht zu sparsam mit der Zustellung von Fachorganen an die Zahlstellen sei, damit, wo es nötig ist, auch den Unorganisierten ein solches in die Hand gedrückt werden könne. Bastning-Wiesbaden will, daß die persönlichen Polemiken, die nach seiner Ausführung in der letzten Zeit im Fachorgan die Ueberhand hatten, wegfallen, desgleichen die spaltenlangen Versammlungsartikel. Umland-Hamburg führt aus, daß die Mitgliederzunahme durchaus nicht den gehegten Erwartungen entspreche, und in Versammlungen und Presse komme die Mißstimmung darüber auch zum Ausdruck. Heute sage man, die Gauleiter seien vornehmlich dazu da, die Lohnbewegungen usw. zu leiten, in Kassel aber habe es anders geläutet. Redner stimmte aber dem Vorstand darin zu, daß dieser Mißerfolg in den Verhältnissen selbst begründet liege. (Schlechte Weinernte, Brausteuer, Reichsfinanzreform, Krise.) Wenn man diese ganzen widrigen Verhältnisse in Betracht zieht, dann muß man sagen, daß man, wenn auch nicht mit der Mitgliederzunahme, dann aber doch mit dem Erfolg auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus zufrieden sein kann. (Sehr richtig!) Das müsse besonders auch bei der Berichterstattung in den Filialen hervorgehoben werden. Man dürfe dort mit vollem Recht ausführen, daß sich die Anstellung der Gauleiter bewährt habe. Es darf darauf hingewiesen werden, daß ohne diese Anstellungen vielleicht sogar ein Mitgliederverlust eingetreten wäre. Ferner müsse notwendigerweise die Statistik weiter gepflegt und ausgebaut werden, und ebenfalls müsse das Material über die Erfolge und Errungenschaften des Verbandes in regelmäßigen Perioden veröffentlicht werden, wenn nötig mit Hilfe der Einstellung einer Hilfskraft in den Hauptvorstand.

In dem hier skizzierten Sinne zog sich die sehr ausgedehnte Diskussion im allgemeinen hin. Im großen und ganzen erkannten alle Redner an, daß Vorstand und Funktionäre alles geleistet hätten, was den Verhältnissen entsprechend zu leisten war. Die verhältnismäßig stärkste Unzufriedenheit mit der numerischen Entwicklung brachte Schreyer-Hamburg zum Ausdruck. Zwar wollte auch er den Funktionären nicht die Schuld beimessen, aber er deduzierte, daß aus den Tatsachen eben hervorgehe, daß die Gauleiter überhaupt nicht den erhofften Nutzen für die Verbandsbewegung haben können; das gleiche sei mit dem so sehr gesteigerten Unterstützungswesen der Fall. — Eine ziemliche Anzahl der Redner machte die ihrer Ansicht nach gelegentlich zu persönliche Schreibweise des Fachorgans zum Gegenstand ihrer Kritik. Hier war es besonders Umland-Hamburg, der, indem er zugleich für das Recht einer längeren Redezeit für sich plädierte, in eingehenden Ausführungen auf einen in zwei Nummern des Fachorgans erschienenen Artikel einzugehen suchte. Der Verbandstag zeigte jedoch wenig Lust, den Fall heute noch besonders breitzutreten. (Es handelt sich um den bekannten Artikel des Correspondenzblattes, in welchem in der Erwiderung auf den Pannekoekschen Standpunkt P.s persönliche materielle Verhältnisse herangezogen wurden.) Nachdem ca. 40 Redner gesprochen, ging die Diskussion durch Erschöpfung der Rednerliste zu Ende. Im Schlußwort ging Winkelmann in sehr scharfer Weise gegen Pannekoek und die von ihm vertretenen Grundsätze vor. Auf Verlangen aus der Versammlung heraus verzichtete W. aber auf die ausführlichere Darlegung seiner gesamten Argumente und gegenteiligen Anschauungen und hob dann eindringlich seinen Standpunkt gegenüber den verschiedenen erhobenen Monita hervor. Zum Schluß betonte er noch einmal, der Vorstand habe sich in der Pannekoek-Angelegenheit in berechtigter Abwehr befunden. Wenn derartige versteckte Angriffe in Zukunft wiederum von P. ausgingen, werde der Vorstand es sich nicht nehmen lassen, sie, wenn nötig, in der derbsten Weise zurückzuweisen. Nach Schlußworten des Kassierers, des Redakteurs und des Ausschußvorsitzenden und verschiedener persönlicher Bemerkungen wurde dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt. Dann wurde eine Reihe Anträge angenommen, die den Ausbau der Presse betreffen.

In der Nachmittagssitzung hielt der Delegierte Parteisekretär Seel-Mainz einen mit großem Fleiß ausgearbeiteten Vortrag über das Thema:

Unsere Stellung zum Brauerei- und Mühlenarbeiterverband.

Zu dieser Frage haben die Filialen Hanau, Dresden, Kassel, Heidelberg, Ludwigshafen, Bochum die Vornahme einer Urabstimmung beantragt. Fällt dieselbe bejahend aus, dann soll der Vorstand mit dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter und mit dem Holzarbeiterverband Verschmelzungsverhandlungen anbahnen. Hamburg und Altona beantragen die Einsetzung einer Kommission zur Anbahnung von Anschlußverhandlungen; Danzig, Flensburg, Lauban, Pirmasens, Potsdam, Stettin, Würzburg, Heidingsfeld haben den Antrag gestellt, alle Anträge auf Verschmelzung abzulehnen. Der Referent befürwortet eine Resolution, welche ausspricht, daß der Verbandstag die Zeit zu einer Verschmelzung noch nicht für gekommen erachtet. — Der Kollege Umland-Hamburg wurde als Korreferent betrachtet und ihm freie Redezeit gewährt. Am Mittwoch wird die Diskussion fortgesetzt.

Der ausgeschlossene Kollege Grüger-Leipzig wurde mit 30 gegen 13 Stimmen wieder in den Verband aufgenommen.

Zweite Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals.

Berlin, 21. August 1911.

1. Tag.

k. Im großen, durch freundliches Grün reich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses versammelten sich heute morgen 9 Uhr 59 Vertreter der im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten 2400 Krankenpflege-, Massage- und Badeangestellten öffentlicher und privater Institute. Die Konferenz ist aus allen Teilen Deutschlands beschickt. Die Groß-Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen sowie auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sind vertreten.

Der Vorsitzende des Gemeindearbeiterverbandes, Alwin Mohs, eröffnet die Konferenz mit dem Hinweis darauf, daß fünf Jahre vergangen sind, seitdem das Krankenpflege-, Massage- und Badepersonal zum erstenmal, und zwar in Mainz, zusammenkam, um sich über die Lage im Beruf auszusprechen. Der Redner führt aus, daß die ersten, der Wirklichkeit entsprechenden Schilderungen über die Lage des Krankenhaus-, Massage- und Badepersonals von der Tribüne des Reichstages aus durch den Reichstagsabgeordneten Antrick (Soz.) der erschrocken aufhorchenden Oeffentlichkeit unterbreitet wurden. Das durch den Gemeindearbeiterverband gesammelte objektive Material brachte Dinge zutage, die man vielfach für unmöglich gehalten hatte. Damals waren die Arbeits- und Lohnverhältnisse des in Frage kommenden Personals zumeist geradezu unglaublich, was seine eigentliche Ursache darin hatte, daß im besonderen die Krankenpfleger immer nur unter dem Gesichtspunkt der freien Hilfstätigkeit betrachtet worden seien, während sie tatsächlich doch längst wirkliche Berufstätige sind. Nirgends existiert eine so große Dezentralisation der Berufsinteressen wie hier; allein Berlin kennt Dutzende von Standesvereinen und Organisationen. Besonders eifrig machen sich immer wieder die systematischen Versuche bemerkbar, die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen unter christliche Obhut zu bringen. Allen diesen Bestrebungen entgegengesetzt ist die Tätigkeit des Gemeindearbeiterverbandes, dessen erste Aufgabe immer sein wird, über alle Standesfragen und Religionsmomente das Arbeiterinteresse zu stellen.

Es wird beschlossen, die Leitung des Kongresses dem Verbandsvorstand zu überlassen und während der Tagungen von 9—4 Uhr zu beraten.

Nach den Begrüßungsworten der sozialdemokratischen Stadtverordneten resp. Gemeindeverordneten erhält das Wort zum ersten wissenschaftlichen Vortrag Herr Dr. med. Rabe, der das Thema Krankenpflege behandelt. Von den Zeiten ausgehend, da die Krankenpflege sich im Samaritertum der Religionsgemeinschaften erschöpfte, zeigte er kurz, wie wesentlich seitdem die Hilfstätigkeit sich umgebildet hat. Dann besprach er das moderne Krankenpflegewesen. Staatliche und kommunale öffentliche Interessennahme und systematische, kontrollierte Ausbildung des Krankenpflegepersonals sind seine Kennzeichnung. Nachdem er noch die Technik der Krankenpflege behandelt hatte, nahm Herr Oberarzt Dr. Juliusburger das Wort zu seinem Vortrage. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick folgte an der Hand eines Demonstrationshirnes die genauere Nachweisung des Sitzes der verschiedenen Gehirnkrankheiten. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen, die bei der Behandlung von Geisteskranken durch Arzt und Pfleger nicht nur körperliche Beschäftigung mit den Patienten, sondern auch rein intellektuelle Betätigung durch Vorträge und Diskussionen forderten.

Dann sprach Dr. Fürstenberg-Berlin über Badewesen und Radiumbehandlung. Die kinematographischen Demonstrationen fanden in einem verdunkelten Raum statt. Der letzte Teil der Bilder konnte leider nicht mehr vorgeführt werden, da plötzlich sämtliche Filme durch eine mächtige Flamme verzehrt wurden. Nach einer kurzen Pause gab der Referent eine ausführliche Schilderung der Radiumbehandlung.

Der nächste Tagesordnungspunkt, die rechtliche Stellung des Personals, wurde durch Verbandssekretär Riedel behandelt. Er führte aus: Das gegenwärtige Rechtsverhältnis des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals entbehrt jeglicher Einheitlichkeit, es muß deshalb von der Gesetzgebung gefordert werden, daß das Gesamtpersonal der Reichsgewerbeordnung unterstellt wird. Dasselbe trifft für die Unfallversicherung zu. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Danach sprach Verbandsredakteur Dittmer über Prüfungsvorschriften. Immer dringender wird ein gut vorgebildetes Personal im Kranken-, Heil- und Badewesen notwendig; Vorbedingung dazu sind bessere Bezahlung und Hebung der wirtschaftlichen Lage. Die bestehenden gesetzlichen Prüfungsvorschriften sind nur fakultativ, es muß deshalb gefordert werden, daß obligatorische Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften erlassen werden. Vor sogenannten „Fachschulen" privater Natur, die zumeist nur zur Bereicherung ihrer Besitzer dienen, ist dringend zu warnen. Dasselbe trifft für die geistlichen Pflegerinnen-Anstalten zu.

Eine Diskussion fand bei keinem der Tagesordnungspunkte statt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Zuspitzung der Gegensätze zwischen technischen Angestellten und Großindustriellen.

Vom Bund der technischen Industriellen wird uns geschrieben:

In jüngster Zeit mehren sich die Fälle, in denen über Konflikte zwischen Arbeitgebern und Angestellten berichtet werden muß. Dabei scheint es leider so, als ob manche Arbeitgeber immer noch nicht zu der Einsicht gekommen seien, daß die in unserem Wirtschaftssystem begründeten Differenzen leichter aus der Welt geschafft werden, wenn statt schroffer Ablehnung der von den Arbeitern oder Angestellten erhobenen Forderungen eine Verständigung durch Verhandlungen angestrebt wird. Ein besonders unerfreuliches Beispiel dieser Art hat vor kurzem die Maschinenfabrik von Teichert u. Sohn in Meggnitz gegeben. Die technischen Angestellten dieser Firma hatten eine Eingabe verfaßt, in der sie um Verkürzung der bisherigen 9¾stündigen Arbeitszeit auf acht Stunden, Regelung der Urlaubsverhältnisse und Gehaltszahlung am Monatsschluß baten. Die Antwort war, daß ihnen sämtlich die Kündigung zugestellt wurde. Derartige Vorkommnisse tragen zweifellos nicht dazu bei, dem Ausgleich der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu dienen. Das gleiche gilt auch für das Vorgehen der Motorwerke Dessau m. b. H. Die dortige Geschäftsleitung wollte durch eine einseitige Verfügung die bisherige achtstündige Arbeitszeit auf 8½ Stunden verlängern und sich außerdem noch die Möglichkeit sichern, Ueberstunden in beliebiger Zahl von ihren Angestellten zu fordern. Als die technischen Angestellten der Firma sich damit nicht ohne weiteres einverstanden erklärten, wurden sie ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen. In beiden Fällen haben sich die Angestellten an ihre Organisation, den Bund der technisch-industriellen Beamten, gewandt, der nun seinerseits in eine Abwehraktion eingetreten ist.

Lokales.

Tarifbewegung im Dresdner Steinsetzergewerbe.

Vor zwei Jahren ist, wie noch erinnerlich sein dürfte, nach einem harten Kampfe von 21 Wochen Dauer im hiesigen Steinsetzergewerbe ein Tarifvertrag zustande gekommen. Der Kampf entspann sich aus dem Grunde, daß die Unternehmer die Zeitlohnarbeit an Stelle der bisherigen Akkordarbeit einführen und dabei zugleich ein etwas zu gutes Geschäft machen wollten. Es gelang den Steinsetzern und Rammern, nach einer harten Gegenwehr die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer abzuwehren.

Der Kampf war damals inszeniert worden von dem frischgebackenen Arbeitgeberverbande für das Steinsetzergewerbe. Von Arbeiterseite wurde damals behauptet, daß der Kampf nicht zum wenigsten um deswillen vom Zaune gebrochen wurde, weil ein gewisses „Feldherrntalent" auf Unternehmerseite seine Tüchtigkeit und Unentbehrlichkeit nachweisen wollte.

Kaum ein Jahr später wurden die Arbeiter durch die Mitteilung überrascht, daß der reisige Arbeitgeberverband sich aufgelöst habe und damit auch der Tarifvertrag aufgehoben sei. Bei dieser Mitteilung ließ man zugleich durchblicken, daß man auf Unternehmerseite das frühere Akkordsystem am liebsten wieder hergestellt sähe, allerdings mit einigen nicht näher bezeichneten Einschränkungen.

Für die Arbeiterschaft handelte es sich dabei nicht um eine Prinzipienfrage. Dieselbe unternahm dann auch mehrere Versuche, zu einem neuen Tarifvertrage zu gelangen. U. a. rief dieselbe sofort das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Dasselbe hat auch diesbezügliche Versuche bei den Unternehmern unternommen — es hat aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Darauf wandten sich im Frühjahr die Arbeiter direkt an die Innung. In der vor zirka vier Wochen stattgefundenen Versammlung derselben lehnte jedoch der Vorsitzende eine Verhandlung der Frage ab, „weil die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung stehe". Was ihn daran gehindert hat, die gewiß nicht gleichgültige Frage auf die Tagesordnung zu setzen, konnte nicht ermittelt werden. Außerdem wurde gesagt, daß für die gesamte Innung ein Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden könne, weil der Bereich derselben sich erheblich über das Gebiet hinaus ausdehne, für das der in Betracht kommende Vertrag Geltung haben könnte. Dabei haben aber die Arbeiter etwas Derartiges gar nicht verlangt. Es wurde dann in ziemlich unklarer Weise den Arbeitern der Rat gegeben, sie sollten sich an den in Betracht kommenden Kreis der Unternehmer wenden. Als ob es nicht richtiger gewesen wäre, der Innungsvorstand hätte dazu die Initiative ergriffen. Jedenfalls haben nun die Steinsetzer und Rammer den ihnen erteilten Rat in der Weise befolgt, daß sie sich an die Arbeitgeber einzeln wandten. Vier derselben haben auch unterschrieben. Bei den anderen scheiterte die Verständigung, weil sie inzwischen telephonisch und brieflich von ihrem Vorsitzenden die Weisung erhalten hatten, unter keinen Umständen den Tarif zu unterschreiben!

Nun hat eine stark besuchte kombinierte Versammlung der Steinsetzer und Rammer getagt, in der äußerst scharf und deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, daß man es satt habe, sich noch länger an der Nase herumführen oder die Tarifverhandlungen vielleicht bis zu einem Zeitpunkte verschleppen zu lassen, der den Arbeitern jegliche Chancen benimmt. Um aber zugleich zu bekunden, daß die Arbeiter unter allen Umständen eine friedlich Regelung vorziehen, wurde beschlossen, nochmals an die Innung mit dem Antrage heranzutreten, in Verhandlungen einzutreten über den Wiederabschluß eines Tarifvertrags für dasjenige Gebiet, für das der im vorigen Jahre aufgehobene Tarifvertrag in Geltung gewesen ist. Sollte auch dieser Antrag nicht zu dem gewünschten Resultat führen, dann soll an die sämtlichen in Betracht kommenden Behörden mit einer ausführlichen Darlegung der Tariffrage und mit gleichzeitigen Gesuch herangetreten werden, öffentliche Straßenarbeiten nur an solche Unternehmer zu vergeben, die nachweisen können, daß sie sich mit der in Betracht kommenden Arbeiterschaft vertraglich verständigt haben. Da in dieser Eingabe besonders hervorgehoben werden wird, wie von gewisser Seite der Abschluß eines neuen Tarifs systematisch seit Jahr und Tag verzettelt und hintertrieben wird, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß die in Betracht kommenden Behörden dem Wunsche der Arbeiterschaft Rechnung tragen werden. Liefert diese damit doch den schlüssigen Beweis, daß die Schuld nicht auf ihrer Seite liegt, wenn es erneut zu einem Kampfe im Steinsetzergewerbe kommen sollte.

Achtung, Strohhutnäherinnen!

Die im vergangenen Jahre durch den geschlossenen Zusammenhalt und den Widerstand der organisierten Näherinnen zwar gewiesenen bedeutenden Lohnabzüge, besonders bei den Hausarbeiterinnen, geben beim gegenwärtigen Saisonbeginn einzelnen Fabrikanten Veranlassung, verschiedene Kolleginnen, die im Vorjahr der jeweilig beteiligten Arbeiterschaft die Interessen derselben gegenüber zu vertreten hatten, von der Wiederbeschäftigung auszuschalten.

Wenn dieses Gebaren nicht nur als äußerst töricht zu bezeichnen ist, denn trotz des Personenwechsels bleibt das System dasselbe, es liegt vor allem aber Berechnung insofern darin, daß man glaubt, dadurch einschüchternd zu wirken und seine Absichten, erneut Lohnabzüge an den bisher bestandenen Akkordsätzen, leichter durchsetzen zu können.

Wir fordern daher alle Strohhutnäherinnen auf, unbedingt an den bestehenden Akkordsätzen festzuhalten und Abweichungen dem Bureau sofort zur Kenntnis zu bringen.

Besonders ist es unbedingte Pflicht der Hausarbeiterinnen, dieselben Löhne, die im Betriebe gezahlt werden, auch für sich beanspruchen, wollen sie nicht zum Lohndrücker ihrer eigenen Berufskolleginnen werden.

Wenn durch die Organisation in der vergangenen Strohhutsaison Lohnabzüge von 3 bis 7 M. pro Woche abgewehrt werden mußten und auch konnten, so dürfte wohl auch bei der letzten Hausarbeiterin, ganz besonders bei den Hausarbeiterinnen, die Notwendigkeit, sich zu organisieren, zur Ueberzeugung geworden sein.

Der Zentralverband der Hutarbeiter und -arbeiterinnen, Mitgliedschaft Dresden und Umgegend. J. V.: Georg Herrmann.

Inland.

Straßenbahner-Streik.

Saarbrücken, 22. August. Die hiesigen Straßenbahner haben in einer gestern stattgehabten äußerst zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, in den Ausstand zu treten, weil die Straßenbahnverwaltung ihren Wünschen auf Regulierung der Lohn- und Dienstverhältnisse nicht nachkommen will. Es wurde beschlossen, den Dienst heute nicht aufzunehmen. Der Verkehr ruht heute auf allen Straßenbahnlinien vollständig.

Genossenschaftswesen.

Die Bedeutung unseres Genossenschaftswesens.

Gegenwärtig durchläuft die „gutgesinnte" Presse ein Artikel aus der Statistischen Korrespondenz, der in durchaus anerkennenswerter Weise die volkswirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Unternehmungsform würdigt. In der Tat verfügt kein Land der Welt über eine ähnliche mannigfaltige und erfolgreiche Genossenschaftsbewegung wie Deutschland, wo alle Genossenschaftsarten über günstige Ergebnisse berichten können, während in den andern Kulturländern meist nur die eine oder andere Genossenschaftsart durch den volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß begünstigt wird. Bei uns in Deutschland gab es im Jahre 1908 20 755 eingetragene Genossenschaften mit 3 139 519 Mitgliedern, im Jahre 1909 28 141 Genossenschaften mit 4 579 740 Mitgliedern. Der Genossenschaftsgedanke breitet sich immer mehr aus; auf 100 000 Personen der Zivilbevölkerung entfielen 1908 rund 5400 Genossenschaftsmitglieder, 1909 etwa 7600, in Preußen für sich 4800 bezw. 6800, in Bayern 5500 bezw. 8000, in Sachsen 5500 bezw. 7100, in Württemberg 9700 bezw. 13 400, in Baden 8800 bezw. 11 700, in Hessen 9000 bezw. 11 700, in den übrigen Bundesstaaten zusammen 5400 bezw. 7900.

Die Genossenschaftsmitglieder sind der Mehrzahl nach Haushaltungsvorstände; rechnet man auf jeden solchen 3 bis vier Angehörige und abhängige Haushaltungsmitglieder, so ergibt sich eine auf viele Millionen zu veranschlagende Bevölkerung, die an den Vorteilen der Genossenschaften teilhat. Genau läßt sich das nicht auf eine Ziffer bringen, weil ein nicht bekannte, aber nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern gleichzeitig an mehreren Genossenschaften beteiligt ist.

Der erwähnte Artikel der Statistischen Korrespondenz, der diese Feststellungen trifft, teilt dann Ziffern über die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossenschaften mit und knüpft daran folgende Nutzanwendung:

> Aus solchen Zahlen leuchtet die wirtschaftliche Macht der Genossenschaften hervor, wenn die Zahlen selbst auch nicht ein vollständiges Bild von ihrer Tätigkeit geben, da über viele Genossenschaften die wirtschaftsstatistischen Nachrichten fehlen. Im nationalen Wirtschaftsleben bilden die Genossenschaften eine sehr leistungsfähige und bedeutsame Unternehmungsform, die ebendrein den Vorzug hat, daß sie im Sinne der Förderung der Volksethik arbeitet; denn nicht bloß werden ihre Mitglieder zum gemeinsamen Arbeiten auf ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel hin erzogen, auch die Leitung und Verwaltung der Unternehmungen geschieht zu einem großen Teil ehrenamtlich und im Geiste der Selbstverwaltung und wirkt in diesem Sinn auf weite Kreise erziehlich.

So weit, so gut! Wie soll man aber mit diesem Lobgesang auf die genossenschaftliche Tätigkeit die Angriffe vereinbaren, die das Konsumvereinswesen gegenwärtig überall erfährt? Man kann in der jetzigen Zeit der Kongresse kaum eine Zeitungsnummer in die Hand nehmen, ohne auf einen Bericht über eine Handwerker- oder Kleinhändlertagung zu stoßen, auf der die Konsumvereine in Grund und Boden hinein verurteilt wurden. Bekanntlich fehlt es nicht an amtlichen Stellen, die der Entwicklung der Konsumvereine Schwierigkeiten bereiten, wie z. B. das preußische Eisenbahnministerium das Eisenbahnbeamten und -arbeitern die Mitgliedschaft bei Konsumvereinen verbietet. Und die Parlamente in zahlreichen Einzelstaaten haben Ausnahmesteuern für Konsumvereine beschlossen, die gewiß auch nicht gerade förderlich für deren Gedeihen sind.

Alle diese Tatsachen lassen sich nicht mit der berechtigten Lobpreisung vereinbaren, die in der Statistischen Korrespondenz das Genossenschaftswesen erfährt. Auch die Konsumvereine leisten sozial wertvolle Arbeit. Es ist zum mindesten inkonsequent, wenn man die Entwicklung dieser Genossenschaftsart zu verhindern bestrebt ist, aber die Inkonsequenz ist wohl erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Konsumvereine vor allem den arbeitenden Klassen näher

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...entfallenen Erscheinung entgegen, die sich wahrscheinlich in weniger als 50 Jahren bemerkbar haben muß. Daraus ergibt sich die Pflicht, daß nach Vorhandener des gesamten Weizenbedarfs der Erde die Steigerung mit den bisherigen Mitteln nicht nur nicht gefördert, sondern sogar vermindert werden müßte. Die einzige Möglichkeit, der Gefahr einer drohenden Hungersnot zu entrinnen, bietet, wie Crookes schon damals ausgeführt hat, das technische Laboratorium. Die wissenschaftlichen Arbeiten, die nun jetzt auf eine Abwendung des drohenden Unheils hinaus laufen, gehen eigentlich zurück auf die Entdeckung des großen Cavendish, der 1785 zuerst beobachtete, daß der in unbeschränkten Mengen in der Luft vorhandene Stickstoff in eine Verbindung mit Sauerstoff übergeführt werden kann. Später zeigte derselbe Forscher, daß Dämpfe von salpetriger Säure entstehen, wenn man die Luft von elektrischen Funken durchschlagen läßt. Trotzdem diese vor 125 Jahren vorgenommenen Laboratoriumsversuche bereits mit aller Deutlichkeit den Weg zur Gewinnung des Luftstickstoffs angezeigt haben, und obgleich dann nach weiteren hundert Jahren die Wirkung elektrischer Entladungen auf die Vereinigung von Stickstoff und Sauerstoff mit weit größerer Gründlichkeit studiert worden sind, hat es bis in die allerneueste Zeit gewährt, ehe die praktische Grundlage geschaffen wurde. Nach einer Reihe von mehr vorbereitenden Versuchen hat Professor Birkeland in Christiania zusammen mit dem Ingenieur Eyde ein Verfahren zur Ausscheidung des Luftstickstoffs und seiner Ueberführung in salpeterartige Verbindungen mit Hilfe eines besonderen elektrischen Ofens ausgearbeitet. Dieser Ofen wird unter einem elektrischen Wechselstrom mit einer zwischen 3000 und 4000 Volt liegenden Spannung betrieben. Der elektrische Bogen bildet sich dabei zwischen den Polen eines großen Elektromagneten und nimmt die Form einer Flammenscheibe an, die ein brausendes Geräusch verursacht. Bei den jetzt in Norwegen bereits tätigen Oefen hat diese elektrische Flammenscheibe einen Durchmesser von 1½ Meter. Die Luft wird in den Ofen eingeblasen und tritt beladen mit salpetersauren Dämpfen wieder aus, die dann gesammelt und in eigentlichen Salpeter übergeführt werden. Versuche haben gezeigt, daß dieser künstliche „norwegische Salpeter" in seinem Wert als Dünger dem Chilisalpeter in nichts nachsteht, aber es sollen noch mehrere der großartigen Wasserfälle Norwegens für diese Industrie dienstbar gemacht werden.

Kleine Mitteilungen

Aus Mailand wird berichtet: Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung liegen jetzt auch für Mailand vor und zeigen ein sehr bedeutendes Wachstum dieses Industriezentrums in Norditalien an. Insgesamt wurden 599 200 Personen am Zählungstage in Mailand festgestellt; die Zahl der Bürger, die ihren dauernden Wohnsitz in Mailand haben, beträgt 602 226, von denen jedoch 19 744 vorübergehend abwesend waren. Vergleicht man damit die Zählung von 1901, bei der 484 466 Personen festgestellt wurden, so ergibt sich eine Zunahme von über 100 000. In den letzten 50 Jahren hat sich die Bevölkerung Mailands mehr als verdoppelt, wobei sie im allgemeinen etwa 7000 Einwohner im Jahre gewonnen hat. Die Ergebnisse der Volkszählungen seit 1861 waren: 1861: 245 058; 1871: 261 985; 1881: 321 839; 1901 (1891 wurde keine Volkszählung veranstaltet): 484 466.

Zum Streit um Rembrandts Mühle bringt der von Dr. Georg Biermann-Berlin herausgegebene Cicerone in seiner neuesten Nummer eine aufschlußreiche Mitteilung. Es war behauptet worden, daß bei der Reinigung dieses berühmten, von dem amerikanischen Milliardär Widener für eine ungeheure Summe angekauften Werkes sich die Signatur „H S" gefunden habe, woraus man auf Herkules Seghers als Schöpfer des Bildes schloß. Diese Signatur existiert aber nur in der Phantasie eines Kunsthändlers und ist tatsächlich nicht vorhanden. Wenn aber auch von wissenschaftlicher Seite aus stilistischen Gründen behauptet wurde, die Mühle sei keine Arbeit Rembrandts, so wird darauf hingewiesen, daß aus zeitlichen Gründen die Autorschaft von Seghers fast ausgeschlossen sei. Die Monumentalität der Komposition entspricht einem Stil, der in Holland erst nach 1650 möglich ist, während der Tod von Seghers allgemein vor 1650 angesetzt ist. Auf eine gewisse Verwandtschaft von Rembrandts Mühle mit der Kunst des großen, so lange nicht genügend anerkannten Landschafters Herkules Seghers hatte übrigens schon der eigentliche Entdecker dieses Meisters, Wilhelm Bode, mehrfach hingewiesen.

Wie der Vossischen Zeitung aus Adelaide mitgeteilt wird, ist in der letzten Versammlung des südaustralischen Zweiges der Königlichen Geographischen Gesellschaft ein Schreiben des Mitglieds C. C. ... verlesen worden, wonach man Spuren des Forschers Leichhardt in der Nähe von Sturt Creek im Nordterritorium aufgefunden hat. Die Geographische Gesellschaft beschloß, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, und hofft, nach den bestimmten Angaben endlich sichere Beweise zu erhalten über das noch immer unaufgeklärte Verschwinden Leichhardts (der im Dezember 1847 zu einer zweiten Durchquerung Australiens von Port Jackson mit zwei deutschen und zwei englischen Begleitern aufbrach, ohne daß man später irgend etwas von dem Verbleib der Expedition erfuhr).

Ueber die Bestätigung der Entdeckung neuer Marskanäle berichtet Professor Lowell von der Flagstaff-Sternwarte in Arizona. Danach sollen gegenwärtig auf der Marsoberfläche die bei der letzten Opposition zwei Stunden von Lowell entdeckten neuen Marskanäle nahe der großen Syrte wieder deutlich sichtbar sein.

Gustav Mahlers hinterlassenes Werk: Das Lied von der Erde, eine Sinfonie für Tenor und Alt mit Orchester, wird seine Uraufführung in der kommenden Saison in München finden. Die Sinfonie, der ein aus dem Englischen übersetzter Text ausschließlicher Ge-... Gesängen ... zugrunde liegt: „Das Trinklied vom Jammer der Erde", „Der Einsame im Herbst", „Von der Jugend", „Von der Schönheit", „Der Trunkene im Frühling", „Abschied". Die Uraufführung seiner Zehnten Sinfonie wird, den letztwilligen Verfügungen Mahlers entsprechend, erst in späterer Zeit bekanntgemacht werden. Beide Werke erscheinen im Verlag der Universal-Edition Wien-Leipzig.

Heiteres

Verschandelt. Ein kleiner dicker Herr mit Gamaschen und Brille spricht einen Tiroler folgendermaßen an: „Du, wollen Sie' nauf auf den Berg? Wir um a Willen glei' i ka mit!", worauf dieser erwidert: „Mir auch schad um die Landschaft!"

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 24. August. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Der Abenteurer. Musikspiel in drei Aufzügen von Wilhelm Wolters. Musik von Th. Blumer. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Polnische Wirtschaft. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Die Scheidungsreise. Anfang 8 Uhr.

Im Residenz-Theater geht morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, die erfolgreiche Posse Polnische Wirtschaft zum 60. Male in Szene. Am Freitag abend wird die Posse Bummelstudenten gegeben. Sonnabend und Sonntag abend gelangt Polnische Wirtschaft zur Aufführung. Eingezeichnungen für die Winter-Abonnements können vormittags von 10 bis 2 Uhr an der Abonnementskasse erfolgen.

Zentral-Theater. Infolge Erkrankung des Herrn Herbert Kühlberg, der die Hauptrolle in Die Scheidungsreise zu spielen hat, muß die für Donnerstag angesetzte Premiere des Schwankes auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Auf dem Spielplan bleibt daher bis auf weiteres Der Weiberdieb, Komödie in 4 Akten von Fr. de Croisset und M. Leblanc, der allabendlich 8 Uhr wiederholt wird.

Dresdner Kunstgenossenschaft. In der Kunstausstellung im Künstlerhause hat jetzt eine Neuausstellung von Kunstwerken stattgefunden, so daß die sämtlichen Räume ein neues Bild bieten. Die bisher verkauften Kunstwerke sind entfernt und dadurch Platz für eine Reihe neuer Bilder und Plastiken geschaffen worden: es sind dies eine Kollektion von Joh. Walter-Kurau, ferner Bilder von Elisabeth Andrae, M. Witting, Gertrud Geißler, Anna Littelbach, Johanna Schille, Plastiken von Georg Wrba, Fried. Offermann, Architekturen von F. Thieme, Graphik von E. Schilde und kunstgewerbliche Arbeiten von F. Voretzsch. Neuerdings wurden verkauft eine silberne Kassette von Drache und eine Algraphie von M. Witting.

Touristenverein Die Naturfreunde. Am letzten Sonntage glückte es einigen Genossen, unter Führung von Paul Mörbitz, die Südwand des bekannten Felsens Schrammtorwächter bei Schandau erstmalig zu besteigen.

Arbeiterbibliotheken

Die Zentral-Arbeiterbibliothek Plauenscher Grund und Umgegend sei den Gewerkschafts- und Parteimitgliedern zur regen Benutzung empfohlen. Durch Anschaffung weiterer mit Sorgfalt gewählter Werke, ist die Bibliothek bedeutend ergänzt worden. 2000 Bände, die die verschiedensten Gebiete umfassen, stehen den Freunden guter, wissenswerter Lektüre zur Verfügung. Die Benutzung ist für die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder frei. Beim ersten Besuch ist als Ausweis das Mitgliedsbuch der Organisation mitzubringen. Geöffnet ist die Bibliothek in Döhlen (gegenüber der Roten Schenke): Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags, Dienstags und Donnerstags von 7½ bis 9 Uhr abends; in Coschütz, Dresdner Straße 61 (Laden): Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags, Mittwochs von 6½ bis 8 Uhr abends. Die Bibliotheks-Kommission.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Naußlitz ist von jetzt an jeden Sonnabend von 8½ bis 10 Uhr, ebenso in jeder Vereinsversammlung im Vereinslokal zur Linde, Kesselsdorfer Straße, geöffnet. Sie bietet eine gute Auswahl von Partei-, wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur; jedes Mitglied sollte es sich angelegen sein lassen, von der Bibliothek zu seiner Fortbildung so oft wie möglich Gebrauch zu machen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Sorgt für zahlreichen Besuch für die am 9. und 10. September in Form eines Kunstabends geplanten Veranstaltungen! (Für den Plauenschen Grund und die Gruppen Löbtau und Gorbitz Sonnabend, abends 8½ Uhr, im Gasthof Döhlener Hof zur Roten Schenke, für die übrigen Gruppen Sonntag, abends 8½ Uhr im Dresdner Volkshaus.)

Gruppe Neustadt. Donnerstag Spielabend. Es wird gebeten, eigene Spiele mitzubringen.

Gruppe Räcknitz. Donnerstag, abends 9 Uhr, Monatsversammlung.

Gruppe Radebeul. Donnerstag, abends 8½ Uhr, in Kayslers Restaurant Mitgliederversammlung.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 194 Dresden 23. August 1911

Arbeiterbildungsfragen

Glücklich der Arbeiter, dem es vergönnt war, eine Großstadtschule zu besuchen. Es fehlt an diesen gewiß noch recht vieles bis zur Vervollkommnung. Gegenüber den ländlichen Schulen jedoch, vor allem denen Ostelbiens, sind sie bei weitem voraus. Sie unterscheiden sich nicht nur rein äußerlich, wie ein modernes, zweckentsprechendes Bauwerk von einer Hütte, ja einem Schweinestall. Diese äußeren unwürdigen Zustände hat der Arbeitersohn nur sechs oder acht Jahre seines Lebens zu ertragen. Aber die Folgen des mangelhaften Lehrprogramms schleppt er als einen Fluch sein Leben lang mit herum. Hat er in der Schule kein richtiges Deutsch gelernt, so wird es ihm nur in den seltensten Fällen gelingen, in späteren Zeiten das Versäumte nachzuholen. Ganz abgesehen noch von allen anderen Fächern. Könnte ihm Religion nur in etwas nützen, so wäre er gewiß lebenslang fürs Leben. Leider ist dem nicht so. Wie mangelhaft, wie überaus lückenhaft sind nicht alle anderen Fächer behandelt worden. Selbst das Elementarste wurde versäumt, in den Naturwissenschaften sowohl als auch in der Geschichte, in Geographie, im Rechnen, Schreiben und Lesen. Und wie wurde das wenige dann gelehrt? Wurden nicht alle Ergebnisse der Wissenschaft zugestutzt, um sie für den Volksschüler mundgerecht zu machen? Ist es doch in der gegenwärtigen Gesellschaft Hauptaufgabe der Volksschule, aus dem werdenden Arbeiter einen nationalgesinnten, gottergebenen Staatsbürger zu machen. Werden nicht Geschichte und Naturwissenschaft geradezu gefälscht, um diese selbstsüchtigen Zwecke zu erreichen? Den Söhnen besitzender Eltern werden freilich in den Mittel- und Hochschulen die Fälschungen nicht in so grober Form vorgetragen. Es liegt hier nicht die unbedingte Notwendigkeit vor, zu so nichtswürdigen Mitteln zu greifen. Die Nachkommenschaft der gegenwärtig herrschenden Klasse ist von Geburt aus zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung vorbestimmt worden.

Was bringt nun der Arbeiter mit dem Wenigen von der Schule ins Leben Ueberdachten an? Leider tritt bei den weitaus meisten nach dem Austritt aus der Schule eine nur zu natürliche Reaktion ein. Froh, den engherzigen Schulbetrieb hinter sich zu haben, fällt der in das Leben tretende Arbeiter nur zu oft in ein anderes Extrem. Er identifiziert den beschränkten Formelkram, die schulmeisterliche, oft unpädagogische Art des Lernens mit dem Lernen überhaupt. Es tritt obengenannte Reaktion ein. Der Drang nach Wissen wurde durch die Lehrmethode verkümmert. Er sucht sich einen Ausweg in der leichtesten Art von Lektüre. Es kommt eine Periode, in der die Räuberromane, die Detektivgeschichten à la Sherlock Holmes seine geistige Hauptnahrung bilden. Mögen noch andere Ursachen dieser bedauerlichen Verirrung vorhanden sein, den Hauptbeweggrund bildet jedoch der schulmeisterliche Gedankendrill der modernen Volksschule. Hier liegt denn eine Hauptaufgabe der freien Jugendvereine. Sie müssen bestrebt sein, die nach verlassenem Schulbesuch eintretende Reaktion zu paralysieren. Sie müssen bei dem Lehrling, dem jungen Arbeiter den inneren Drang wecken, sich selbst, frei von allen schulmeisterlichen Methoden, die nur zu notwendigen Kenntnisse zu vermitteln. Der junge Mann muß nunmehr in höchsteigener Weise sich selbst seinen Bildungsweg suchen. Er wird es tun, sobald nur ein innerer, fester und dauernder Trieb dazu erweckt worden ist.

Wie notwendig braucht nicht gerade der Arbeiter eine feste Grundlage von Kenntnissen! Sein Schifflein wird viel mehr von den Stürmen des Lebens herumgeworfen, als das eines Reichen. Er muß diese Klippen und Untiefen umschiffen, will er nicht jämmerlich als Wrack sein Leben enden. Voraussicht und Willensenergie sind unerläßlich, um das Steuer mit sicherer Hand zu leiten. Beide entwickeln sich aber nur bei angestrengter Gedankenarbeit. „Denkt doch nur, ihr deutschen Arbeiter, denkt nach über eure Klassenlage", so lautete etwa der Weckruf, den der Feuerkopf Lassalle den deutschen Arbeitern zurief. Denn ein Arbeiter, der über seine jämmerlichen Verhältnisse nachzudenken begonnen hat, wird mit unerschütterlicher Logik immer und immer wieder vor die Frage gestellt: Wie kommt du das Ende? Hat er sich die Frage erstellt, so kann auch wiederum die Antwort nur die eine sein, indem er sich sagt: schließe dich jener gewaltigen Kulturbewegung an, die das Ziel hat, den Arbeiter zu befreien, zu erlösen, dem Sozialismus!

Was ist aber Sozialismus? Er ist kein abstraktes Gedankengebilde, verfolgt vielleicht mit dem oder jenem ethischen Ideal. Er ist das Ergebnis eingehender Forschungen über den Gang der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Er ist aufgebaut auf dem gesamten Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Ja, er ist, wie Kautsky einmal sagt, die Wissenschaft von der Gesellschaft selbst. Will sich also der Arbeiter dem Sozialismus nicht lediglich anschließen, sondern will er bewußt mithandeln, so heißt das mitdenken. Er muß zunächst die Gedankengänge der modernen Arbeiterbewegung kennen lernen. Er muß sich die wissenschaftlichen Grundlagen anzueignen versuchen, um damit das innere Getriebe der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung kennen zu lernen. Will er das aber tun, so heißt das schwere Arbeit leisten. Das große Gebiet der Gesellschaftswissenschaften heißt es da zu bearbeiten. Der Arbeiter wird sich zunächst die Frage vorlegen: Wie ist das alles so geworden? Er wird noch von der Schulzeit einige Brocken über die Lebensart der Naturvölker behalten haben. Dort besteht zum Teil noch Gemeineigentum. Ganz andere gesellschaftliche Zustände haben sich dort noch erhalten. Wie ist das so geworden? Die Antwort erteilt ihm die Soziologie! Wie entwickelte sich der moderne, bürgerliche Staat? Was haben die Revolutionen zu bedeuten? So folgen weitere Fragen, über die die Geschichte Auskunft gibt. Gleich taucht aber eine weitere Frage auf. Warum ist das so geworden? Warum veränderten sich die gesellschaftlichen Zustände immer in einer gleichen Richtung? Hierauf gibt Marx die ebenso kurze wie klare Antwort: Jede Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Völker zieht eine gesellschaftliche oder politische Umwälzung nach sich. Es gilt daher Wirtschaftsgeschichte, die Wirtschaftstheorien, kurz politische Oekonomie, Volkswirtschaft zu studieren. Auch das Recht möchte nicht ganz unbeachtet bleiben. Staatsrecht sowohl als auch gemeines Recht. Dazu kommt sodann Religion, die eine nicht geringe Bedeutung im Leben der Arbeiter spielt. Es gilt, sie nicht lediglich zu verurteilen, sondern zu verstehen und zu erklären. Der moderne Arbeiter befriedigt sich nicht mit einigen abgestandenen unwissenschaftlichen Thesen. Er findet ein bedeutend besseres und exakteres Erklärungsgebiet in der modernen vergleichenden Ethnologie. Dazu kommt noch die Philosophie. Kurz, es sind eine Menge Gebiete der Gesellschaftswissenschaft, die bearbeitet sein möchten, um zum Verständnis des Sozialismus zu gelangen und um die gesamte Weltanschauung des einzelnen zu festigen.

Natürlich kann man dem Arbeiter nicht erwarten und auch nicht verlangen, daß er alle diese Gebiete auch nur einigermaßen beherrscht. Er wird sich immer, seinen Neigungen entsprechend, Spezialgebiete wählen. Kann man doch selbst vom universellsten Kopf der Gegenwart nicht erwarten, daß er alle diese Gebiete eingehend beherrschen würde. Es soll eben nur gezeigt werden, wo überall die Begründungen sowohl als auch die Kampfesforderungen des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gesucht werden müssen. Zudem hat ja gerade der ehemalige Besucher der Volksschule so überaus viel zu tun, um nur die unendlich vielen Legenden und Geschichtsfälschungen, vor allem auch auf dem Gebiete der Religion, aus seinem Kopfe zu bannen.

Wie soll nun aber der Arbeiter bei seiner Bildungsarbeit zuwege gehen? Er sollte hier vor allem an den modernen Arbeitsmethoden in den Fabriken zu lernen versuchen. Wie dort die körperliche Arbeit geregelt und geordnet ist, so sollte er in seiner Bildungswerkstatt seine geistige Arbeit gestalten. Rationell und systematisch, so werden die gewinnbringenden Arbeitsmethoden moderner Unternehmungen gestaltet. So sollte denn auch der Arbeiter rationell und systematisch bei seiner Bildungsarbeit verfahren. Zunächst aber Ueberflüssiges beiseite lassen und nicht mit Nebensachen die wenige freie Zeit vergeuden. Was man dann aber einmal begonnen hat, muß man mit aller Energie betreiben und zu Ende führen. Es handelt sich weniger darum, viel zu lernen und zu wissen, als vielmehr darum, daß einmal angefangen wird so zu verarbeiten und zu durchdenken, damit man es dann auch behalten und verwerten kann. Kurz, rationell arbeiten, um Zeit zu gewinnen. So angewendet, schlagen die modernen Arbeitsmethoden wieder einmal zum Vorteile der Arbeiter um.

Vor allem heißt es systematisch arbeiten. Nicht etwa so, daß man an einem Abend fünf oder sechs Wissenschaftsgebiete streift. Man sollte sich für längere Zeit einmal nur ein ganz bestimmtes Gebiet auswählen und dieses dann um so ausgiebiger und intensiver bearbeiten. Ein ganzes Jahr etwa sollte man sich nur mit Wirtschaftsgeschichte beschäftigen. Dann wieder längere Zeit die ökonomische Theorie oder Geschichte, oder Entwicklung der Religion behandeln. Nie aber verschiedenes immer wieder durcheinander, so daß zuletzt ein wahres geistiges Wirrsal im Hirn entsteht. Immer Systematik im Studium beobachten. Dieser pädagogische Grundsatz erfordert eventuell ungeheure Mühen. Vor allem aber sollte jeder Arbeiter eine jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen, wo ihm in zusammenhängender, systematischer Weise Bildung vermittelt werden kann. Alle Unterrichts- und Vortragskurse, soweit sie für ihn in Betracht kommen können, sollte

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/13
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

[illegible] Hugo Bauer

14

W. A. G. M. U. S.

Roman von Margarete Böhme

„Eine außerordentliche Wagnus-Sitzung, Onkel Feldbergen. Vater hat eben antelephoniert bei Haalsen, du möchtest willkommen. Fahren wir gleich zusammen?"

„Jetzt auf der Stelle?"

„Ja, sofort. Um was Angenehmes wird es sich 'mal wieder nicht handeln. Bist wohl in deinem jungen Bräutigamsglück nicht in der Stimmung, dich jetzt an Wagnus-Disputen zu beteiligen. Kann's dir nicht verdenken . . ."

„Bewahre, gibt's ja nicht! Erst das Geschäft, dann das Privatvergnügen, Junge . . ."

„Uebrigens gratuliere ich dir nochmals extra zu deinem Entschluß und zu deiner Wahl. Die Meier ist eine famose Person."

„Sie ist viel mehr als eine famose Person, mein Junge, ein vornehmer, edler Mensch, eine Frau . . . die in ihrer ganzen Persönlichkeit eigentlich einen demonstrativen Beweis für die Dämlichkeit der zeitgenössischen Männlichkeit liefert. Wie ist es möglich, daß hunderttausend Gänse und Truthähne neben ihr weggeheiratet worden sind, und ist keinem beigefallen, sich dieses lieben, reizenden Menschenkindes zu versichern. Daß so etwas einunddreißig Jahre werden konnte . . ."

„Ja, ja, man tat eben oft daneben . . ." Friedrich seufzte. „Freu' dich doch über diese männliche Dämlichkeit."

„Tu' ich auch, mein Junge, nicht zu knapp. Ich bin einfach selig. Anfang April wird geheiratet. Ich komm' dir noch zuvor."

„Du hast auch lang' genug gewartet. Am meisten freu' ich mich Karens wegen. Ich hab' das Kind zu gern."

„Ja, das ist auch ein liebes, gutes Kind. Allons!"

Seit vierzehn Tagen war Feldbergen Mitglied des Aufsichtsrates der Wagnus. Breuer hatte anfangs Februar seinen Sitz im Aufsichtsrat aufgegeben.

Rosen zeichnete gleich nach seinem Austritt als Direktor der neuen „Handelsstätte Berolina". Josua Müllenmeisters Vermutungen und Befürchtungen schienen pünktlich einzutreffen.

Breuer hatte gleich danach nichts Eiligeres zu tun, als sich seiner Wagnus-Aktien zu entledigen. Seit einigen Tagen war ein lebhaftes Angebot der Wagnus-Papiere an der Börse. Der Kurs war infolgedessen rapid gefallen. Von hundertvierzig notierten die Aktien auf hundertachtundzwanzig, und heute waren sie, wohl infolge eines Schmähartikels in einem Flugblatt, das in der Friedrich- und Leipziger Straße von fliegenden Händlern ausgeschrien wurde, abermals um fünf Prozent heruntergeschnellt.

Aus diesem Grunde war die außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats zusammengerufen.

Ohne Zweifel handelte es sich bei diesen Angriffen nicht um die gewöhnliche verlogene Sensationsmache zeilenschindender Minderwertigkeiten, die lediglich auf die Nickelstücke des skandalfreudigen Publikums spekulieren; das war augenscheinlich eher ein raffiniert angelegter Unterminierungsversuch, der sich gegen das neue großartige Unternehmen und gegen Josua Müllenmeister richtete.

Die Schrift begann mit den landläufigen Lamentos und Anklagen gegen die Warenhäuser, durchlaufe dann noch mal speziell die letzten Vorkommnisse im Hause Müllenmeister und „beleuchtete" den „Fall Schiller" . . . Eine ganze Familie durch das Warenhaus Müllenmeister zugrunde gerichtet. Durch die Errichtung von eigenen Posamentierstuben im Warenhaus wurde die Ware derartig im Preise gedrückt, daß der Posamentier Schiller, der früher für Müllenmeister arbeitete, nicht mehr das trockene Brot verdiente und nunmehr vor dem Ruin steht. Sein einziger Sohn ist der Versuchung erlegen und hat sich aus Furcht vor Bestrafung und Schande erschossen. Die Tochter, die Verkäuferin bei Müllenmeister war, wird von dem jüngsten Sohne des Besitzers ausgehalten, ist eine Verlorene. „So bricht der unheilvolle Einfluß der Warenhäuser in eure Familien, frißt wie ein reißendes Tier eure Söhne und Töchter, vernichtet eure Existenz, zieht euch den Boden unter den Füßen fort, in dem ihr wurzelt . . . Wehrt euch! Macht Front! Wahret eure heiligsten Güter."

Das neue, riesenhafte Haus, die „sogenannte Wagnus", sei ein ebenso riesenhafter Schwindel. Das ungeheure Unternehmen trage den Keim des Ungesunden bereits in seinen [illegible] das wissen die Eingeweihten [illegible] sehr wohl und haben längst ihre [illegible] gezogen. Das Ganze sei von Grund aus eine ungeheure Schiebung. Müllenmeister selbst hat durch Grundstücksspekulation und Hypothekenverschiebungen bereits viele Millionen an dem Unternehmen verdient. Die wenigen Spekulanten, die die Aktien zum Paripreis oder eine Kleinigkeit darüber zeichneten, haben diese durch eine künstlich angefachte Hausse längst wieder abgestoßen, so daß sich fast sämtliche sechzig Millionen Aktien in den Händen von Privatleuten, meist Kleinkapitalisten, befinden. Wenn — was nur eine Frage der Zeit sei — der auf tönernen Füßen ruhende Koloß zusammenstürze, sind die kleinen Kapitalisten, die, indem sie Wagnus-Aktien zu hundertzwanzig, -dreißig Prozent und noch höher kauften und diesen Uebernotierungsbetrag den Unternehmern und Großspekulanten in die Taschen jagten, die Leidtragenden und Geneppten; Müllenmeister selbst ist durch seinen Verdienst an den Grundstücken gedeckt; die ersten Inhaber der Aktien lachen sich ins Fäustchen.

Michel, wehre dich!

Bis dahin war die Schrift in der für Schmähschriften typischen Tonart gehalten. Dann wurde die Sprache plötzlich vorsichtiger, stieg allmählich in das Niveau einer durchaus korrekten Ausdrucksweise; jeder aufmerksame Leser fühlte, daß hier eine andere Hand die Feder ergriffen und der Chemist sensationeller Kraftskandale beiseite getreten war.

Der neue Autor plauderte allerhand Geschäftsgeheimnisse der Wagnus aus, beschrieb die neu aufgenommenen Artikel und machte seine Randglossen dazu, spöttelte über die Allseitigkeit des Unternehmens. Denn von einer „Allseitigkeit" müsse man sprechen, nicht nur von einer Vielseitigkeit. Im das Souterrain der Wagnus komme eine Ausstellung von Automobilen und Pferde-Karosserien, ferner ein Sarglager, eine große Druckerei, in der eine Wochenschrift „Wagnus" gedruckt werde. Außerdem die Bureaus und eine großartige Stadtküche. Denn Wagnus macht, besorgt, übernimmt, „managet" alles; arrangiert Hochzeiten, Beerdigungen, Festlichkeiten aller Art, Diners, Soupers, Dejeuners, Bälle, Kindergesellschaften, Ausfahrten, Ausflüge und Gesellschaftsreisen. Die Hausfrau braucht sich in Zukunft nicht mehr den Kopf zu zerbrechen mit der Frage: Was setze ich meinen Gästen vor? Womit unterhalte ich meine Gäste? Reichen meine Silbersachen? Ist meine Wohnung repräsentabel? Wagnus nimmt ihr alle Sorgen ab. Man braucht nur den Preis zu bestimmen, und pünktlich, zur rechten Zeit, erscheinen die Wagnus-Heinzelmännchen auf dem Plan, dekorieren die Räume, ergänzen die vorhandene Einrichtung je nach Bedarf mit Teppichen, Paradestücken, decken den Tisch, das Essen wird, halbfertig von der Stadtküche geschickt, von dem Wagnus-Traiteur fertig gerichtet; Wagnus stellt geschultes Bedienungspersonal, sorgt für Musik und weitere Unterhaltung, und nach Schluß des Festes rücken — noch in derselben Nacht — wieder die Heinzelmännchen heran, packen alles zusammen, säubern die Gesellschaftsräume, bringen alles in die vorherige Ordnung, so daß die Hausfrau am nächsten Morgen nicht die geringste Spur der nächtlichen Feier vorfindet und „alles wie ein schöner, bunter Traum" war, ohne unbequeme Begleiterscheinungen . . .

Dann kam die Schrift auf den ungeheuren Luxus in der Ausstattung des Hauses zu sprechen, rechnete mit einer Gewandtheit, die auf richtige Routine im Warenhauswesen schließen ließ, dem Leser vor, daß das Fazit des Betriebes entweder ein klobiges Defizit sein müsse, oder daß die Billigkeit der Waren den Käufern ein ebenso schöner Traum sei, wie die „Wagnus-Gesellschaft" der entlasteten Hausfrau . . .

Die Kosten dieses ungeheuren Pompes und die enormen Verwaltungskosten — Josua Müllenmeister bezieht als erster Direktor achtzigtausend, sein Sohn als zweiter Direktor vierzigtausend Mark jährliches Gehalt — müssen doch den Preisen aufgeschlagen werden. Anscheinend wohlfeile Preise notieren auf Kosten der Qualitäten . . .

In dieser Weise erging sich die Schrift noch drei engbedruckte Seiten lang und schloß mit der düsteren Prophezeiung eines bevorstehenden Krachs, dessen Erschütterung die weitesten Kreise spüren würden.

Josua Müllenmeister hatte die Broschüre vorgelesen und legte sie vor sich auf den Tisch nieder.

„Das wäre nun weiter nichts Wesentliches, und darum hätte es sich kaum gelohnt, Sie mit der Bitte um eine Zusammenkunft zu behelligen, meine Herren," sagte er; „aber ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich voraussetze, daß diese an sich gefahrlose Expektoration nur die Ouvertüre zu weiteren [illegible] haben wir an dem heutigen Kursverlust gesehen. Kommt die Sache dicker, ist eine positive Waffe unvermeidlich, und eine solche würde naturgemäß das Publikum von vornherein gegen uns einnehmen und verbittern. Wir haben uns, meine Herren, auf einen Kampf vorzubereiten, einen Kampf mit einem, wie ich anerkenne, nicht zu unterschätzenden Gegner. Und da eine rechtzeitige Orientierung über die Art des Kampfes immer einen gewissen Vorteil für sich hat, begrüße ich es als eine angenehme Tatsache, daß uns diese Notiz hier — sämtliche Morgenblätter haben sie gebracht — von vornherein darauf hinweist, wessen wir uns zu gewärtigen haben, wie sie uns auch auf die Herkunft der Feindseligkeiten — wenn wir die nicht ohnehin vermuteten — hinweist . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Musik

Die nächsten Bayreuther Festspiele. Es wurde bereits gemeldet, daß die Bayreuther Festspiele im Sommer 1912 wiederholt werden. Es geschieht dies entgegen der Bayreuther Gepflogenheit, nur in jedem zweiten Jahre Vorstellungen zu veranstalten. Als Grund für diese Absicht der Familie Wagner bezeichnet das Neue Wiener Tagblatt den Umstand, daß in dem Jahre 1913, mit dessen Ende die nächsten Festspiele normalerweise hätten stattfinden sollen, die Werke Richard Wagners frei werden. Tritt die übliche zweijährige Pause nach den Spielen von 1912 ein, so kann Bayreuth im Sommer 1914 wieder auf dem Plan sein. Am 1. Januar 1914 werden zweifellos verschiedene Bühnen des „Parsifal" sich bemächtigen. Schon wenige Monate später wird man wieder in Bayreuth den „Parsifal" aufführen, und zwar in einer gänzlich neuen Ausstattung, von der ein Teil — der zweite Akt — schon heuer gezeigt wurde. Dann wird ein mächtiges Ringen anheben zwischen Bayreuth und den Repertoirebühnen der meisten deutschen Städte. Da Bayreuth in demselben Jahre den „Parsifal" aufführt, in welchem dieser allerorts gegeben werden kann, so soll es sich erweisen, ob das letzte Bühnenwerk Wagners in Bayreuth auch dann noch seine ungeschwächte Zugkraft ausübt, wenn es des urheberrechtlichen Schutzes entkleidet ist.

Bildende Künste

Gemäldediebstahl. Die Diener des Louvre-Museums in Paris nahmen zu ihrer größten Bestürzung wahr, daß eines der berühmtesten Bilder der Sammlung, die Gioconda von Leonardo da Vinci verschwunden war. Von dem Bilde, das im Salon de Carré den Ehrenplatz eingenommen hatte, war nur der Rahmen zurückgeblieben. Man glaubte zuerst, daß einige Photographen, welche die Bewilligung zur Reproduktion der Gioconda erhalten hatten, das Bild vielleicht in ihr Atelier geschafft hätten, doch stellte sich diese Annahme als Irrtum heraus. Man hält es kaum für möglich, daß ein wirklicher Diebstahl vorliegt, da es ausgeschlossen erscheint, dieses weltberühmte Bild zu Gelde machen zu können. Es heißt, auf der Polizei neige man zu der Ansicht, daß es sich um den schlechten Scherz eines Reporters handle, der hierdurch nachweisen wolle, daß die Ueberwachung des Louvre-Museums, die schon oft gerügt wurde, in der Tat eine sehr mangelhafte sei. Die Nachforschungen blieben bisher erfolglos. Nach Ansicht der Louvrebeamten dürfte sich der Dieb während der Reinigung des Saales eingeschlichen, das Bild während der Nacht aus dem Rahmen gehoben, die Einfassung teilweise zerstört und sich mit der gesamten gewonnenen Leinwand entfernt haben.

Entdeckungen in der Alhambra. Man wird es mit Freude vernehmen, daß die spanische Regierung die immer dringender gewordenen Arbeiten zur Erhaltung der Alhambra nun mit großem Eifer in Angriff genommen hat. Gleich am Anfang der Tätigkeit sind die Früchte des Werkes nicht ausgeblieben; bei den notwendigen Grabungen und Freilegungen machte man eine ganze Reihe interessanter Entdeckungen. So gelang die Auffindung einer bisher unbekannten Treppe, unter den Partalgärten fand man große ausgedehnte Kellergewölbe, sowie die Ueberreste eines alten Teiches, der ohne Schwierigkeiten in seinen ursprünglichen primitiven Zustand zurückversetzt werden kann. Besonders aufschlußreich sind aber die [illegible] Wandmalereien, die im Verlaufe der Grabungen ans Licht gebracht worden sind. Nicht weniger glücklich ist die Auffindung zweier anderer Teile des berühmten Bauwerks: [illegible] Teile des Turms und des Portals der Siete Suelos, der Sieben Etagen. Nach dem Gesetz, der diese interessanten Mitteilungen veröffentlicht, sollen die umfassenden Wiederherstellungsarbeiten bereits im kommenden Jahre vollendet sein. Den berühmten Löwenhof hat man schon von den Trümmern und Abfällen gereinigt, die bisher eine Einsturzgefahr bedeuteten; die Springbrunnen sind wieder hergestellt und die nötigen Vorrichtungen zu einem geregelten Wasserablauf geschaffen. Gegenwärtig arbeitet man an der Freilegung des „Turms der Köpfe" und des „Turms der Gerechtigkeit". Die Nachricht, daß man im „Turme der Prinzessinnen" ein arabisches Museum einrichten wolle, ist inzwischen durch die neuen Funde überholt worden. In der Tat ist ein arabisches Museum bereits in Alhambra, aber die Funde bei den [illegible] Karl V. die gewaltigen großen Räumlichkeiten bieten können.

Neuerwerbungen des Germanischen Museums in Nürnberg. Ein bisher unbekanntes Gemälde eines der hervorragendsten altdeutschen Meister, des Baslers Konrad Witz, ist als Neuerwerbung aus dem Münchner Kunsthandel in das Germanische Nationalmuseum gelangt. Die Verkündigung Mariä ist hier dargestellt. In einem einfachen, weißgetünchten Innenraum mit brauner Holzdecke empfängt Maria in grünlichblauem Kleide mit goldgestickter Borte den Engel, der über der einfachen weißen Albe ein rotsamtenes Pluviale trägt. Den Beleuchtungsproblemen ist wie bei den übrigen Bildern des Meisters große Aufmerksamkeit geschenkt; der Künstler operiert mit zwei Lichtquellen. Von allen Witzschen Gemälden zeigt die vor zehn Jahren für die öffentliche Kunstsammlung in Basel erworbene „Begegnung Joachims und Annas an der goldenen Pforte" die größte stilistische Verwandtschaft mit dem Bilde in Nürnberg. Der auffallende Umstand, daß die beiden Tafeln auch in den Maßen übereinstimmen, führte zu der Vermutung, daß sie zu einem Altarwerk gehört haben möchten. Es konnte festgestellt werden, daß beide Bilder ehemals im gleichen Besitz waren, nämlich in der Sammlung des Oberfinanzrat-Präsidenten Abel in Stuttgart. Vermutlich schmückte die Basler Tafel die Innenseite, die koloristisch einfacher behandelte Nürnberger Tafel die Außenseite eines Altars. Die Gegenstücke wären noch aufzufinden. Dr. W. Josephi, der in den Mitteilungen aus dem Germanischen Nationalmuseum diese bedeutsame Neuerwerbung ausführlich bespricht, hält beide Gemälde für Spätwerke des Konrad Witz, entstanden nach dem berühmten Genfer Altar, also nach 1444.

Literatur

Ein Goethe-Kuriosum. Vor mir liegt, so schreibt ein Mitarbeiter der B. Z., der „Adreß-Kalender der Königlich Preußischen Haupt- und Residenz-Städte Berlin und Potsdam, besonders der daselbst befindlichen hohen und niederen Collegien, Instanzien und Expeditionen auf das Jahr 1806". Er ist „bey Johann Friedrich Unger" erschienen, und zwar, wie ausdrücklich vermerkt wird: „Mit Genehmigung der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften". Ein Adreßbuch im heutigen Sinne ist der schmale Oktavband, der nur 374 Seiten umfaßt, nicht, eher ein Hof- und Staatskalender, der aber die Wohnung jeder einzelnen in ihm verzeichneten Persönlichkeit genau angibt, von „Seiner Excellenz, Herrn Carl August Freiherrn von Hardenberg, wirklichen Geheimen Etats-, Kriegs- und Cabinets-Minister, am Dönhoffschen Platz Nr. 56" bis herab zu dem „Kanzlei-Diener Martin Hennecke, im Achteck am Potsdamerthor Nr. 15". Da die Königliche Akademie der Wissenschaften offenbar die Aufsicht bei der Zusammenstellung und Herausgabe des Adreßkalenders führte, sollte man annehmen, daß der Abschnitt, der den Wissenschaften und den schönen Künsten gewidmet ist, auf besondere Zuverlässigkeit Anspruch erheben dürfte. Nun folgt gleich auf die Akademie der Wissenschaften die „Akademie der Künste und mechanischen Wissenschaften", wie jene unter dem Protectorat des Königs, und hier findet man unter den auswärtigen Ehrenmitgliedern den größten damals lebenden Deutschen, den größten Deutschen aller Zeiten aufgeführt: Goethe. — Aber wie?! Man liest mit Staunen: „Herr Carl v. Göthe, Sachsen-Weimarischer Geheimer Rat in Weimar." Also im Jahre 1806, mehr als dreißig Jahre nach dem Erscheinen des Götz von Berlichingen und der Leiden des jungen Werther, als Goethe im siebenundfünfzigsten Lebensjahre und auf dem Gipfel seines Weltruhms stand, wußte die Berliner Akademie der Wissenschaften, trotzdem sie die Ehre hatte, ihn zu den Ihrigen zählen zu dürfen, noch nicht einmal seinen Namen richtig anzugeben. „Carl v. Göthe" — — wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte, man würde es nicht für möglich halten.

Chemie

Die Gewinnung von künstlichem Dünger aus der Luft. Die Ausnutzung des Stickstoffs, aus dem die irdische Atmosphäre zu 4/5 besteht, ist eine der größten Aufgaben, die der Wissenschaft gegenwärtig gestellt sind, deren Lösung ihr aber wohl schon in einer nahen Zukunft gelingen wird, da sie bereits große Fortschritte in der Richtung auf das Ziel gemacht hat. Ist doch sogar schon eine Fabrik im Betrieb, wo eine solche Gewinnung stattfindet, nämlich am Niagarafall, und die Gründung einer zweiten in Norwegen im Werk. Immerhin wird wohl noch einige Zeit darüber vergehen, bis diese neue Industrie erheblichen oder gar bestimmenden Einfluß auf die Landwirtschaft und damit auf die Ernährung ganzer Völker gewonnen haben wird. Im Jahre 1898 erregte ein Vortrag von William Crookes, dem berühmten englischen Physiker, der sich in staunenswerter Vielseitigkeit auch noch mit manchen Problemen außerhalb seines Faches beschäftigt, ein ungewöhnliches Aufsehen, indem er darauf hinwies, daß auf der Erde in verhältnismäßig kurzer Zeit, vielleicht in weniger als dreißig Jahren, die gesamte für die Erzeugung von Weizen taugliche Fläche auf der Erde für diesen Zweck ausgenutzt sein würde. Dann würde eine Steigerung der Weizenproduktion nicht mehr möglich sein, die einer weiteren Zunahme der Menschenzahl entspräche, und es würde vielmehr eine Weizennot eintreten, wenn der Mensch sich nicht Mittel verschaffte, den Ertrag des Ackers über das bisherige Durchschnittsmaß durch Anwendung von Dung in größerem Maßstab zu erhöhen. Das wichtigste Düngmittel ist der Salpeter, dessen Hauptlieferant bekanntlich das Gebiet von Chili in Südamerika ist. Der Bedarf von Chilisalpeter hat sich von 1 Million Tonnen im Jahre 1892 auf

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110823/14
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG